

**MANGELNDE NACHFRAGE**

**INTERNATIONALE KONJUNKTURFLAUTE STELLT  
WIRTSCHAFT DER MOEL AUF DIE PROBE**

**2002 WEITERE WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG IM  
OSTEN UND SÜDEN ÖSTERREICHS**

**WIRTSCHAFTLICHE KENNZAHLEN UND EFFIZIENZ  
IN DER ÖSTERREICHISCHEN SIEDLUNGSWASSER-  
WIRTSCHAFT**

## ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

### Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

### Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Adolf Wala, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

### Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

### Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kärner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Gertrude Tumpel-Gugerell, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhrer, Bruno Zluwa

**Leiter:** Helmut Kramer

**Stellvertretende Leiter:** Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

### Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

### Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

### Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttman, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

### Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Herausgeber: Helmut Kramer  
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •  
Redaktion: Ilse Schulz •  
Technische Redaktion:  
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und  
Redaktion: Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,  
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •  
Telefon +43 1 798 26 01-0 •  
Fax +43 1 798 93 86 •  
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia  
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,  
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und  
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro  
Heft: € 20,40 • Downloadpreis  
pro Artikel: € 11,00

# Inhalt

## 335 ■ **Mangelnde Nachfrage**

*Ewald Walterskirchen*

In Österreich stagniert die Wirtschaft seit Mitte des vergangenen Jahres. Die aktuellen Konjunkturumfragen für das I. und II. Quartal 2003 deuten nicht auf eine Verbesserung hin. Nachfrage und Produktion entwickeln sich somit ähnlich wie in der Euro-Zone, wo ebenfalls Konjunkturimpulse fehlen. Die Konjunkturschwäche beeinträchtigt die Lage auf dem Arbeitsmarkt, begünstigt allerdings die Leistungsbilanz und die Preisentwicklung.

## 342 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

## 349 **Internationale Konjunkturflaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe**

*Josef Pöschl*

Die Wirtschaft wuchs 2002 in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) stärker als in der EU, und dies dürfte auch in den nächsten Jahren so sein. Dies gilt insbesondere für jene MOEL, die das BIP-Niveau von 1990 noch nicht wieder erreicht haben. In der Gruppe der wirtschaftlich fortgeschrittenen MOEL verlangsamte sich das Wachstum 2002 parallel zur internationalen Konjunkturflaute etwas, im 2. Halbjahr 2002 zeigten sich aber Aufschwungstendenzen. Unterschiedliche Faktoren spielten dabei eine Rolle – etwa ein Verschwinden des Aufwertungsdrucks auf einzelne Währungen, hohe Budgetdefizite oder hohe Lohnzuwächse. Eine Verbesserung der Handelsbilanzen zeugt von erhöhter Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den MOEL; sie spezialisieren sich in ihren Exporten immer stärker auf technisch hochwertige Fertigprodukte. Es spricht für die wirtschaftliche Reife der künftigen EU-Mitgliedsländer, dass sie von der derzeitigen internationalen Wirtschaftsflaute nicht stärker in Mitleidenschaft gezogen werden.

## 371 **2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs**

*Gerhard Palme*

Die anhaltende Konjunkturschwäche konzentrierte sich 2002 auf den Osten (ausgenommen das Burgenland) und Süden Österreichs. Hier überstieg die Bruttowertschöpfung das Vorjahresergebnis kaum. Hingegen erholte sich die Wirtschaft im Westen Österreichs in der zweiten Jahreshälfte; die Unternehmen gewannen Marktanteile in der Sachgüterproduktion und im Tourismus. Die Bruttowertschöpfung wuchs im Westen Österreichs (+1,3%) etwa doppelt so rasch wie im Österreich-Durchschnitt (+0,6%). Die Konjunkturschwäche hatte einen Rückgang der Beschäftigung im Süden und Osten zur Folge. Insbesondere in den Groß- und Mittelstädten wurden viele Arbeitsplätze abgebaut. Die Arbeitslosigkeit stieg in allen Bundesländern. Die Zugänge zur Arbeitslosigkeit waren im Westen Österreichs relativ hoch, dennoch blieb dort die Arbeitslosenquote weiterhin relativ niedrig. Die höchste Arbeitslosenquote weist mittlerweile Wien auf.

## Inhalt

### 389 **Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft**

*Daniela Kletzan, Thomas Url*

In den letzten Jahren war die Organisation der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft zunehmend Gegenstand von Diskussionen, die jedoch auf Basis mangelhafter empirischer Informationen geführt wurden. Die Erhebung und Auswertung wirtschaftlicher Kennzahlen und eine Effizienzmessung der Siedlungswasserwirtschaft schaffen eine Grundlage für die weitere wirtschaftspolitische Diskussion. Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO und bietet einen Auszug aus der ersten repräsentativen und öffentlich zugänglichen Bestandsaufnahme und Auswertung wirtschaftlicher Kennzahlen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Österreich. Mit den Ergebnissen einer Data-Envelope-Analyse können nicht nur die rein technische Effizienz der Versorger und Entsorger, sondern auch die Kosteneffizienz und potentielle Größenvorteile relativ zu Benchmark-Unternehmen beider Branchen eingeschätzt werden.

## Summaries

- 341 Deficient Demand
- 368 Sluggish International Business Climate: A Test for the Central and Eastern European Countries' Endurance
- 387 Persistent Economic Weakness Had Greatest Impact on Eastern and Southern Austria
- 403 Economic Indicators and Efficiency in Austrian Settlement Water Management

## Online-Zugriff

■ Auf der WIFO-Website sind die Artikel der WIFO-Monatsberichte ab dem Heft 1/1998 in elektronischer Form im Volltext verfügbar (PDF). Seit dem Heft 1/2003 liegen die Artikel überdies in einer HTML-Version vor. Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnenten haben kostenlosen Zugriff auf alle Artikel.

Sie können die Berechtigung für den Online-Zugriff auf einzelne Artikel oder im Abonnement auch elektronisch anfordern. Login-Namen und Passwort erhalten Sie in diesem Fall innerhalb weniger Minuten per E-Mail, die Verrechnung erfolgt per Zahlschein oder Kreditkarte (die Preise entsprechen jenen der gedruckten Ausgabe).

<http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Ewald Walterskirchen

## Mangelnde Nachfrage

**In Europa gibt es derzeit keine Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung. Die Umfrageergebnisse sind in Österreich ebenso wie in der EU relativ labil, sie zeigen keine Aufwärtstendenz. Nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzung im Irak gaben die Rohölpreise nach, und die Aktienkurse zogen an. Die Reaktion der Wirtschaft und der Verbraucher ist noch ungewiss.**

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 6. Mai 2003. • E-Mail-Adresse: [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at)

Die europäische Konjunktur lahmt weiterhin. Es fehlt an Nachfrage von Seiten der Unternehmen, der Haushalte und des Staates. Die mehrmaligen Zinssenkungen reichten gerade aus, um die Stimmung zu stabilisieren. Ein Konjunkturaufschwung ist derzeit nicht in Sicht. Die wirtschaftlichen Impulse in den USA konzentrieren sich auf Rüstungsausgaben, von denen Europa wenig profitiert. Der starke Anstieg des Euro-Kurses dämpft die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone. Die EU-Wirtschaftspolitik hält unbeirrt an ihren langfristigen Budget-, Inflations- und Arbeitsangebotszielen fest.

Das reale BIP der Euro-Zone stieg im IV. Quartal 2002 nach vorläufigen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 1,3%. Der saisonbereinigte Vorquartalszuwachs verringerte sich auf 0,1%, da Exporte und Investitionen stagnierten. Nur vom privaten Konsum kamen trotz der gedrückten Stimmung mäßige, aber positive Wachstumsbeiträge.

Das Ende des Irak-Kriegs hat große politische Unsicherheiten beseitigt, die Rohölpreise sind gesunken, die Aktienkurse haben sich erholt. Wegen der wirtschaftlichen Risiken und des Mangels an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage sind jedoch auch kurz nach Ende der militärischen Auseinandersetzung im Irak keine Auftriebstendenzen zu erkennen.

In Österreich entwickelt sich die Wirtschaft ähnlich wie in der Euro-Zone. Im IV. Quartal betrug das BIP-Wachstum 1,1% (-0,1% gegenüber dem Vorquartal). Die aktuellen Konjunkturumfragen deuten nicht auf eine Verbesserung hin. In der Sachgütererzeugung schwankt die Stimmung von Monat zu Monat, eine eindeutige Aufwärtstendenz fehlt. Die Exportaufträge wurden zwar im II. Quartal etwas günstiger eingeschätzt, die Erwartungen bezüglich der Produktion und der Geschäftslage jedoch zurückgenommen.

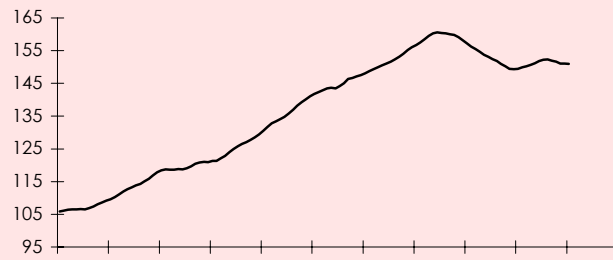
Die Streiks im Zusammenhang mit der Pensionsreform ziehen im Mai kurzfristig Produktionsausfälle nach sich. Diese können jedoch angesichts der schlecht ausgelasteten Kapazitäten in den folgenden Wochen weitgehend ausgeglichen werden (außer im Verkehr, Bildungs- und Medienbereich).

Die Konjunkturschwäche beeinträchtigte 2002 und Anfang 2003 die Beschäftigungsnachfrage. Im April stieg jedoch die Zahl der aktiv Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um rund 8.000. Dazu trug die günstige Entwicklung in den Saisonbranchen (Tourismus, Baugewerbe) entscheidend bei, in der Sachgüterproduktion wurden weiter Arbeitsplätze abgebaut. Die Zahl der Arbeitslosen stagnierte im April auf dem Vorjahresniveau. Die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit geht wesentlich auf eine Zunahme der Schulungsaktivitäten (+10.000), der Zahl der Pensionsvorschussbezieher sowie eine günstige Entwicklung in den Saisonbranchen zurück.

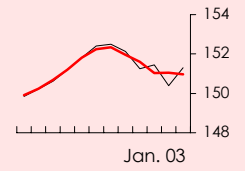
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100

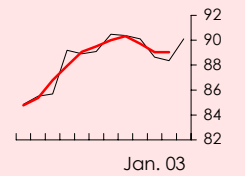
USA – Industrieproduktion



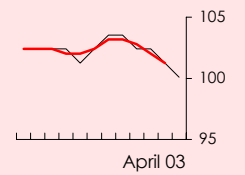
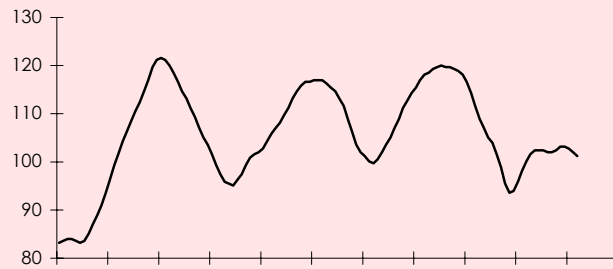
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



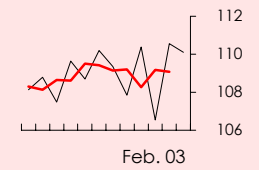
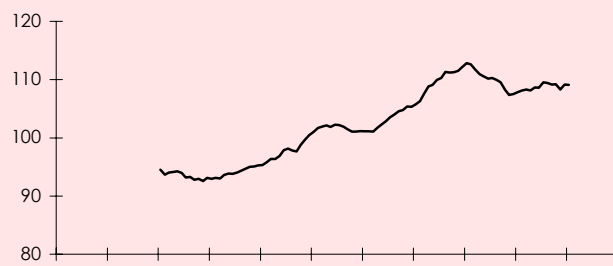
Japan – Industrieproduktion



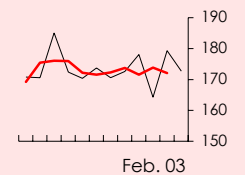
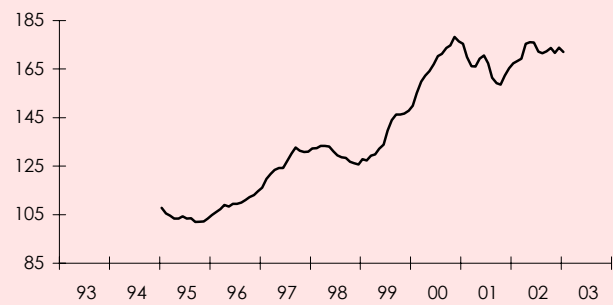
EU – Indikator für das Vertrauen in der Industrie



Deutschland – Industrieproduktion



Deutschland – Auftragseingänge Ausland



— Gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Die Entwicklung der Leistungsbilanz wird durch die flauere Konjunktur begünstigt. Die Importe sanken vor allem infolge des Investitionseinbruchs deutlich. Im Jahr 2002 wurde erstmals seit 1991 ein Überschuss in der Leistungsbilanz erzielt, in den ersten Monaten 2003 hielt diese Tendenz an.

Auch die Preisentwicklung steht im Zeichen der Konjunkturschwäche. Die Inflationsrate betrug im März 1,8%, sie ist seit einem halben Jahr stabil. Zur preisdämpfenden Wirkung des Anstiegs des Euro-Kurses kam im April der Rückgang der Rohölpreise.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer langanhaltenden Schwächephase. In den USA wird diese Grundtendenz durch die Aufwendungen für den Irak-Krieg überlagert, in Europa durch die Aufwertung des Euro noch verschärft.

Der Rückgang der Rohölpreise und der Anstieg der Aktienkurse nach dem Ende des Irak-Kriegs sind ein Zeichen dafür, dass die Finanzmärkte die im Vorfeld des Irak-Kriegs aufgebaute Risikoprämie wieder abbauten. Als Vorboten eines Aufschwungs kann dies noch nicht gewertet werden. Der massive jahrelange Rückgang der Aktienkurse und die Erschütterung des Vertrauens in die Glaubwürdigkeit der Unternehmensbilanzen haben tiefere Spuren hinterlassen, als zunächst angenommen wurde.

Das Wachstum blieb in den USA laut erster offizieller Schätzung mit +1,6% im I. Quartal 2003 hinter den Erwartungen zurück, war aber deutlich höher als in der EU. Relativ schwach entwickelten sich der private Konsum und die Unternehmensinvestitionen. Allerdings wurde das Wachstum durch Kriegsangst und den hohen Rohölpreis gedrückt. Der Index des Konsumentenvertrauens stieg nach Kriegsende stark, nachdem er vor dem Irak-Krieg eingebrochen war. Auch das II. Quartal lief ungünstig an: Im April ging der ISM Purchasing Manager Index um fast 1 Prozentpunkt auf 45,4 zurück.

In Asien leidet die Wirtschaft unter den Folgen der SARS-Epidemie. Der Tourismus kam nahezu zum Erliegen, die Wachstumsprognosen wurden nach unten revidiert.

In Europa fehlt es an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Verbraucher, Staat und Unternehmen sparen, wo immer sie können:

- Die Konsumenten sind infolge der jahrelangen Vermögensverluste aus Aktien, Investment- und Pensionsfonds verunsichert. Wegen der Pensionsreformen in vielen Ländern müssen sie auch in Form privaten Sparens für die Alterssicherung vorsorgen.
- Die Regierungen versuchen wiederum ihre Ausgaben einzuschränken, um die Maastricht-Ziele trotz Stagnation der Wirtschaft einigermaßen zu erreichen. Das Budgetdefizit dürfte heuer in Deutschland, Italien, Frankreich und Portugal über der Marke von 3% des BIP liegen. Diese Länder, die bei den öffentlichen Ausgaben besonders strikt sparen müssen, machen fast 60% des BIP der Euro-Zone aus.
- Die Unternehmen sind ebenfalls wegen des jahrelangen Kurseinbruchs an den Finanzmärkten verunsichert. Außerdem schätzen sie die Exportchancen als noch sehr labil ein, wozu auch die Aufwertung des Euro beiträgt.

Die Konjunktur kommt deshalb in den Euro-Ländern nicht in Schwung. Im IV. Quartal 2002 betrug das Wirtschaftswachstum 1,3%. Für das 1. Halbjahr 2003 befürchtet die Euroframe-Gruppe eine Verlangsamung auf +½%. Der Indikator der EU-Kommission lässt eine saisonbereinigte Veränderung von -0,2% bis +0,2% im I. Quartal und +0,1% bis +0,4% im II. Quartal erwarten. Das Verbrauchervertrauen ist merklich geschwunden, die Exportaussichten haben sich zumindest kurzfristig eingetrübt.

Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche und des geringen Preisaufliebes senkte die EZB am 6. März den Leitzinssatz um 0,25 Prozentpunkte. Er liegt damit in der Euro-Zone bei 2,5%, in den USA bei 1¼%.

In Deutschland verschlechterte sich die Stimmung im April deutlich. Der ifo-Geschäftsklimaindex sank von 88,1 auf 86,6 Punkte. Die deutsche Industrie befürchtet jetzt auch Einbußen im Exportgeschäft. Die allgemeine Verunsicherung zeigt sich

## Mäßiges BIP-Wachstum in den USA

*Das Wirtschaftswachstum blieb in den USA im I. Quartal hinter den Erwartungen zurück, der private Konsum trug weniger als erwartet zur BIP-Steigerung bei.*

## Anhaltende Stagnation der Wirtschaft in der Euro-Zone

nicht nur in einem massiven Investitionsrückgang, sondern auch in schwachem privaten Verbrauch.

## Konjunkturschätzung in der Sachgütererzeugung unverändert

Die österreichischen Sachgütererzeuger beurteilten die Situation im April nicht wesentlich anders als im Jänner. Die Einschätzung der Auftragslage fiel etwas besser, jene der Produktionsaussichten ungünstiger aus.

Die Konjunkturaussichten der österreichischen Sachgüterproduzenten haben sich im April gegenüber den Vormonaten nicht spürbar geändert. Die Auftragsbestände wurden ähnlich wie im Februar eingeschätzt, die Geschäftserwartungen fielen jedoch wieder auf das Jänner-Niveau und die Produktionserwartungen sogar unter dieses zurück.

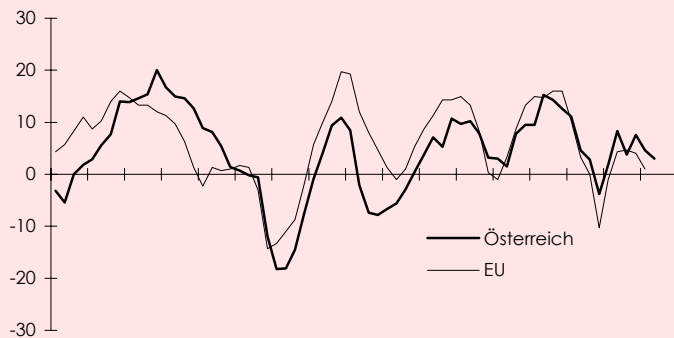
Die Analyse der Wirtschaftslage in der Sachgüterproduktion, der Bauwirtschaft und im Handel beruht entscheidend auf der Konjunkturerhebung von Statistik Austria. Diese Erhebung wurde im Jahr 2003 bisher nicht durchgeführt (die entsprechende Verordnung war noch nicht erlassen worden). Der letzte von Statistik Austria publizierte Produktionsindex zeigt für Dezember 2002 einen Anstieg der Sachgüterproduktion (ohne Energie) um nur 0,8% gegenüber der Vorjahresperiode.

In der Bauwirtschaft hat sich die Stimmung seit Mitte letzten Jahres leicht verbessert. Vor allem im Tiefbau stabilisierte sich die Lage, und die Behebung von Hochwasserschäden verschaffte auch dem Wohnbau zusätzliche Aufträge. Die jüngste Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Baugewerbe bestätigt diese Erholungstendenz.

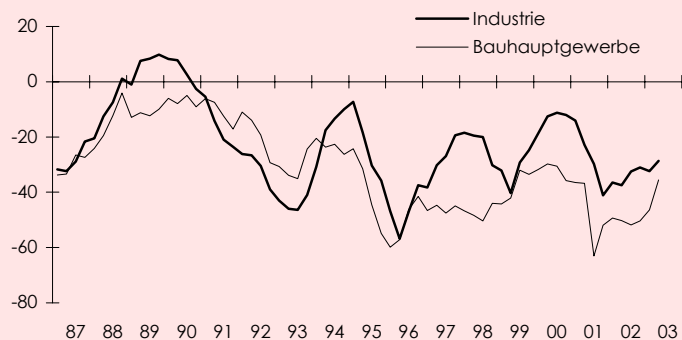
Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt

Produktionserwartungen in der Industrie



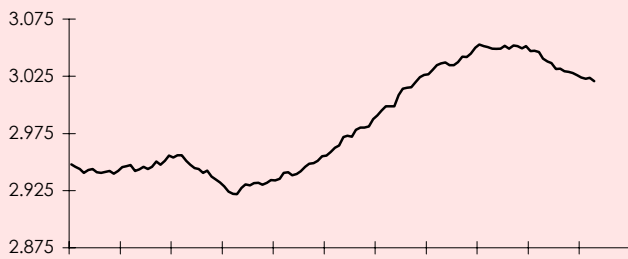
Auftragsbestand in Industrie und Bauhauptgewerbe



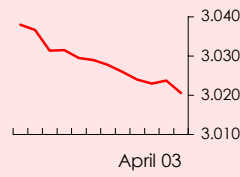
Der Index des Verbrauchervertrauens ging in Österreich im März deutlich zurück. Dennoch weist dieser Indikator noch eine günstigere Einschätzung aus als im EU-Durchschnitt und in Deutschland. Der Beschäftigungsrückgang im Handel (März -5.500 bzw. -1,1%) deutet auf eine schwache Absatzentwicklung hin. Der Autohandel scheint sich allmählich aus seinem Tief zu erholen. Im März übertrafen die Pkw-Neuzulassungen das Vorjahresniveau um mehr als 1%, die Lkw-Neuzulassungen stiegen um fast 12%.

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

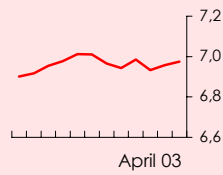
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



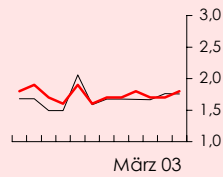
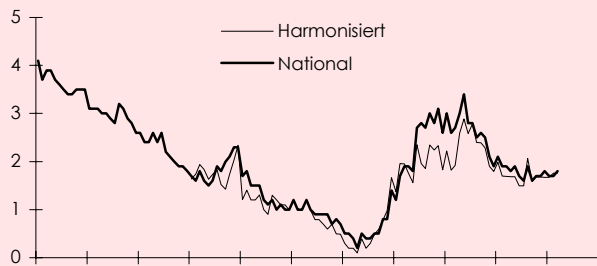
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



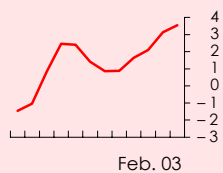
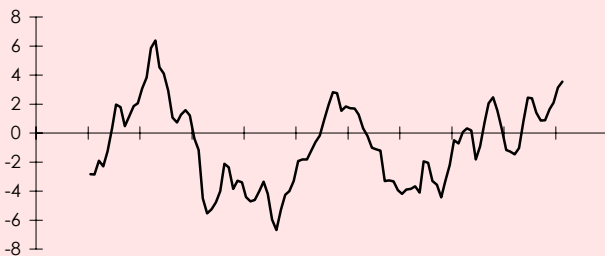
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



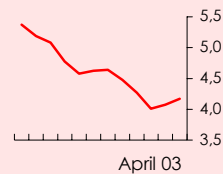
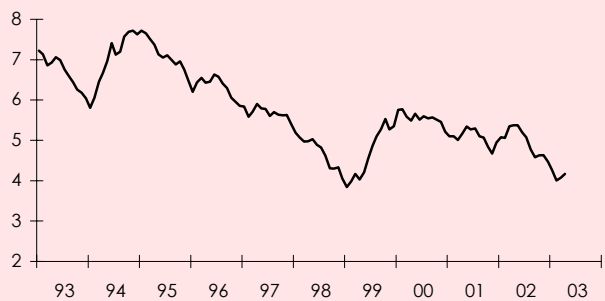
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



<sup>1)</sup> Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieherinnen und Bezieher von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienster.

## Importrückgang bewirkt Leistungs-bilanzüberschuss

*Die Verringerung des Imports von Investitions- und langlebigen Konsumgütern infolge der Schwäche der Inlandsnachfrage war der Hauptgrund für die Aktivierung der Leistungsbilanz.*

## Tourismus von internationaler Konjunkturlaute bisher wenig betroffen

## Inflationsrate seit einem halben Jahr stabil bei 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%

## Verstärkte Schulungen stabilisieren Arbeitslosigkeit

*Die Zahl der aktiv Beschäftigten stieg im April vor allem dank einer günstigen Entwicklung in den Saisonbranchen. In der Sachgüterproduktion wurden weitere Arbeitsplätze abgebaut. Die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit geht wesentlich auf zunehmende Schulungsaktivitäten zurück. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt.*

Die österreichische Leistungsbilanz wies 2002 erstmals seit 1991 einen Überschuss aus. Diese Entwicklung hielt Anfang 2003 an, kumuliert über die Monate Jänner und Februar blieb der Saldo leicht positiv.

Die Exportdynamik ließ seit dem Herbst deutlich nach. Im Jänner wurde nominell um nur 1% mehr exportiert als ein Jahr zuvor. Die Ausfuhr in die EU ging um 2% zurück; das positive Gesamtergebnis war auf die Steigerung der Lieferungen in Drittländer zurückzuführen. Die Importe sanken mit -3,5% weiterhin kräftig. Sie weisen auf eine anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage hin.

Die Tourismusumsätze stiegen im Zeitraum November bis März nach vorläufigen Berechnungen um 1,9%. Die schwächere Dynamik geht zum Teil auf den späten Ostertermin zurück. Für die gesamte Wintersaison ist mit einem Umsatzplus von etwa 3% zu rechnen.

Die Nächtigungen von Gästen aus Deutschland, Italien und Österreich waren in der bisherigen Wintersaison rückläufig. Mehr Gäste kamen aus Großbritannien, den USA und der Schweiz.

Die kommende Sommersaison wird von zwei Effekten geprägt sein: Einerseits wird sich die Konjunkturschwäche, insbesondere in Deutschland, negativ auf die Reiseausgaben auswirken. Andererseits dürfte der heimische Tourismus infolge der Verunsicherung durch den Irak-Krieg und die SARS-Epidemie davon profitieren, dass Österreich aus europäischen Herkunftsländern bequem mit dem Auto erreichbar ist und als sicheres Land mit hohen Gesundheitsstandards gilt.

Die Inflationsrate ist in Österreich seit Monaten nahezu unverändert. Im März betrug sie 1,8%. Damit zählt Österreich nach wie vor zu den preisstabilsten Ländern in der Euro-Zone. Niedriger war die Teuerungsrate u. a. in Deutschland.

Unerwartet kräftige Teuerungsimpulse gingen von den Mieten aus, anhaltende Preisenkungen waren dagegen auf dem Telekommunikationssektor zu verzeichnen. Der Anstieg des Euro-Kurses dämpfte die Importpreise, und die Energiepreise bewegten sich im Rhythmus der Rohstoffnotierungen.

Die Zahl der aktiv Beschäftigten lag im April um 8.100 über dem Vorjahresniveau (im März noch um 6.000 darunter). Einen wichtigen Beitrag dazu leisteten die Saisonbranchen Bauwirtschaft und Tourismus. Zusätzliche Arbeitskräfte wies die Sozialversicherungsstatistik im I. Quartal vor allem in den unternehmensnahen Dienstleistungen, im öffentlichen Dienst (einschließlich Schulungen) sowie im Unterrichts- und Gesundheitswesen aus. Deutlich rückläufig war die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion, im Handel und im Verkehr.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich seit Jahresbeginn 2003 merklich verlangsamt, im April stagnierte die Zahl der Arbeitslosen auf dem Vorjahresniveau. Die Hauptursache dafür lag jedoch nicht in einer konjunkturbedingten Verbesserung der Arbeitsmarktlage, sondern in verstärkten Schulungen, einer Zunahme der Zahl von Beziehern eines Pensionsvorschlusses sowie einer günstigeren Entwicklung in den Saisonbranchen. Im April befanden sich 44.900 Personen in Schulung, um fast 10.000 mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote betrug im April nach AMS-Definition 6,8%, nach Eurostat-Definition 4,3% (saisonbereinigt).

Ewald Walterskirchen

## Deficient Demand

**No signs are currently visible of a cyclical recovery in Europe. Survey results for Austria as for the whole EU suggest business conditions being fragile, with no upward tendency. After the end of military operations in Iraq, oil prices have receded and share prices surged. The reaction of the business sector and of consumers is still uncertain.**

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Business Cycle Report. • Cut-off date: 6 May 2003 • E-Mail Address: [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at)

Business activity in Europe continues to be sluggish. Demand is lacking from the business sector as well as from households and the government sector. The repeated interest rate cuts were just enough to keep business sentiment stable. A cyclical upturn is still not in sight. Demand impulse in the USA is largely confined to additional military expenditure from which Europe benefits little. The marked rise in the euro exchange rate is beginning to undermine international price competitiveness of the euro area. Economic policy in the EU is invariably geared towards its long-term budgetary, inflation and labour supply targets.

Real GDP of the euro area rose by 1.3 percent year-on-year in the fourth quarter 2002, according to preliminary estimates. The seasonally-adjusted increase from the previous quarter narrowed to 0.1 percent, as both exports and investment stagnated. Only private consumption provided modest, but positive contributions to growth, despite the generally low level of confidence.

The end of the war in Iraq has lifted major political uncertainties, giving rise to lower oil prices and a recovery of stock market values. However, because of persistent economic risks and weak aggregate demand, signs of stronger activity keep lacking even after military operations have ended.

Current developments in Austria are similar to those in the euro area overall. GDP in the fourth quarter 2002 grew by 1.1 percent year-on-year, but edged down by 0.1 percent from the previous period. Results from the latest business cycle survey do not point to an imminent improvement. Sentiment in the manufacturing sector is volatile, with no clear upward trend. While export orders were rated somewhat higher in the second quarter, expectations for production and business conditions were taken down.

Strikes in the context of the envisaged pension reform are leading to temporary production shortfalls in May. They may, however, be largely offset in the following weeks in view of the poor utilisation of capacities (except in transport, education and the media).

The cyclical weakness weighed on labour demand in 2002 and early 2003. In April, however, the number of actively employed increased by about 8,000 year-on-year, mainly due to favourable developments in seasonal activities (tourism, construction), whereas manufacturing recorded further job losses. The number of unemployed did not exceed the year-earlier level in April, owing to more people being enrolled in training activities (+10,000) or claiming advance payments on their retirement benefits, as well as lively demand for seasonal workers.

The sluggish activity has a beneficial impact on the current account. Imports fell markedly as a consequence of notably the slump in investment. For the first time since 1991, the current account moved into surplus in 2002, with the positive trend continuing into early 2003.

Price developments are also reflecting the cyclical weakness. In March, consumer price inflation stood at an annual rate of 1.8 percent, broadly the same rate as for the last six months. The price-dampening effect of the rising euro exchange rate was reinforced in April by falling oil prices.



## Konjunkturindikatoren für das Ausland (Fortsetzung)

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003		2003		
	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
Dreimonatszinssatz																			
USA	5,6	5,5	0,7	1,5	6,2	6,1	1,7	1,3	5,6	5,3	5,7	5,0	4,9	1,7	1,8	1,7	1,4	1,3	1,3
Japan	0,6	0,7	0,2	4,5	1,7	1,3	1,3	1,3	2,1	1,8	1,8	1,8	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Euro-Raum	4,2	3,8	3,0	4,4	4,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,1	3,3	3,3	3,1	2,9	2,8	2,7
Großbritannien	6,8	7,3	5,4	6,1	5,0	4,0	4,1	4,0	4,1	4,0	4,1	4,2	3,9	3,9	3,9	3,9	3,7	3,9	3,6
Schweden	4,1	4,2	3,1	4,0	3,7	4,1	2,5	4,1	2,5	3,9	4,3	4,2	3,9	4,2	4,2	4,1	3,9	3,7	3,6
Schweiz	1,6	1,4	1,3	3,0	2,8	1,0	1,9	1,6	1,9	1,6	1,3	0,7	0,6	0,7	0,7	0,6	0,7	0,5	0,5
Sekundärmarktrendite <sup>1)</sup>																			
USA	6,6	5,6	1,5	4,5	6,2	6,1	1,7	1,3	5,4	5,3	5,7	5,0	4,9	5,0	4,6	4,9	5,1	4,7	4,6
Japan	2,4	1,5	4,6	5,3	4,8	4,8	4,8	4,8	4,6	4,6	4,6	4,6	4,4	4,0	4,6	4,5	4,5	4,3	4,0
Deutschland	5,7	4,8	4,9	5,4	5,2	5,2	5,4	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	4,9	5,0	4,9	4,8	4,8	4,4	4,3
Frankreich	6,9	4,9	4,7	5,6	5,2	5,0	4,9	4,9	4,7	4,7	5,4	4,9	4,7	4,2	4,8	4,7	4,6	4,4	4,2
Italien	5,6	4,6	4,6	5,4	4,9	4,9	4,7	4,7	4,7	4,7	5,1	4,7	4,5	4,7	4,5	4,6	4,6	4,4	4,2
Niederlande	7,1	5,5	5,1	5,3	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	5,1	5,2	4,7	4,6	4,7	4,5	4,6	4,6	4,4	4,2
Großbritannien	6,6	5,0	5,0	5,4	5,1	5,3	5,1	5,4	5,1	5,4	5,6	5,2	5,0	5,1	5,0	5,1	5,1	4,7	4,6
Schweden	3,4	3,0	3,0	3,9	3,4	3,2	3,3	3,6	3,3	3,6	3,4	3,1	2,7	3,2	2,8	2,9	2,8	2,4	2,4
Schweiz																			

1) Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen.

## Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für Österreich

	1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003		2003			
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.		
Konjunkturfest Sachgütererzeugung	-20,1	-30,2	-32,2	-40,3	-29,2	-24,8	-18,6	-12,6	-11,2	-12,0	-29,8	-41,1	-36,4	-37,5	-32,5	-31,0	-32,4	-28,6
Auftragsbestände	-25,9	-33,4	-35,2	-40,9	-33,7	-28,6	-23,8	-17,1	-15,3	-16,0	-31,8	-41,6	-39,1	-34,5	-33,0	-30,6	-33,7	-28,0
Exportauftragsbestände	+16,1	+18,6	+17,1	+17,3	+13,5	+16,7	+10,9	+9,7	+11,1	+9,6	+20,0	+21,4	+20,4	+18,1	+18,2	+15,9	+13,9	+12,8
Fertigwarenlager	+7,9	+3,2	+3,0	+1,5	+7,8	+9,5	+9,5	+15,3	+14,3	+12,6	+2,8	+3,8	+1,8	+8,3	+3,8	+7,6	+4,6	+3,0
Produktionserwartungen	+8,1	+14,2	+14,9	+10,0	-7,4	-4,4	-0,8	+4,2	+5,4	+8,6	+10,5	+4,3	-12,1	-2,3	-0,1	-1,8	-3,2	-1,0
Verkaufspreisenerwartungen																		
Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen																		
Veränderung gegen die Vorperiode in %																		
2000																		
III. Qu.	+0,1	+0,2	+0,2	+0,0	+0,1	-0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1	+0,0	+0,1	+0,1	-0,0	+0,0	-0,0	+0,1	+0,0
IV. Qu.	-3,3	-1,9	+0,5	+2,3	+4,4	+5,7	+5,0	+2,9	+1,7	+0,0	+0,6	+0,0	-0,6	-0,4	+0,7	-0,9	+0,4	+0,3
I. Qu.	+8,3	+9,9	-1,0	+1,5	+0,9	-0,4	-6,0	-8,1	-8,0	-8,2	-3,3	-3,2	-3,1	-2,1	-2,0	-0,7	-1,4	-0,9
II. Qu.																		
2001																		
III. Qu.	5,8	5,7	5,7	5,8	6,1	6,4	6,7	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	6,9	7,0	6,9	7,0	7,0
IV. Qu.	3,5	3,4	3,4	3,5	3,7	3,9	4,1	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,3	4,2	4,3	4,3
2002																		
III. Qu.																		
IV. Qu.																		
2003																		
III. Qu.																		
IV. Qu.																		

Arbeitsmarkt

Unselbständig Beschäftigte

Arbeitslose

Offene Stellen

Arbeitslosenquote

In % der unselbständigen

Erwerbspersonen

In % der Erwerbspersonen (auf

Eurostat)



## Sachgüterzeugung

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003				
	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez			
Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)	+ 7,2	+ 9,0	+ 6,0	+ 9,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,3	- 3,8	+ 3,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 3,8	+ 2,0	- 0,8	+ 1,7	+ 0,6
Vorprodukte	+ 8,8	+ 10,1	+ 7,3	+ 10,5	+ 1,6	- 2,2	- 1,1	- 8,9	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,6	- 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Kfz	+ 18,0	+ 12,4	+ 17,2	+ 18,6	+ 6,7	- 2,1	+ 3,8	+ 2,8	- 11,6	+ 5,7	- 2,6	+ 0,6	+ 8,9	+ 9,3	- 8,6	+ 3,0	+ 5,5
Investitionsgüter	+ 3,1	+ 11,1	+ 6,7	+ 10,6	+ 5,0	+ 7,5	+ 0,6	+ 8,6	+ 3,2	+ 15,8	+ 10,5	+ 1,2	+ 21,6	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	+ 1,2
Konsumgüter	+ 5,7	+ 5,7	+ 2,0	+ 5,7	- 0,9	+ 0,3	- 1,1	- 3,1	- 1,1	+ 1,6	- 2,4	+ 0,5	- 0,5	- 2,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6
Dauerhafte	+ 5,8	+ 2,9	+ 2,1	+ 16,9	+ 4,8	- 8,2	- 3,9	- 10,7	+ 6,4	+ 4,1	- 20,8	- 8,5	- 25,6	- 25,6	- 15,7	- 10,8	- 5,9
Nichtdauerhafte	+ 2,6	+ 9,0	- 0,0	+ 2,1	- 0,3	- 1,3	- 3,5	- 5,5	- 5,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	- 2,2	+ 4,5	+ 4,0	+ 5,3	+ 2,3
Nahrungs- und Genussmittel	+ 8,3	+ 4,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 0,6	+ 4,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,9	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 4,4
Beschäftigte	- 2,1	+ 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 1,4	- 1,7	+ 1,3	+ 0,5	- 1,0	- 1,3	- 2,4	- 2,1	- 1,5	- 2,3	- 2,2	- 2,2	- 2,1
Geleistete Stunden	- 2,2	+ 0,2	- 2,0	- 0,0	+ 1,0	- 2,4	+ 0,3	+ 0,0	- 4,1	- 1,9	- 1,9	- 1,5	+ 1,4	+ 0,1	- 1,2	- 0,8	- 0,4
Produktion je Beschäftigung	+ 9,5	+ 8,9	+ 7,6	+ 9,8	- 0,8	+ 1,7	- 1,6	- 4,2	- 2,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 5,4	+ 4,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,8
Produktion je geleistete Stunde	+ 9,6	+ 8,5	+ 8,1	+ 10,1	- 0,3	+ 2,4	- 0,5	- 3,6	+ 0,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,2	+ 3,9	+ 4,9
Auftragseingänge	+ 9,2	+ 1,6	+ 4,9	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	- 1,8	+ 5,5	- 1,8	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	+ 5,7	- 4,7	+ 10,9	+ 5,8	+ 3,6
Inland	+ 4,3	- 5,7	+ 2,0	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	- 14,3	+ 26,1	- 3,4	- 1,8	- 6,9	- 25,3	- 2,4	- 6,0	+ 1,0	- 12,8	- 16,4
Ausland	+ 12,2	+ 5,9	+ 6,4	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 4,9	- 3,6	- 1,2	+ 5,7	- 1,3	+ 2,8	+ 9,5	- 4,2	+ 7,8	+ 7,3	+ 13,9
Auftragsbestand	+ 14,4	+ 3,8	+ 1,1	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 9,5	+ 4,6	+ 3,0	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	+ 4,8	- 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,0
Inland	+ 8,5	- 6,4	+ 7,8	+ 11,3	+ 4,7	- 15,9	+ 5,4	- 10,9	- 15,4	- 18,2	- 20,6	- 8,5	- 18,9	- 21,3	- 21,0	- 19,4	- 10,7
Ausland	+ 17,5	+ 9,0	- 1,8	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 11,4	+ 12,2	+ 11,8	+ 15,3	+ 9,6	+ 11,5	+ 15,9	+ 7,4	+ 9,8	+ 11,7	+ 15,9

## Bauwirtschaft

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003				
	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez			
Produktionswert nominell	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,6	- 2,9	+ 1,7	- 3,5	- 2,5	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,8	- 1,2
Hochbau	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 0,6	- 6,3	- 1,5	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,8
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 0,9	- 6,6	- 8,5	- 1,0	- 9,7	+ 1,8	- 12,4	- 7,8	- 0,3	- 0,3	+ 1,1	- 8,8	- 6,6	- 0,4	- 2,1	+ 5,7	+ 0,3
Tiefbau	+ 4,4	- 0,9	+ 3,1	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7	- 0,4	- 4,1	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0	+ 10,4	+ 4,1	- 8,3	+ 6,5	- 0,5
Bauwesen insgesamt <sup>2)</sup>	+ 2,5	+ 7,9	+ 1,7	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	- 1,1	- 4,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	+ 3,9	+ 0,8	+ 4,0	+ 1,1	- 1,6
Auftragsbestände	- 4,5	- 2,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	+ 3,4	+ 0,7	- 3,2	- 4,6	- 2,2	- 0,1	- 3,0	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 1,3
Preisindex Hochbau <sup>3)</sup>	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	.	.	.	.	.
Wohnhaus- und Siedlungsbau <sup>3)</sup>	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3	.	.	.	.	.
Preisindex Tiefbau <sup>3)</sup>	+ 2,4	+ 0,2	- 1,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	.	.	.	.	.

1) Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. - 2) Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. - 3) Bis 1996: Basis 1986, ab 1997: Basis 1996.

## Binnenhandel

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003				
	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez	Jan	Dez			
Real	.	.	.	.	.	+ 1,1	- 3,3	- 4,6	- 0,3	+ 0,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 4,7	+ 1,9	+ 4,2	- 1,5
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	.	.	.	.	- 4,0	+ 2,6	- 4,7	- 6,6	+ 0,6	+ 2,1	+ 5,2	+ 2,4	+ 4,2	+ 7,4	- 0,6	+ 9,0	+ 4,8
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	.	.	.	.	- 0,8	+ 0,8	- 1,6	- 1,8	+ 0,6	- 0,5	+ 1,3	+ 1,7	- 0,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 3,8
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	- 2,1	- 3,5	- 0,9	- 1,6	- 4,9	- 6,0	- 2,2	- 0,4	- 13,9	- 0,9	- 10,0	+ 4,2	+ 2,8
Nominell	.	.	.	.	- 2,0	+ 1,0	- 3,0	- 5,3	- 0,5	- 0,6	+ 2,7	+ 2,4	- 4,7	+ 1,0	- 2,1	+ 6,0	+ 4,6
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	.	.	.	.	- 3,4	+ 2,0	- 4,6	- 8,7	- 0,1	+ 0,9	+ 4,3	+ 2,9	+ 4,3	+ 6,1	- 1,7	+ 8,6	+ 5,0
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	.	.	.	.	+ 0,4	+ 0,6	- 0,9	- 0,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,6	- 0,5	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 3,6
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	- 1,0	- 2,0	+ 0,1	- 1,0	- 4,0	- 4,6	- 0,5	+ 1,7	- 12,4	+ 0,7	- 8,4	+ 6,1	+ 4,8
Beschäftigte <sup>1)</sup>	.	.	.	.	+ 1,2	- 0,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	- 1,2	- 0,3	- 0,4	- 0,9	- 1,1	- 1,0
Insgesamt	.	.	.	.	+ 1,6	- 0,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 0,8	- 0,8	- 1,2	- 1,0
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	.	.	.	.	+ 1,1	- 0,7	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	- 0,6	- 1,1	- 1,2	- 0,5	- 0,7	- 1,1	- 1,2	- 1,1
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	.	.	.	.	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,1	- 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	.	.	.	.	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8

Aufgrund der Umstellung von der Betriebsstatistik 1968 auf ÖNACE 1995 liegen Daten in der ÖNACE-Gliederung erst ab 1998 vor. - 1) Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder.

**Tourismus**

Überwachungen  
Alle Fremdenunterkünfte  
Inländer  
Ausländer  
Aus Deutschland  
Aus Italien  
Aus den Niederlanden  
Aus den USA  
Aus Japan

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003							
	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar						
	- 3,4	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	- 1,9	+ 5,4	+ 5,2	- 5,4	+ 0,7	+ 2,9	- 0,0	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,7	+ 1,0	- 4,6	
	- 0,8	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	- 1,9	+ 7,4	- 0,1	- 2,9	+ 1,5	- 2,2	- 1,3	- 3,3	+ 1,7	- 5,4	- 0,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 4,2
	- 4,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	- 1,8	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,5	+ 5,0	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,9	+ 2,7	+ 6,5	+ 3,9	+ 4,5	+ 0,9	- 7,1
	- 6,2	- 0,4	+ 9,7	+ 2,6	+ 2,6	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	- 3,6	+ 5,8	+ 6,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	- 2,8	+ 3,7	+ 3,9	- 2,9	+ 0,8	- 2,2	- 10,3	- 1,2
	+ 4,5	+ 0,7	+ 9,7	+ 3,3	+ 5,3	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 8,1	+ 8,3	+ 15,4	+ 6,8	+ 3,9	+ 4,3	+ 10,0	+ 3,3	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 8,6	- 5,2	- 9,1
	- 4,3	+ 0,7	+ 9,7	+ 3,3	+ 5,3	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 8,1	+ 8,3	+ 15,4	+ 6,8	+ 3,9	+ 4,3	+ 12,9	+ 1,4	+ 3,3	+ 17,5	+ 9,3	+ 16,9	- 0,4	- 9,1
	- 0,0	+ 12,9	- 1,8	+ 19,9	- 15,9	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	- 25,5	- 29,6	- 15,3	- 28,7	- 17,9	+ 23,7	- 18,9	- 22,5	+ 21,1	+ 32,3	+ 21,7	+ 5,4	+ 1,2	+ 25,8
	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	- 6,7	- 39,3	- 20,6	- 14,1	- 14,1	+ 32,9	- 13,5	- 21,0	- 5,3	+ 22,9	+ 61,9	+ 25,0	+ 18,0	+ 25,8

**Verkehr**

Güterverkehr  
Bahn  
Inlandsverkehr  
Ehr- und Ausfuhr  
Neuzulassungen Lkw  
Personenverkehr  
Luftverkehr: Passagiere  
Neuzulassungen Pkw  
Bis 1.500 cm<sup>3</sup>  
1.501 bis 2.000 cm<sup>3</sup>  
2.001 cm<sup>3</sup> und darüber

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003						
	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar					
	+ 6,3	+ 7,9	+ 3,8	+ 0,9	+ 2,3	+ 10,3	+ 1,6	+ 1,4	- 3,7	+ 7,0	+ 3,0	- 2,8	- 0,6	- 2,9	- 2,7	+ 1,6	+ 15,8	+ 17,5	+ 15,1	+ 10,0	+ 1,3
	+ 8,0	+ 5,8	+ 3,5	+ 6,5	+ 0,5	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	- 4,5	+ 17,9	+ 1,6	- 3,3	- 1,5	- 4,1	- 9,6	+ 16,0	+ 22,1	+ 10,5	+ 15,1	+ 2,7	+ 9,8
	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 8,2	- 11,4	- 8,1	- 25,8	- 6,7	- 16,2	- 11,3	+ 4,3	+ 4,1	+ 6,0	+ 7,6	- 0,9	+ 6,6	- 5,1	+ 4,9	+ 11,9
	+ 7,5	+ 10,6	+ 8,2	+ 4,5	+ 4,5	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	- 10,4	- 3,1	- 2,7	- 1,3	+ 16,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 15,8	+ 17,5	+ 15,1	+ 10,0	+ 1,3
	- 10,6	+ 7,6	+ 8,3	+ 0,5	+ 6,2	- 1,5	- 5,1	- 4,8	- 6,2	- 10,0	- 7,7	- 2,2	+ 4,7	+ 9,3	- 9,6	+ 3,9	+ 5,4	- 2,4	+ 15,1	+ 7,4	- 1,4
	- 7,1	+ 6,6	+ 8,6	+ 5,1	+ 8,6	- 3,5	- 4,5	- 6,4	- 0,8	- 6,2	- 9,3	- 6,8	- 1,3	- 1,5	- 12,1	- 3,2	- 1,0	- 8,9	+ 1,8	+ 4,3	- 2,4
	- 5,9	+ 10,6	+ 10,6	+ 5,1	+ 5,1	+ 0,4	- 3,1	- 0,6	- 13,3	- 12,3	- 1,9	+ 5,8	+ 11,5	+ 9,6	- 13,3	+ 16,7	+ 7,8	+ 8,0	+ 24,8	+ 20,3	+ 4,5

**Arbeitsmarkt**

Unselbständig Beschäftigte  
Männer  
Frauen  
Ausländer  
Sachgütererzeugung  
Bauwesen  
Private Dienstleistungen  
Unternehmensbezogene Dienstleistungen  
Arbeitslose  
Offene Stellen

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003						
	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar					
	3.056	1.740	3.077	1.744	3.108	1.755	3.134	3.155	3.092	3.155	3.225	3.149	3.123	3.197	3.176	3.155	3.116	3.105	3.115	3.149	3.166
	1.316	731	1.332	737	1.353	740	1.377	1.400	1.395	1.408	1.414	1.422	1.446	1.435	1.425	1.422	1.434	1.445	1.448	1.444	1.444
	299	166	299	166	306	166	329	334	325	334	336	331	334	346	339	331	324	323	336	344	344
	616	343	617	343	616	343	612	343	597	343	599	343	582	601	598	594	585	581	581	585	585
	267	151	265	151	263	151	240	253	248	207	253	241	203	260	258	251	214	192	193	223	223
	1.158	644	1.178	644	1.203	644	1.231	1.257	1.238	1.252	1.286	1.244	1.256	1.268	1.245	1.237	1.249	1.258	1.260	1.260	1.260
	204	116	216	116	233	116	251	278	270	266	275	283	277	285	285	285	279	276	277	279	279
	233	133	238	133	222	133	194	232	230	278	210	244	284	200	214	237	283	304	295	253	231
	19	19	23	19	31	19	35	23	24	23	25	21	21	24	23	21	21	21	21	22	24

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003						
	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar					
	+ 8,3	+ 0,8	+ 21,1	+ 4,8	+ 31,2	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 4,9	+ 1,5	+ 4,4	+ 7,2	+ 15,0	+ 8,5	+ 12,1	+ 17,5	+ 15,4	+ 37,5	+ 30,2	+ 26,3	+ 38,1
	+ 0,8	+ 7,5	+ 16,3	+ 20,8	+ 10,4	+ 23,7	- 9,3	- 16,6	- 12,0	- 15,4	- 16,2	- 17,6	- 17,5	- 7,1	- 17,6	- 16,1	- 14,8	- 21,6	- 6,0	- 9,4	- 6,0
	- 1,6	- 0,2	+ 7,8	+ 20,8	+ 20,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 3,8	+ 5,4	+ 20,6	+ 4,7	+ 32,5	+ 26,1	+ 28,2	+ 32,3	+ 37,0	+ 43,5	+ 39,6	+ 32,2	·
	- 8,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	- 4,4	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 4,4	- 9,9	- 13,7	- 18,5	- 18,2	- 18,1	- 18,1	- 18,4	- 18,1	- 15,3	- 14,6	- 13,7	·
	+ 1,8	- 2,1	- 1,8	- 5,2	+ 25,1	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 9,2	- 7,3	- 6,6	- 6,4	- 4,2	- 5,3	- 6,7	- 5,0	- 9,4	- 8,9	- 7,8	- 2,3	·
	+ 10,5	+ 20,6	+ 20,6	+ 27,8	+ 25,1	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 10,1	+ 7,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 5,9	+ 4,2	+ 6,3	+ 6,5	+ 4,8	+ 8,9	+ 5,8	- 3,0	·
	+ 11,3	+ 2,8	+ 12,6	+ 4,4	+ 16,4	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 9,8	+ 6,6	+ 11,7	+ 13,2	+ 11,1	+ 12,1	+ 13,1	+ 13,7	+ 12,7	+ 12,6	+ 10,6	+ 10,2	·
	- 0,4	+ 4,1	+ 4,1	- 16,1	+ 8,1	- 27,4	- 9,6	- 28,5	+ 35,8	+ 38,9	+ 33,8	+ 26,6	+ 14,8	+ 24,3	+ 17,2	+ 12,2	+ 14,9	+ 5,8	+ 7,8	+ 4,2	- 0,1
	- 0,4	+ 4,1	+ 4,1	- 16,1	+ 8,1	- 27,4	- 9,6	- 28,5	+ 35,8	+ 38,9	+ 33,8	+ 26,6	+ 14,8	+ 24,3	+ 17,2	+ 12,2	+ 14,9	+ 5,8	+ 7,8	+ 4,2	- 0,1

In %

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003						
	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar	Januar	Februar					
	7,1	6,9	7,2	6,7	6,7	5,8	6,1	6,9	6,8	8,2	6,2	5,8	7,2	8,3	6,3	7,0	8,3	8,9	8,6	7,4	6,8
	6,9	7,4	6,9	6,5	6,9	5,8	6,2	7,2	6,9	9,6	6,2	5,5	7,6	9,9	6,0	6,9	9,8	10,9	10,5	8,3	7,0
	7,4	7,5	7,5	6,9	6,9	5,9	5,9	6,4	6,7	6,6	6,3	6,0	6,8	6,5	6,1	6,6	6,5	6,6	6,4	6,4	6,6
	16,3	15,3	15,3	14,4	14,4	14,4	15,2	15,8	16,0	14,7	15,4	16,6	16,6	15,4	17,4	17,2	16,8	16,0	15,5	15,2	16,0
	1.227	1.030	1.030	710	710	547	687	1.002	961	1.215	842	837	1.144	1.348	845	1.132	1.370	1.460	1.432	1.162	976

Arbeitslosenquote  
Männer  
Frauen  
Unter-25-Jährige  
in % der Arbeitslosen insgesamt  
Stellenanfrage  
(Arbeitslose je 100 offene Stellen)



**Geld- und Kreditmarkt**

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003		2003		
	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Zinssätze																			
Basiszinssatz	2,5	2,5	2,2	2,2	3,4	3,9	2,7	2,7	3,0	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,2
Taggeldsatz (EONIA <sup>1)</sup> )	3,3	3,4	2,7	2,7	4,1	4,4	3,3	3,3	3,6	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,1	2,2
Dreimonatssatz (EURIBOR <sup>2)</sup> )	3,5	3,6	3,0	3,0	4,3	4,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,1	2,8
Sekundärmarktrendite (Benchmark)	5,7	4,7	4,1	4,1	5,6	5,1	5,0	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,6	4,1
Sekundärmarktrendite insgesamt	4,8	4,4	4,1	4,1	5,4	4,7	4,7	4,7	4,2	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,1	3,4
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute																			
Kommerzkredite	7,7	6,4	5,6	6,5	6,4	6,4	5,8	6,5	6,0	5,7	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,6	5,4
Privatkredite	7,8	7,6	6,5	7,4	7,3	7,3	6,7	7,0	6,7	6,8	6,8	6,8	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7	6,5	6,4
Hypothekarkredite	6,1	5,9	5,0	5,8	5,9	5,9	5,3	5,3	5,5	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,0	4,9
Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute																			
Spareinlagen täglich fällig	1,5	1,4	0,8	0,7	0,6	0,6	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
Spareinlagen über 12 Monate	3,2	3,1	2,5	3,1	3,3	3,3	2,8	2,9	2,8	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,4	2,3
Kapitalparabriefe	3,2	3,3	2,7	3,6	3,7	3,7	3,2	3,1	3,1	3,1	3,5	3,3	3,0	3,0	3,1	3,1	3,1	2,9	2,6

<sup>1)</sup> Bis 1998 Taggeldsatz (auf OeNB, - <sup>2)</sup> Bis 1998 VIBOR.

Monetäre Aggregate  
Erlagen insgesamt  
Direktkredite an inländische  
Nichtbanken

**Zahlungsbilanz**

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003		2003		
	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Cash-Prinzip <sup>1)</sup>																			
Leistungsbilanz	- 3,99	- 4,68	- 4,05	- 5,54	- 4,12	- 5,36	- 4,12	- 5,36	- 2,03	- 2,12	- 0,27	- 0,47	- 0,33	- 1,57	- 1,04	- 0,16	- 0,37	- 0,49	+ 0,94
Warenzahlungen <sup>2)</sup>	- 4,14	- 3,99	- 5,34	- 7,09	- 6,24	- 7,59	- 6,24	- 7,09	- 1,59	- 2,12	- 0,34	- 0,47	- 0,25	- 1,13	- 0,14	- 0,17	- 0,83	- 0,04	+ 0,48
Dienstleistungen	+ 2,06	+ 3,11	+ 4,00	+ 4,01	+ 4,70	+ 4,01	+ 5,59	+ 4,01	+ 5,55	+ 0,82	+ 0,82	+ 3,45	+ 0,79	- 0,00	- 0,29	- 0,04	+ 0,33	+ 0,30	+ 0,33
Einkommen	- 0,40	- 0,21	- 0,85	- 1,28	- 0,80	- 0,97	- 1,28	- 0,80	- 0,62	- 0,55	- 0,55	- 0,68	- 0,36	- 0,23	- 0,25	- 0,22	- 0,16	- 0,38	+ 0,10
Laufende Transfers	- 1,51	- 1,78	- 1,86	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 1,31	- 1,58	- 0,37	- 0,20	- 0,78	- 0,57	- 0,21	- 0,03	- 0,01	+ 0,18	- 0,04	- 0,16	+ 0,30
Vermögensübertragungen	+ 0,02	- 0,12	- 0,13	- 0,26	- 0,54	- 0,58	- 0,19	- 0,28	- 0,19	- 0,28	- 0,22	- 0,22	+ 0,11	- 0,18	- 0,08	- 0,11	- 0,08	- 0,01	- 0,06
Kapitalbilanz	+ 1,31	+ 5,13	+ 5,77	+ 5,21	+ 3,48	+ 3,34	+ 1,16	+ 2,61	+ 3,41	+ 3,41	+ 2,61	+ 3,16	+ 2,25	+ 1,49	+ 1,20	+ 1,11	+ 0,93	+ 0,93	- 2,01
Statistische Differenz	+ 2,65	- 1,62	- 1,59	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	+ 1,06	+ 2,07	+ 1,06	+ 2,07	+ 3,16	+ 3,16	- 0,19	+ 0,26	- 0,13	+ 0,17	+ 0,26	- 0,44	+ 0,79
Accrual-Prinzip																			
Leistungsbilanz	- 5,76	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 3,94	- 5,36	- 3,94	- 5,36	- 2,21	- 2,12	- 0,27	- 0,47	- 0,33	- 1,57	- 1,04	- 0,16	- 0,37	- 0,49	+ 0,94
Güter	- 3,78	- 3,99	- 3,98	- 2,99	- 1,40	- 2,99	- 1,40	- 2,99	- 1,09	- 1,40	- 0,46	- 0,69	- 0,41	- 1,13	- 0,14	- 0,17	- 0,83	- 0,04	+ 0,48
Dienstleistungen	+ 0,87	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,13	+ 1,74	+ 2,13	+ 1,74	+ 2,00	+ 0,75	+ 0,82	+ 3,45	+ 0,79	- 0,00	- 0,29	- 0,04	+ 0,33	+ 0,30	+ 0,33
Einkommen	- 1,35	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,31	- 3,31	- 2,25	- 2,66	- 0,72	- 0,55	- 0,55	- 0,68	- 0,36	- 0,23	- 0,25	- 0,22	- 0,16	- 0,38	+ 0,10
Laufende Transfers	- 1,51	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,36	- 1,58	- 1,36	- 1,58	- 0,56	- 0,35	- 0,78	- 0,57	- 0,21	- 0,03	- 0,01	+ 0,18	- 0,04	- 0,16	+ 0,30
Vermögensübertragungen	- 0,11	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,60	- 0,56	- 0,09	- 0,04	- 0,04	- 0,04	- 0,04	- 0,04	- 0,12	- 0,10	- 0,18	- 0,07	- 0,18	- 0,29	- 0,03
Kapitalbilanz	+ 5,45	+ 5,53	+ 6,61	+ 6,23	+ 4,68	+ 4,68	+ 4,40	+ 4,68	+ 3,19	+ 3,19	+ 0,83	+ 0,73	+ 1,60	+ 1,76	+ 1,93	+ 1,45	+ 2,68	+ 1,02	+ 0,81
Direktinvestitionen im Ausland	- 1,76	- 2,47	- 3,10	- 2,55	- 2,79	- 2,55	- 2,79	- 2,55	- 1,21	- 1,21	- 0,69	- 1,38	- 0,50	- 1,15	- 0,74	- 0,74	- 0,69	- 0,66	- 0,66
Direktinvestitionen in Österreich	+ 2,35	+ 4,08	+ 2,79	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,76	+ 1,75	+ 6,76	+ 1,75	+ 6,76	+ 1,75	+ 6,76	+ 1,75	+ 6,76	+ 1,75	+ 6,76	+ 1,75	+ 6,76	+ 1,75
Portfolioinvestitionen	+ 1,37	+ 5,90	+ 2,55	+ 3,23	+ 5,97	+ 5,51	+ 2,50	+ 5,51	+ 1,21	+ 1,21	+ 0,69	+ 1,22	+ 0,55	+ 2,87	+ 3,40	+ 2,71	+ 2,45	+ 0,76	+ 0,76
Sonstige Investitionen	+ 0,05	+ 0,74	+ 7,92	+ 2,49	+ 6,64	+ 2,19	+ 2,19	+ 2,49	+ 2,50	+ 2,36	+ 2,36	+ 2,91	+ 0,28	+ 0,99	+ 1,46	+ 3,25	+ 2,71	+ 5,85	+ 0,31
Offizielle Währungsreserven	+ 2,61	+ 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,84
Statistische Differenz	+ 0,42	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,13	+ 4,73	+ 0,89	+ 1,32	- 0,89	+ 1,32	+ 1,08	+ 1,08	- 0,10	+ 0,43	- 0,26	+ 0,84	- 0,99	+ 0,07	+ 0,84

<sup>1)</sup> Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. - <sup>2)</sup> Warenverkehr + Adjustierungen + Transithandel + Lohnveredelung + nicht aufteilbare Leistungen.

**Wechselkurse**

	1997		1998		1999		2000		2001		2002		2003		2003		2003		
	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Wechselkurs																			
Dollar	1,13	1,12	1,07	0,92	0,90	0,94	0,90	0,88	0,92	0,92	0,92	0,92	0,98	1,00	1,07	0,98	0,98	0,98	1,00
Yen	137,21	146,62	121,43	99,53	108,73	118,07	110,64	116,03	116,49	117,27	117,27	122,47	122,47	127,63	116,31	118,38	121,57	121,65	124,20
Schweizer Franken	1,65	1,62	1,60	1,56	1,51	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,46
Effektiver Wechselkurs																			
Nominell	- 1,7	+ 2,8	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,2	- 0,3	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 4,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,8
Industriewaren	- 1,8	+ 2,5	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,9	- 0,4	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,7
Real	- 4,6	+ 0,3	- 1,1	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,4	- 1,3	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,1
Industriewaren	- 4,3	+ 0,5	- 1,3	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,5	- 1,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,2

<sup>1)</sup> Bis 1998 ECU, ab 1999 Euro.

Josef Pöschl (WIIW)

## Internationale Konjunkturflaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe

**Die weltweite Konjunkturschwäche bedeutet für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas (MOEL) einen "Belastbarkeitstest", den sie bisher gut gemeistert haben – eine Krise trat nicht auf. In den fortgeschrittenen Transformationsländern verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum, während es sich in einigen Ländern mit Nachholbedarf sogar beschleunigte.**

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erstellt. • Begutachtung: Kazimierz Laski • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Hana Ruskova, Monika Schwarzhappl, Barbara Swierczek • E-Mail-Adresse: [poeschl@wiiw.at](mailto:poeschl@wiiw.at)

Die Wachstumsraten der Jahre 2001 und 2002 spiegeln den Einfluss des internationalen Konjunkturerinbruchs auf Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn wider – Länder, die 2004 voraussichtlich der EU beitreten werden. Allerdings prägten insbesondere in Polen auch interne Faktoren die Entwicklung.

2000 war das BIP der MOEL 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) um 3,9% gewachsen. 2001 und 2002 erzielten sie ein reales Wachstum von 2,2% und 2,1% (gewichteter Durchschnitt), das weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt (2002 +0,8%<sup>1)</sup>) lag (Übersicht 1).

Bezieht man auch Bulgarien und Rumänien mit ein, die voraussichtlich 2007 der EU beitreten werden, so ergibt sich sowohl für 2001 als auch für 2002 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,7% – gegenüber +3,7% im Jahre 2000. In den höherentwickelten Transformationsländern ähnelte der Konjunkturverlauf teils der weltweiten Entwicklung.

Mit Wachstumsraten von rund 5% beeinflussten Bulgarien und Rumänien den Durchschnitt der MOEL 7 positiv. Allgemein erzielten jene Länder, die das BIP-Niveau von 1989 noch nicht wieder erreicht haben (Übersicht 2), selbst angesichts der internationalen Wirtschaftsflaute gute Ergebnisse. Das gilt etwa für Kroatien, Russland und die Ukraine.

Die MOEL erweisen sich seit der Mitte der neunziger Jahre als wirtschaftlich erfolgreiche Region: Ihr Wirtschaftswachstum lag sowohl bei guter als auch bei schlechter internationaler Konjunktur über dem Durchschnitt der EU 15. Der positive Eindruck verstärkt sich angesichts der Quartalsergebnisse 2001 und 2002 (Abbildung 1): Zum Unterschied von der EU zeigten sich im Laufe des Jahres 2002 Aufschwungstendenzen. Nur in Tschechien verlangsamte sich die Expansion im Vorjahresvergleich 2001 und 2002 ständig. Allerdings werden Tschechiens BIP-Daten meist mehrmals revidiert, und die endgültigen Zahlen weichen häufig stark von den vorläufigen ab.

Die Industrieproduktion (Übersicht 3) entwickelte sich ähnlich wie das BIP: Die realen Wachstumsraten waren 2001 und 2002 in den meisten Ländern deutlich geringer als 2000, wobei im Jahresverlauf 2002 ein Aufwärtstrend zu erkennen ist (Abbildung 2).

**Deutlicher Einfluss der internationalen Konjunktur auf die BIP-Entwicklung der fortgeschrittenen Transformationsländer**

**Eigenständige Aufschwungstendenz**

**Industriedaten bestätigen die Aufschwungstendenz**

<sup>1)</sup> Scheiblecker, M., et al., "Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(4).

Übersicht 1: Prognose für 2003 und 2004

	Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>				Verbraucherpreise <sup>2)</sup>				Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>				Leistungsbilanz			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %				In %				In % des BIP			
MOEL 7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 11,0	+ 6,9	+ 6,3	+ 5,9	12,9	13,8	13,7	13,9	- 4,4	- 3,9	- 3,9	- 4,0
MOEL 5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 7,0	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,5	14,5	15,3	15,3	15,2	- 4,2	- 4,0	- 3,9	- 4,1
Tschechien	+ 3,1	+ 2,0	+ 2	+ 3	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 2	8,1	7,3	7,5	7,4	- 5,7	- 5,3	- 5,3	- 5,5
Ungarn	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,7	+ 4	+ 9,2	+ 5,3	+ 5,3	+ 5	5,7	5,8	6	6	- 3,4	- 4,0	- 4,0	- 3,8
Polen	+ 1,0	+ 1,3	+ 2	+ 3	+ 5,5	+ 1,9	+ 2	+ 3	18,2	19,9	20	20	- 3,9	- 3,6	- 3,7	- 4,3
Slowakei	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,5	+ 7,1	+ 3,3	+ 7	+ 7	19,2	18,5	18	17	- 8,6	- 8,2	- 4,4	- 3,2
Slowenien	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,3	+ 4	+ 8,4	+ 7,5	+ 6	+ 5,5	6,4	6,4	5,5	5,5	0,2	1,7	0,4	0,4
Bulgarien	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,5	+ 5	+ 7,4	+ 5,8	+ 4	+ 4	19,7	17,8	18	17	- 6,2	- 4,4	- 3,1	- 2,3
Rumänien	+ 5,3	+ 4,9	+ 4	+ 4	+ 34,5	+ 22,5	+ 18	+ 15	6,6	8,4	8	9	- 5,6	- 3,4	- 4,0	- 4,5
Kroatien	+ 3,8	+ 5,2	+ 4	+ 4,5	+ 4,9	+ 2,2	+ 3	+ 2,5	15,9	15,2	15	15	- 3,2	- 6,6	- 3,8	- 3,4
Mazedonien	- 4,5	+ 0,3	+ 2	+ 3	+ 5,2	+ 1,5	+ 2	+ 4	30,5	31,9	30	30	- 6,9	- 8,8	- 5,8	- 5,6
Serbien und Montenegro	+ 5,1	+ 3	+ 4	+ 4	+ 89,0	+ 16,5	+ 15	+ 10	12,9	13,8	15	15	- 5,9	- 13,1	- 11,8	- 10,4
Russland	+ 5,0	+ 4,3	+ 4	+ 4	+ 21,6	+ 16,0	+ 12	+ 10	9,1	8,0	7,5	8	11,3	9,5	7,0	6,0
Ukraine	+ 9,2	+ 4,8	+ 4	+ 4	+ 12,0	+ 0,8	+ 10	+ 7	11,1	10,2	10	11	3,7	7,7	4,0	.

Q: Nationale Statistiken. 2002: vorläufige Zahlen, 2003 und 2004: Prognose des WIIW. – <sup>1)</sup> Serbien und Montenegro: Bruttomaterialprodukt. – <sup>2)</sup> Kroatien, Mazedonien: Einzelhandelspreise. – <sup>3)</sup> Gemäß Labour-Force-Survey Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt.

Übersicht 2: BIP und Preisniveau der MOEL im internationalen Vergleich

2002

	Zu laufenden Wechselkursen (WK) Mrd. €	Bruttoinlandsprodukt Zu Kaufkraftparitäten (KKP)		Reales Wachstum 1990 = 100	Preisniveau Relativ zur EU (KKP/WK) In %
			Pro Kopf, EU 15 = 100		
10 EU-Beitrittsländer	487	1.021	42	118	.
MOEL 11	895	2.239	32	87	.
MOEL 7	457	955	42	120	.
MOEL 5	392	758	48	128	.
Tschechien	74	150	62	106	49
Ungarn	70	128	54	116	54
Polen	199	379	42	130 <sup>1)</sup>	53
Slowakei	25	67	53	112	38
Slowenien	23	34	73	128	68
Bulgarien	17	61	33	88	27
Rumänien	48	137	26	93	35
Kroatien	24	41	39	94	58
Mazedonien	4	12	26	87	32
Russland	366	1.010	30	72	36
Ukraine	44	220	19	49	20
Estland	7	14	45	98	47
Lettland	9	19	34	73	47
Litauen	15	32	40	76	45
EU 15	8.988	8.988	100	127	100
Deutschland	2.113	2.047	105	134	104
Österreich	215	214	112	128	100
Griechenland	140	181	70	136	82
Portugal	128	176	74	135	75
Spanien	684	806	87	136	84
USA	11.039	9.802	150	141	115
Japan	4.213	3.098	103	114	135

Q: OECD, WIIW. – <sup>1)</sup> 1989 = 100, da für Polen 1989 das adäquate Bezugsjahr ist.

Die Wachstumsbeschleunigung in der Industrie ging mit einer verstärkten Steigerung der Arbeitsproduktivität einher (Abbildung 3): Die Monatsdaten 2001 und 2002 zeigen einen U-förmigen Verlauf mit dem Wendepunkt um den Jahreswechsel 2001/02. Unter jenen Ländern, für die entsprechende Daten vorliegen, weicht nur Bulgarien von diesem Muster deutlich ab, und in Slowenien war es wenig ausgeprägt. Die Verbesserung der Arbeitsproduktivität dämpfte im Jahresverlauf 2002 den Anstieg der Lohnstückkosten (in nationaler Währung) (Abbildung 4); in Polen, der Slowakei und Tschechien waren die Lohnstückkosten ab etwa der Jahresmitte meist deutlich rückläufig.

*BIP-Wachstumsraten, Produktionszuwächse und Exportdaten für die zweite Hälfte des Jahres 2002 deuten auf Aufschwungstendenzen hin, die nicht aus dem internationalen Konjunkturverlauf zu erklären sind.*

### Übersicht 3: Bruttoindustrieproduktion

	2000	2001	2002	2003	2004	2002 1989 = 100	2002 1995 = 100
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
MOEL 7 <sup>1)</sup>	+ 8,3	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,8	+ 4,4	100,5	132,1
MOEL 5 <sup>1)</sup>	+ 8,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,7	+ 4,5	118,7	140,4
Tschechien	+ 5,4	+ 6,5	+ 4,8	+ 5	+ 6	91,1	123,4
Ungarn	+ 18,1	+ 3,6	+ 2,6	+ 6	+ 9	144,4	179,2
Polen <sup>2)</sup>	+ 6,7	+ 0,6	+ 1,5	+ 2	+ 2	132,3	141,1
Slowakei	+ 8,6	+ 6,9	+ 6,5	+ 5,5	+ 6	101,8	133,0
Slowenien	+ 6,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 3	+ 3	84,6	117,8
Bulgarien	+ 10,3	- 2,4	+ 2,6	+ 4	+ 5	51,8	91,7
Rumänien	+ 7,1	+ 8,2	+ 6,0	+ 4	+ 4	56,9	101,9
Kroatien	+ 1,7	+ 6,0	+ 5,4	+ 4	+ 5	63,6	127,9
Mazedonien	+ 3,5	- 3,1	- 5,3	- 3	+ 3	43,5	101,4
Serbien und Montenegro <sup>3)</sup>	+ 11,2	± 0	+ 1,7	+ 3	+ 5	39,3	106,1
Russland	+ 11,9	+ 4,9	+ 3,7	+ 4	+ 4,5	62,1	125,3
Ukraine	+ 12,4	+ 14,2	+ 7,0	+ 6	+ 7	70,0	133,6

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen, 2003 und 2004: Prognose des WIIW. – <sup>1)</sup> Schätzung des WIIW. – <sup>2)</sup> Umsätze. – <sup>3)</sup> Ohne kleine Unternehmen; seit 1999 ohne Kosovo und Metohia.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der in den MOEL angesiedelten Unternehmen wurde 2002 auch dadurch positiv beeinflusst, dass die seit 1999 in den MOEL 5 (außer Slowenien) sowie in Kroatien und der Ukraine zeitweise deutliche Tendenz zu nomineller Aufwertung in der zweiten Hälfte 2002 oder Anfang 2003 verebbte und sogar von einer Abwertungstendenz abgelöst wurde (Abbildung 5).

Gemessen an der Vorjahresveränderung des durchschnittlichen Euro-Wechselkurses zählten 2001 Polen (+8,5%), Tschechien (+4,3%), die Ukraine (+4,3%), Kroatien (+2,2%) und Ungarn (+1,3%) zu den Aufwertungsländern. 2002 traf das für Tschechien (+9,6%), Ungarn (+5,3%), die Slowakei (+1,4%) und Kroatien (+0,8%) zu.

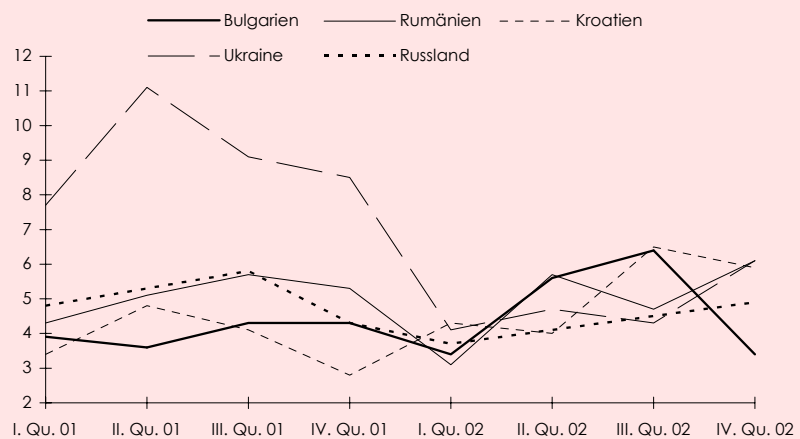
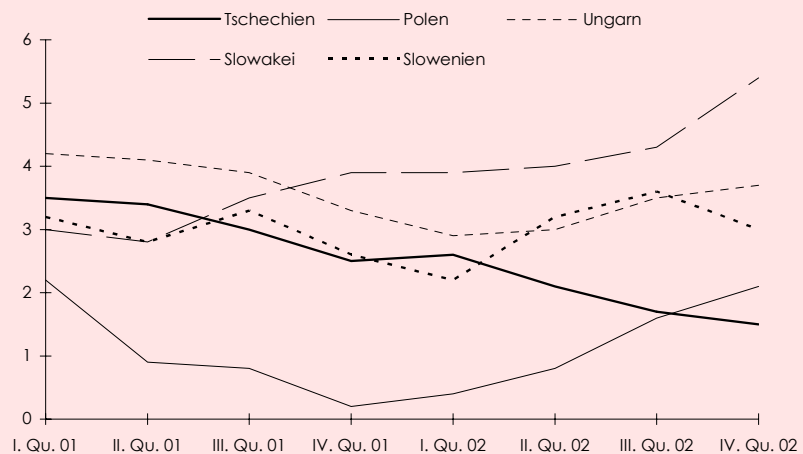
Selbst in jenen Ländern, die 2002 im Jahresdurchschnitt eine Aufwertung auswiesen, setzte in der zweiten Jahreshälfte oder im I. Quartal 2003 eine Tendenz zu nomineller Abwertung ein. In jenen Ländern, die in der Periode 2001/02 zumindest zeitweise einem Aufwertungsdruck ausgesetzt waren, verringerte sich gleichzeitig der Inflationsdruck. Der Verbraucherpreisindex und der Produzentenpreisindex stiegen 2001 und 2002 monatelang in den meisten Ländern nur geringfügig, in einigen sanken sie sogar. Im März 2003 war der Produzentenpreisindex in Tschechien niedriger als zwei Jahre zuvor, in Polen nicht höher als im April 2002 und in Ungarn gleich hoch wie im November 2000 (Abbildung 6). In der Slowakei waren die Produzentenpreise Mitte 2002 einige Monate hindurch rückläufig, stiegen aber im Jänner 2003 sprunghaft, und zwar vor allem infolge einer drastischen Erdgasverteuerung, die den neuen Eigentümern der Versorgungsbetriebe von der Regulierungsbehörde gestattet wurde. Auch in Bulgarien, Kroatien und der Ukraine blieben die Produzentenpreise über Monate hinweg im Wesentlichen unverändert. Eine kontinuierliche Steigerung der Produzentenpreise verzeichneten nur Rumänien, Russland und Slowenien – Länder, deren Währung nominell teils permanent abwertete.

### Nominelle wie reale Aufwertungstendenz weitgehend gestoppt

*Die Aufwertungstendenz, die in den vergangenen Jahren in Kroatien, Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine zu beobachten war, verebbte in der zweiten Jahreshälfte 2002 oder im I. Quartal 2003. Parallel dazu zeigte sich 2001 und 2002 in Ländern, die nicht permanent abwerteten, über Monate hinweg eine Tendenz zu Preisstabilität oder sogar leicht sinkenden Preisen.*

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Nationale Statistiken.

Die nominelle Abwertung gepaart mit stabilen oder sogar sinkenden Preisen stoppte den Abbau des Preisniveaurückstands gegenüber der EU oder vergrößerte den Abstand sogar wieder.

Slowenien konnte den Preisniveaubestand gegenüber der EU so gestalten, dass ein Leistungsbilanzdefizit vermieden wurde.

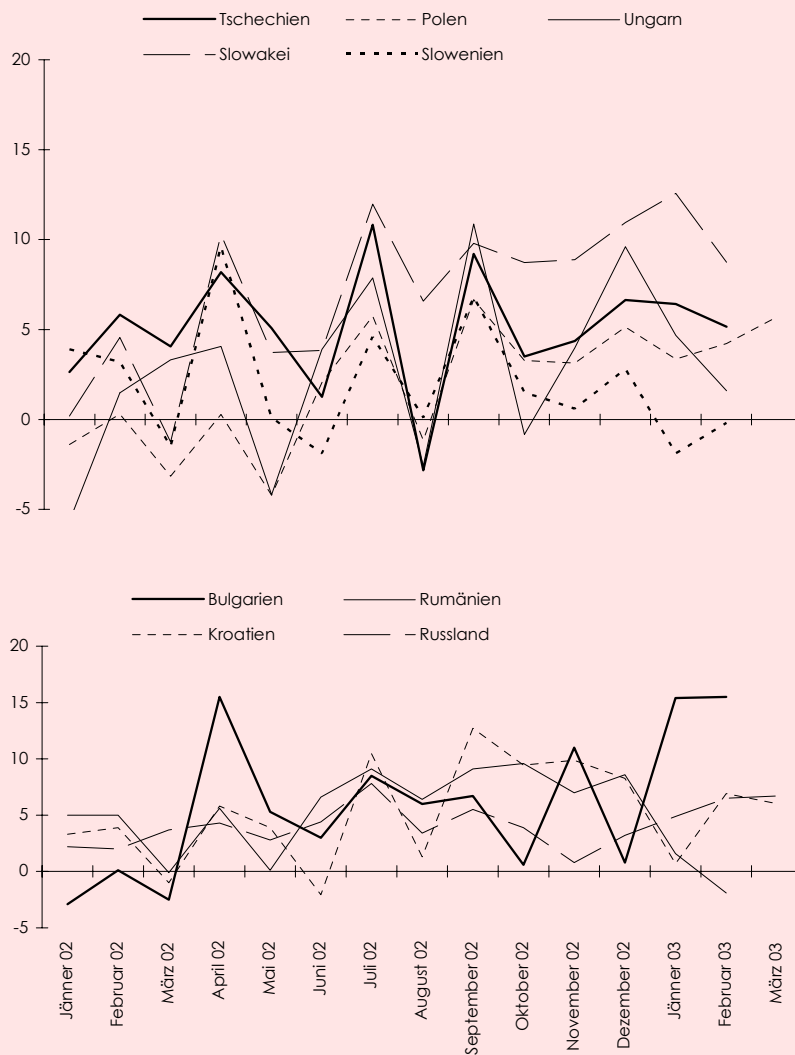
Die Kombination aus nomineller Abwertung und Stagnation oder Rückgang der Preise brachte die reale Aufwertung gegenüber der EU in den meisten Ländern im Laufe des Jahres 2002 zum Stillstand; in einigen hatte sie eine reale Abwertung zur Folge, d. h. eine Ausweitung des Preisrückstands gegenüber der EU. Spektakulär verlief die Entwicklung in Polen: Bis Juni 2002 verringerte sich der Preisabstand zur EU rasch, dann kehrte sich der Trend um, und im März 2003 war der Preisabstand wieder so groß wie im Jänner 2001. Weniger ausgeprägt war dieses Muster in Tschechien. In den meisten anderen MOEL (Abbildung 7) ergab sich in den ersten Monaten 2001 eine reale Aufwertung, anschließend veränderte sich der Preisabstand gegenüber der EU aber nur geringfügig. Kaum verändert hat sich 2001/02 der reale Wechselkurs in Slowenien: Die Inflationsrate war zwar stets höher als in der EU, eine entsprechende nominelle Abwertung verhinderte aber die Verringerung des Preisabstands.

Die Teuerung der Verbraucherpreise war 2002 durchwegs niedriger als 2001 (Übersicht 1). Über 10% lag die Inflationsrate<sup>2)</sup> lediglich in Rumänien, Russland sowie Serbien und Montenegro, während sie in Kroatien, Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine sogar unter 5% sank.

<sup>2)</sup> Definiert als Durchschnitt der Veränderungsdaten in den einzelnen Monaten gegenüber der Vorjahresperiode.

Abbildung 2: Industrieproduktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Die Außenhandelsentwicklung der letzten Jahre war ähnlich wie jene des BIP und der Industrieproduktion in den MOEL von der internationalen Konjunkturflaute geprägt. Die Exporte der MOEL 7 waren 2000 auf Euro-Basis (Übersicht 4) um 18% bis 41% gestiegen; 2001 fielen die Veränderungsdaten wesentlich niedriger aus, sie lagen aber vielfach noch bei 10%. Im I. Quartal 2002 waren sie in allen Ländern nur noch einstellig, in Bulgarien, Russland und der Slowakei sogar negativ. Im IV. Quartal 2002 zeigte sich auch im Export mit neuerlich teils zweistelligen Zuwachsraten eine Aufschwungstendenz.

Angesichts des im internationalen Vergleich relativ hohen BIP-Wachstums ist es bemerkenswert, dass sich das Außenhandelsdefizit der MOEL 7 in den vergangenen drei Jahren laufend verringert hat. Die Importe stiegen schwächer als die Exporte, sodass die Exporterlöse 2000 80% der Importausgaben abdeckten, 2001 82% und 2002 knapp 85% (Übersicht 5). Nur in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei verschlechterte sich der Deckungsgrad von 2000 auf 2001; 2002 war jedoch auch in diesen Ländern eine Verbesserung zu verzeichnen.

**Exportwachstum  
verlangsamt sich**

**Deckungsquote der  
Importe verbessert**

Übersicht 4: Entwicklung des Außenhandels

Zu laufenden Preisen, auf Euro-Basis

	2000	2001	2002				Jänner	2003 Februar	März
			I. Quar- tal	II. Quar- tal	III. Quar- tal	IV. Quar- tal			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Exporte</i>									
Tschechien	+27,8	+18,3	+7,6	+10,6	+11,8	+6,1	+9,8	+1,5	+0,3
Ungarn	+30,0	+11,6	+9,4	+9,0	+6,8	+3,6	-4,8	-4,8	.
Polen	+33,6	+17,4	+3,3	+7,7	+6,3	+12,2	.	.	.
Slowakei	+34,1	+9,6	-0,3	+3,5	+11,7	+17,4	+22,5	+20,6	.
Slowenien	+18,3	+8,9	+1,6	+5,8	+7,7	+8,8	+2,0	+5,6	.
Bulgarien	+40,7	+8,8	-3,0	+4,6	+12,3	+1,9	+23,6	+7,2	.
Rumänien	+41,0	+13,3	+6,2	+11,3	+14,7	+28,0	+15,3	+12,0	.
Kroatien	+19,6	+8,1	-0,2	+2,8	-2,1	-2,6	+5,5	+38,1	.
Russland	+60,5	-0,2	-11,0	-4,9	+2,4	+11,3	+18,1	+18,6	.
<i>Importe</i>									
Tschechien	+32,2	+16,6	+2,3	+7,0	+8,6	+5,0	+6,4	+7,1	+3,0
Ungarn	+32,6	+8,0	+5,8	+4,0	+7,0	+7,6	-4,8	+0,4	.
Polen	+23,1	+5,8	+0,4	+4,5	+3,4	+5,6	.	.	.
Slowakei	+30,4	+19,0	+0,5	+2,8	+7,5	+13,6	+10,4	+12,6	.
Slowenien	+16,0	+3,2	+0,1	-0,7	+2,9	+5,8	-1,2	+12,3	.
Bulgarien	+37,8	+14,7	-0,2	+0,2	-1,8	+10,4	+15,1	+11,9	.
Rumänien	+42,8	+22,9	+4,2	+1,3	+19,1	+9,3	+5,7	+6,1	.
Kroatien	+17,3	+19,1	+12,2	+4,4	+12,2	+14,0	+4,6	+16,9	.
Russland	+31,0	+23,6	+15,0	+3,1	+6,6	+2,0	+2,2	+1,9	.

Q: WIIW-Jahres- und Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. Quartalsdaten errechnet als Durchschnitt der Monatsangaben.

Der Deckungsgrad der Importe durch Exporterlöse hat sich in den MOEL 7 in den letzten Jahren ungeachtet der weltweiten Konjunkturlaute verbessert.

In Kroatien, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro verlief die Entwicklung ungünstig: Der Deckungsgrad verschlechterte sich von nur etwa 50% im Jahr 2000 in den beiden Folgejahren weiter. Russlands Außenhandelsüberschuss, der von Rohöl- und Erdgasexporten geprägt ist, verringerte sich von 2000 auf 2002 beträchtlich, betrug aber immer noch 49 Mrd. € und war somit viel höher als das Defizit der MOEL 7 (30 Mrd. €). In der Ukraine betrug der Deckungsgrad der Importe unverändert knapp über 100%.

**Privater Konsum als Wachstumsstütze**

Dass sich die Deckungsquote der Importe verbesserte, war einer der Faktoren, die in den Transformationsländern einen dramatischen Wachstumseinbruch verhinderten. Positive Impulse lieferte auch die kräftige Steigerung des privaten Konsums (Übersicht 6). Sie beschleunigte sich 2002 in den MOEL 5 außer Slowenien im Vorjahresvergleich und erreichte in Ungarn über +10%. Die Anlageinvestitionen entwickelten sich unterschiedlich: Einem starken Rückgang in Polen standen eine Stagnation in der Slowakei und Tschechien und eine deutliche Ausweitung in Ungarn und Slowenien gegenüber. Um etwa 10% stiegen sie auch in Rumänien und Kroatien. Für die anderen Länder sind derzeit noch keine entsprechenden Konsum- und Investitionsdaten verfügbar.

**Prognose für 2003 und 2004**

Die Prognose der Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2003 und 2004 ist dadurch erschwert, dass es vorläufig, das heißt zu Anfang Mai 2003, noch keine deutlichen Anzeichen für eine nachhaltige Verbesserung der internationalen Konjunktur gibt. Da wichtige Unsicherheitsfaktoren politischer Natur inzwischen ihre Brisanz verloren haben und sich auch die Lage auf den Rohölmärkten entspannt hat, dürfte zumindest für 2004 mit einer internationalen Konjunkturerholung zu rechnen sein. Jedenfalls ist zu erwarten, dass die durchschnittliche BIP-Wachstumsrate der MOEL weiterhin deutlich höher sein wird als jene der EU 15; sie sollte 2004 zwischen 3% und 4% liegen. Auch die Wirtschaft Russlands und der Ukraine sollte etwa 4% wachsen. Kroatien, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro dürften ebenfalls ein Wachstum zwischen 3% und 5% erzielen.

## Übersicht 5: Außenhandel der MOEL insgesamt

Laut Zollstatistik

		2000	2001	2002	2001		2002	
					Auf Euro-Basis	Auf Dollarbasis	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
		Mio. €						
MOEL 7	Exporte	135.267	154.597	167.397	+ 14,3	+ 8,3	+ 11,0	+ 14,0
	Importe	168.922	187.875	197.593	+ 11,2	+ 5,2	+ 8,0	+ 10,8
	Exporte in % der Importe	80,1	82,3	84,7				
MOEL 5	Exporte	118.795	136.172	146.771	+ 14,6	+ 7,8	+ 11,4	+ 13,5
	Importe	147.709	162.385	170.382	+ 9,9	+ 4,9	+ 6,8	+ 10,5
	Exporte in % der Importe	80,4	83,9	86,1				
Tschechien	Exporte	31.483	37.251	40.630	+ 18,3	+ 9,1	+ 14,9	+ 14,6
	Importe	34.876	40.675	43.046	+ 16,6	+ 5,8	+ 13,2	+ 11,2
	Exporte in % der Importe	90,3	91,6	94,4				
Ungarn	Exporte	30.545	34.082	36.523	+ 11,6	+ 7,2	+ 8,5	+ 12,7
	Importe	34.856	37.654	39.939	+ 8,0	+ 6,1	+ 5,0	+ 11,5
	Exporte in % der Importe	87,6	90,5	91,4				
Polen	Exporte	34.383	40.375	43.400	+ 17,4	+ 7,5	+ 14,0	+ 13,6
	Importe	53.122	56.223	58.307	+ 5,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 9,6
	Exporte in % der Importe	64,7	71,8	74,4				
Slowakei	Exporte	12.880	14.115	15.252	+ 9,6	+ 8,1	+ 6,5	+ 13,6
	Importe	13.860	16.488	17.515	+ 19,0	+ 6,2	+ 15,6	+ 11,7
	Exporte in % der Importe	92,9	85,6	87,1				
Slowenien	Exporte	9.505	10.349	10.966	+ 8,9	+ 6,0	+ 5,8	+ 11,5
	Importe	10.996	11.345	11.574	+ 3,2	+ 2,0	+ 0,3	+ 7,4
	Exporte in % der Importe	86,4	91,2	94,7				
Bulgarien	Exporte	5.253	5.714	5.949	+ 8,8	+ 4,1	+ 5,8	+ 9,5
	Importe	7.085	8.128	8.313	+ 14,7	+ 2,3	+ 11,5	+ 7,6
	Exporte in % der Importe	74,1	70,3	71,6				
Rumänien	Exporte	11.219	12.711	14.678	+ 13,3	+ 15,5	+ 9,8	+ 21,8
	Importe	14.128	17.363	18.898	+ 22,9	+ 8,8	+ 19,1	+ 14,8
	Exporte in % der Importe	79,4	73,2	77,7				
Kroatien	Exporte	4.818	5.210	5.183	+ 8,1	- 0,5	+ 5,0	+ 4,6
	Importe	8.588	10.232	11.316	+ 19,1	+ 10,6	+ 15,7	+ 16,3
	Exporte in % der Importe	56,1	50,9	45,8				
Mazedonien	Exporte	1.431	1.290	1.178	- 9,9	- 8,7	- 12,7	- 3,7
	Importe	2.266	1.884	2.076	- 16,9	+ 10,2	- 19,4	+ 16,3
	Exporte in % der Importe	63,2	68,4	56,7				
Serbien und Montenegro	Exporte	1.808	2.095	2.401	+ 15,9	+ 14,6	+ 10,5	+ 19,5
	Importe	3.892	5.386	6.654	+ 38,4	+ 23,6	+ 30,4	+ 26,1
	Exporte in % der Importe	46,5	38,9	36,1				
Russland <sup>1)</sup>	Exporte	113.672	113.448	113.172	- 0,2	- 0,2	- 3,3	+ 5,2
	Importe	48.552	60.025	64.049	+ 23,6	+ 6,7	+ 19,8	+ 12,6
	Exporte in % der Importe	234,1	189,0	176,7				
Ukraine	Exporte	15.771	18.159	19.004	+ 15,1	+ 4,7	+ 11,6	+ 10,4
	Importe	15.104	17.612	17.967	+ 16,6	+ 2,0	+ 13,0	+ 7,6
	Exporte in % der Importe	104,4	103,1	105,8				

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – <sup>1)</sup> Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

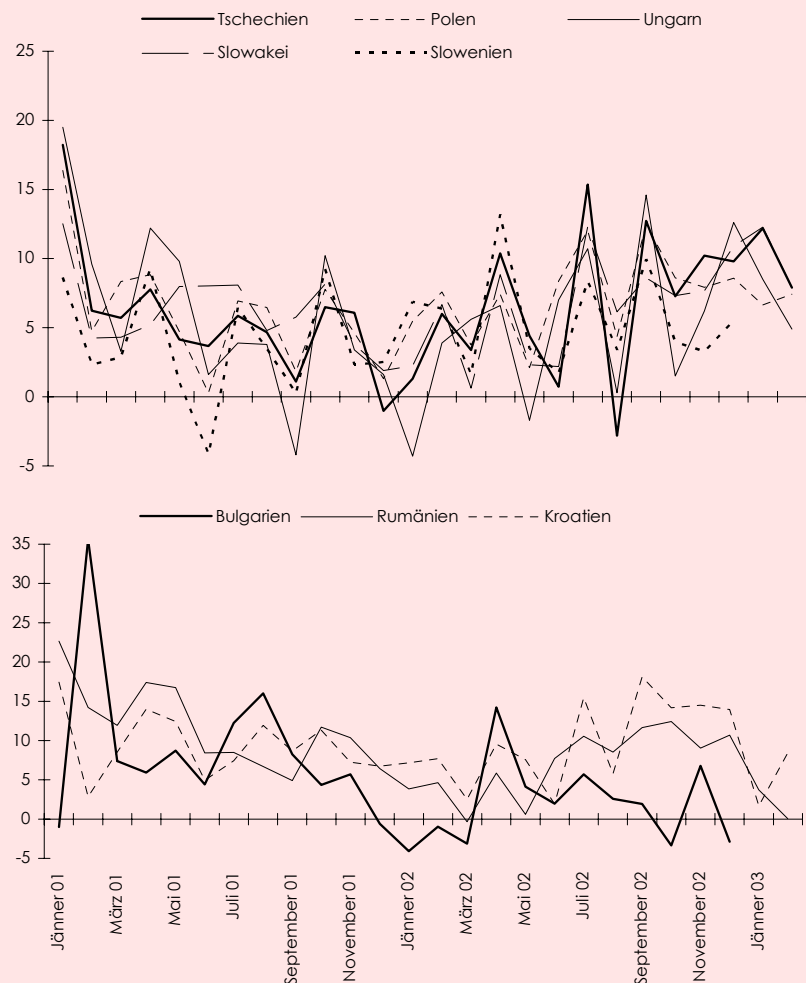
## Übersicht 6: Bruttoanlageinvestitionen und privater Konsum

	Bruttoanlageinvestitionen <sup>1)</sup>			Privater Konsum <sup>1)</sup>		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
Tschechien	+ 5,4	+ 5,5	+ 0,6	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,9
Ungarn	+ 7,7	+ 3,5	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,7	+ 10,2
Polen	+ 2,7	- 8,8	- 7,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 3,3
Slowakei	+ 1,2	+ 9,6	- 0,9	- 1,8	+ 4,0	+ 5,4
Slowenien	+ 0,2	- 0,8	+ 3,1	+ 0,8	+ 2,6	+ 1,9
Bulgarien <sup>2)</sup>	+ 15,4	+ 23,3	9,3	+ 4,9	+ 4,5	3,9
Rumänien	+ 4,6	+ 6,6	+ 8,3	- 0,4	+ 6,7	+ 3,0
Kroatien	- 3,8	+ 9,7	+ 10,1	+ 4,2	+ 4,6	+ 6,6
Mazedonien	- 3,2	.	.	+ 11,0	.	.
Serbien und Montenegro <sup>3)</sup>	+ 13,3	.	.	.	.	.
Russland	+ 13,2	+ 11,5	.	+ 9,3	+ 9,9	+ 8,5
Ukraine	+ 12,1	.	.	+ 5,4	.	.

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – <sup>1)</sup> Gemäß VGR. – <sup>2)</sup> Tatsächlicher Konsum der privaten Haushalte. – <sup>3)</sup> Gemäß Investitionsstatistik.

Abbildung 3: Arbeitsproduktivität in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Das Wirtschaftswachstum dürfte im Durchschnitt der MOEL 7 auch 2003 und 2004 jenes der EU 15 um 1,5 bis 2 Prozentpunkte übersteigen. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte 2002 in den MOEL 12 etwa 14 Mio.; sie könnte 2004 noch etwas steigen.

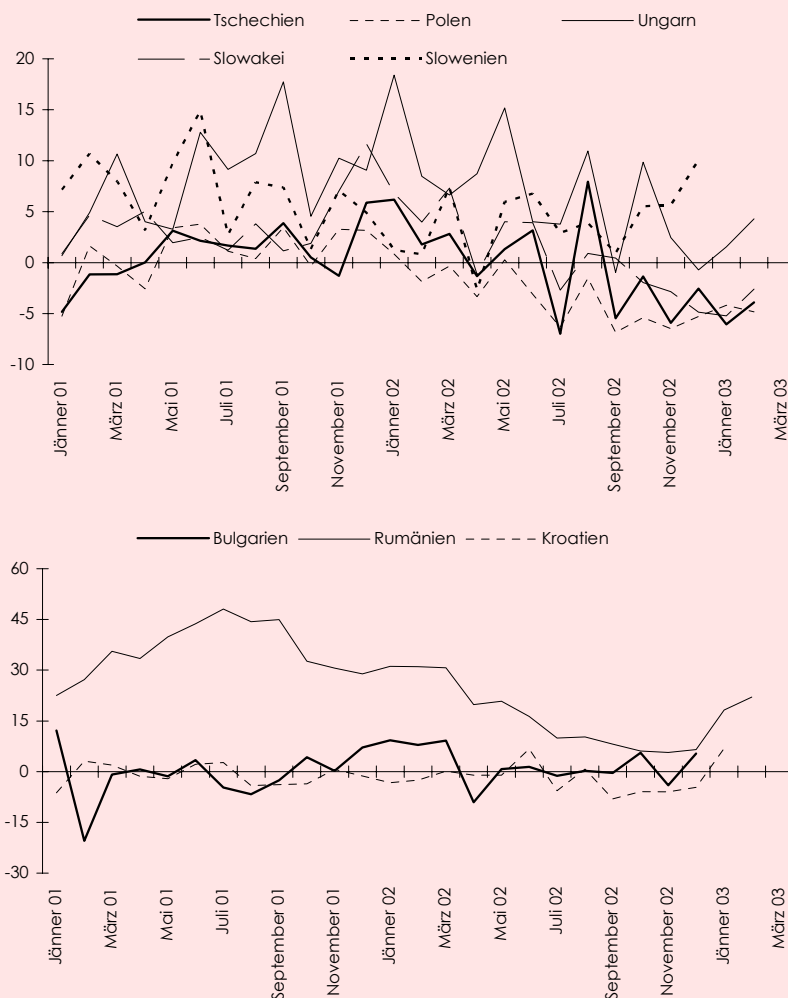
Das Wirtschaftswachstum dürfte im Durchschnitt der MOEL 7 auch 2003 und 2004 jenes der EU 15 um 1,5 bis 2 Prozentpunkte übersteigen. Die Inflation dürfte weiter nachlassen; wahrscheinlich wird sie sich in jenen Ländern, in denen sie 2002 überraschend niedrig war (Tschechien, Polen, Slowakei, Kroatien, Mazedonien, Ukraine), wieder etwas beschleunigen.

Das Leistungsbilanzdefizit dürfte sich in der gesamten Region der MOEL 7 wenig verändern. Relativ hoch ist es in Kroatien sowie Serbien und Montenegro.

Ein akutes Problem ist die Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote stieg in den MOEL 7 von 12,8% im Jahr 2001 auf 13,8% und könnte 2004 noch etwas höher ausfallen. In Polen, Bulgarien und der Slowakei betrug sie 2002 zwischen 18% und 20%. 2002 erreichte die Zahl der Arbeitslosen in den MOEL 5 laut Labour-Force-Survey knapp über 4,5 Mio., 3,4 Mio. davon in Polen (Bulgarien und Rumänien jeweils 1,5 Mio., Russland 5,7 Mio., Ukraine 2,2 Mio.). Eine deutliche Besserung ist kurzfristig nicht zu erwarten. Günstiger ist die Situation in Slowenien, Ungarn und Tschechien mit Arbeitslosenquoten zwischen 6% und 8%.

Abbildung 4: Lohnstückkosten in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Zu Kaufkraftparitäten übertrifft das BIP pro Kopf mittlerweile in Slowenien jenes von Griechenland und ist fast so hoch wie in Portugal (Übersicht 2). In diesen drei Ländern macht das BIP pro Kopf etwas weniger als drei Viertel des EU-Durchschnitts aus. Es folgen Tschechien mit über 60%, Ungarn und der Slowakei mit über 50%. Polen, Estland und Litauen liegen bei rund 40%, während Lettland das einzige neue EU-Mitglied sein wird, das nur etwa ein Drittel des EU-Durchschnitts erreicht. In Bulgarien und Rumänien ist die Relation ähnlich niedrig. Das gemessen an diesem Indikator ärmste unter den hier besprochenen Ländern ist die Ukraine mit knapp weniger als 20% des EU-Durchschnitts. Ein Aspekt, der statistisch kaum erfasst ist, sind Unterschiede zwischen dem Volksvermögen pro Kopf, die sich etwa im unterschiedlichen Bestand an Unternehmen und deren Zustand, in der Bausubstanz und in der Qualität der Infrastruktur ausdrücken.

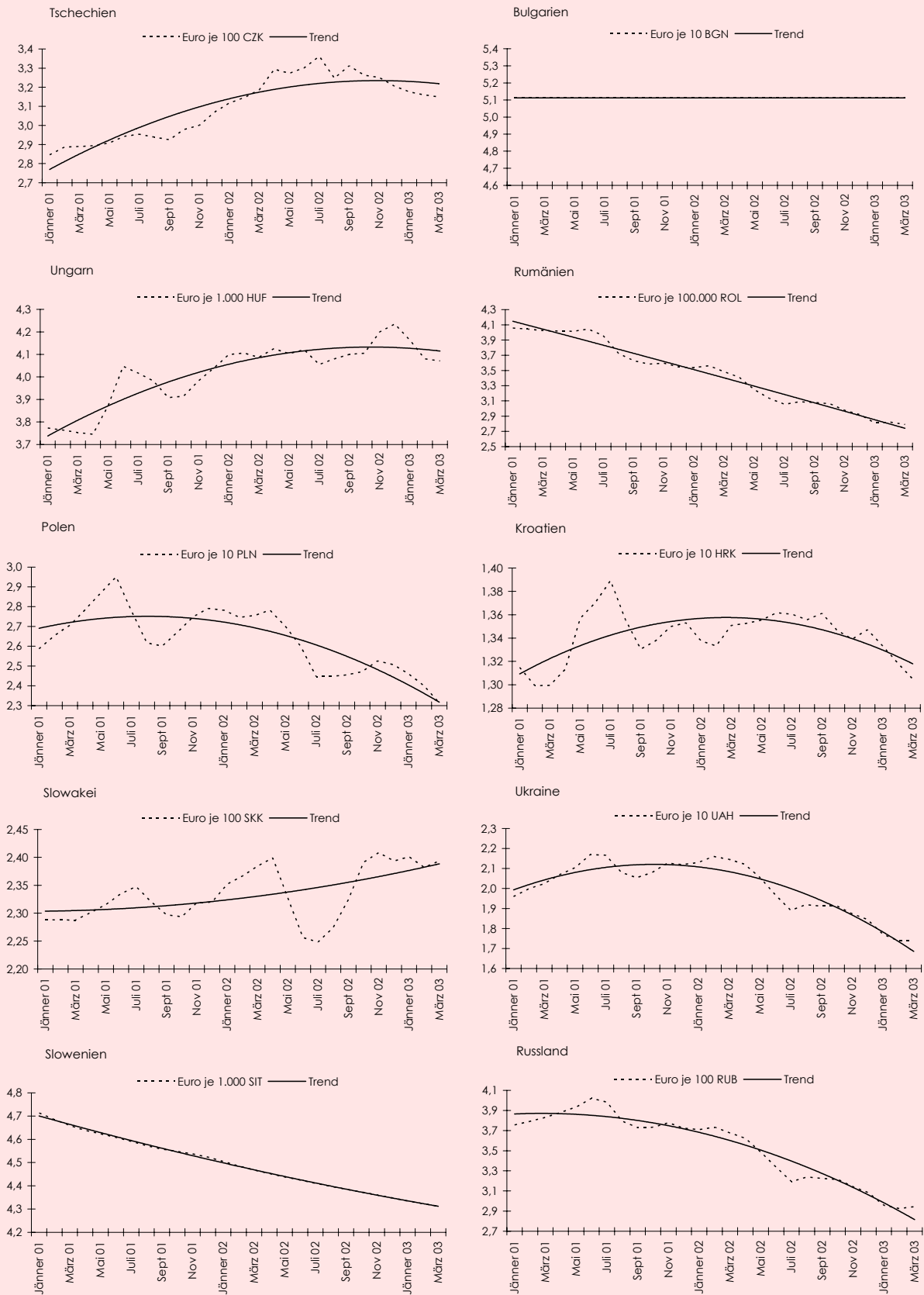
Das allgemeine Preisniveau der Transformationsländer ist im Vergleich zur EU weiterhin niedrig (Übersicht 2). In Slowenien betrug es 2001 etwa zwei Drittel des EU-Niveaus, in Kroatien etwas unter 60%, in Ungarn, Polen und Tschechien rund 50%. In den anderen Ländern blieb es deutlich unter 50%, am niedrigsten war es in der Ukraine mit 20%. Anders als das BIP pro Kopf weisen die Preisrelationen von Jahr zu Jahr deutliche Verschiebungen auf, die sich aus unterschiedlichen Wechselkurs- und Inflationsentwicklungen ergeben. So fielen Kroatien und Polen 2001 gegenüber früheren Jahren merklich zurück.

## Strukturaspekte

### BIP pro Kopf im Vergleich zur EU niedrig

### Preisniveau unter dem EU-Durchschnitt

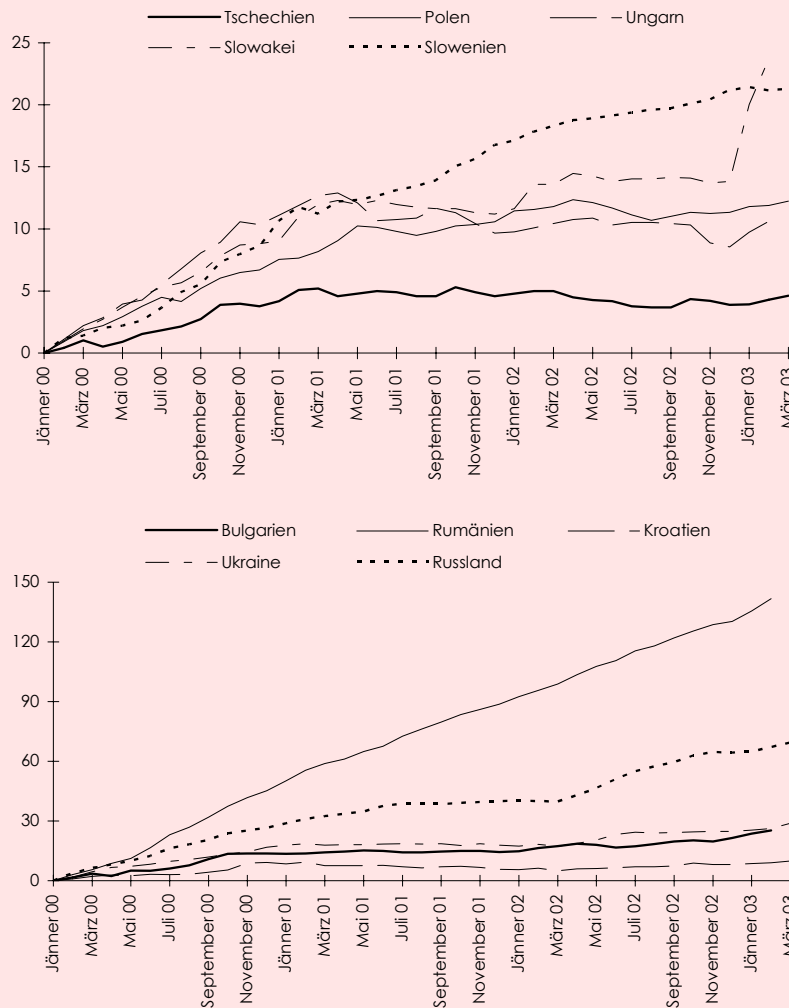
Abbildung 5: Nominelle Wechselkurse



Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Abbildung 6: Produzentenpreisindex

Veränderung gegenüber Jänner 2000 in %



Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Ausschlaggebend für den großen Preisniveauabstand gegenüber der EU sind einerseits die relativ sehr niedrigen Preise nichthandelbarer Güter in Bereichen wie öffentlicher Verkehr, Wohnungswesen, Gesundheit und staatliche Dienste und andererseits die Tatsache, dass viele der in den Transformationsländern produzierten handelbaren Güter im internationalen Maßstab eher dem Segment der Billigprodukte zuzuordnen sind. Insbesondere dank der niedrigen Preise nichthandelbarer Güter ist der durchschnittliche Lebensstandard höher, als die Durchschnittslöhne, mit Wechselkursen in Euro umgerechnet, dem westlichen Beobachter suggerieren.

Nur Russland und die Ukraine erzielten in den letzten Jahren Exportüberschüsse, in allen anderen Transformationsländern war der Außenhandel stets defizitär. Die Leistungsbilanz dieser Länder wies Überschüsse aus, jene Sloweniens war stets etwa ausgeglichen. Die Leistungsbilanz der anderen Transformationsländer war in den letzten Jahren defizitär. In Kroatien, Slowenien, Tschechien und Ungarn kompensieren regelmäßig hohe Nettoeinnahmen aus dem Tourismus einen Teil des Handelsbilanzdefizits. Als solide Deckung des Leistungsbilanzdefizits gelten vor allem ausländische Direktinvestitionen, die sich allerdings bisher auf die MOEL 5 konzentrierten: Vom Gesamtvolumen akkumulierter Direktinvestitionen in Transformationsländern (Ende 2002 195 Mrd. \$) entfielen auf die MOEL 5 zwei Drittel. Ausländische Direktinvestitionen werden aber in Zukunft voraussichtlich auch in den Transformationsländern außerhalb der MOEL 5 eine größere Rolle spielen, vor allem in jenen, die in einer neuen

*Aufgrund unterschiedlicher Inflations- und Abwertungsraten verschob sich der Abstand des Preisniveaus in den MOEL gegenüber der EU 2002 deutlich.*

**Außenhandel strukturell defizitär**

## Starke EU-Orientierung des Außenhandels

*Der Anteil der EU 15 an den Exporten der fortgeschrittenen Transformationsländer hat seinen Höchstwert überschritten.*

## Spezialisierung der Exporte auf technisch hochwertige Fertigprodukte

*Maschinen und Transportmittel dominieren mittlerweile die Exporte der fortgeschrittenen Transformationsländer.*

## Wirtschaftspolitik

*Die tschechische Notenbank ging mit einer Senkung der Leitzinssätze voran. Sie konnte damit den Trend zu nomineller Aufwertung zumindest vorläufig stoppen. Alle MOEL-Notenbanken setzten in der Folge die Leitzinsen herab, ohne dadurch den Rückgang der Inflation aufzuhalten.*

## Strukturelles Defizit im Staatshaushalt hoch, aber nicht außer Kontrolle

Runde der EU beitreten könnten (Bulgarien, Rumänien und möglicherweise auch Kroatien).

Insbesondere die MOEL 7 konnten trotz der schlechten internationalen Konjunktur ihre Präsenz auf internationalen Märkten ausbauen. Möglicherweise stützten sich angesichts der schlechten Ertragslage Unternehmen im Westen verstärkt auf preiswerte Inputs aus den Transformationsländern. Ähnliche Überlegungen könnten für transnationale Unternehmen mit Niederlassungen in den Transformationsländern gelten. Die EU 15 nahm 2002 zwischen 56% und 75% der Exporte der MOEL 7 auf; am höchsten war der EU-Anteil in Ungarn. Allerdings erreichte der Exportanteil der EU 15 in den höchstentwickelten Transformationsländern seinen Höchstwert bereits 1999 und sinkt seither leicht.

Jene Länder, die in den letzten Jahren den Großteil der Auslandsinvestitionen aufnahmen, spezialisieren sich in ihren Exporten zunehmend auf technisch hochwertige Fertigprodukte, insbesondere Transportmittel und Maschinen sowie optische und elektronische Geräte. Ungarns Exportschwerpunkt verlagerte sich am stärksten auf Maschinen und Verkehrsmittel: Diese Warengruppe stellte 2002 59% der Gesamtexporte des Landes, nach 26% im Jahr 1995. Für Tschechien und Slowenien waren Maschinen und Verkehrsmittel bereits 1995 wichtige Exportgüter, und sie gewannen vor allem in Tschechien in der Folge erheblich an Bedeutung. Auch in der Slowakei schreitet die Spezialisierung auf diesen Güterbereich rasch voran.

Konstanz oder sogar ein Sinken des Preisniveaus über mehrere Monate hinweg ist für die Transformationsländer ein neues Phänomen. Die Phase intensiver Transformation war mit hoher Inflation verbunden, und ihrer Bekämpfung wurde große Priorität eingeräumt. Relativ hohe Nominalzinssätze, die positive Realzinssätze gewährleisten sollten, waren dementsprechend die Norm. Im Zuge der weitgehenden Liberalisierung grenzüberschreitender Kapitalströme erwiesen sich die hohen Nominalzinssätze als Anreiz für kurzfristige Kapitalanlagen. Der Aufwertungsdruck, der daraus erwuchs, wirkte auf den Anreiz verstärkend. In der Folge konnte der Anstieg des Wechselkurses die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen überfordern.

Die Notenbanken reagierten – in der Tradition der Inflationsbekämpfung verhaftet – teilweise nur zögerlich auf dieses Phänomen. Die tschechische Nationalbank ging mit einer Senkung der Leitzinssätze voran, der Diskontsatz lag Anfang Mai 2003 mit 1,5% unter dem Niveau der Euro-Zone. Polens Notenbank senkte 2002 selbst angesichts eines zeitweisen Rückgangs der Preisindizes die Leitzinsen nur zaghaft. Ungarns Notenbank erhöhte 2002 nach den Parlamentswahlen die Leitzinssätze als Gegengewicht zur kräftigen Ausweitung der Staatsausgaben. Sie sah sich angesichts des resultierenden Aufwertungsdrucks nach einigen Monaten gezwungen, diese Hochzinspolitik zu revidieren. Ende 2002 waren die Leitzinssätze ausnahmslos niedriger als zu Jahresbeginn.

Es ist bemerkenswert, dass Tschechien als das Land mit den niedrigsten Leitzinssätzen 2001 und 2002 unter den MOEL 7 auch die niedrigste Inflationsrate auswies. In allen Ländern war die Zinssatzsenkung von einer Verringerung der Inflation begleitet. Hinweisen auf einen positiven Einfluss der Zinssatzsenkung – die allerdings keineswegs immer auch eine Senkung der Realzinssätze bewirkte – auf die Investitionen liegen kaum vor. Wo die realen Zuwachsraten der Bruttoanlageinvestitionen 2002 hoch waren (wie in Kroatien, Rumänien und Ungarn), waren sie primär staatlich finanziert. Ein Effekt des Rückgangs der Nominalzinssätze auf die Wechselkursentwicklung ist aufgrund der Datenlage in den Ländern mit flexiblem Wechselkurs (also allen hier besprochenen Ländern außer Bulgarien) nicht auszuschließen.

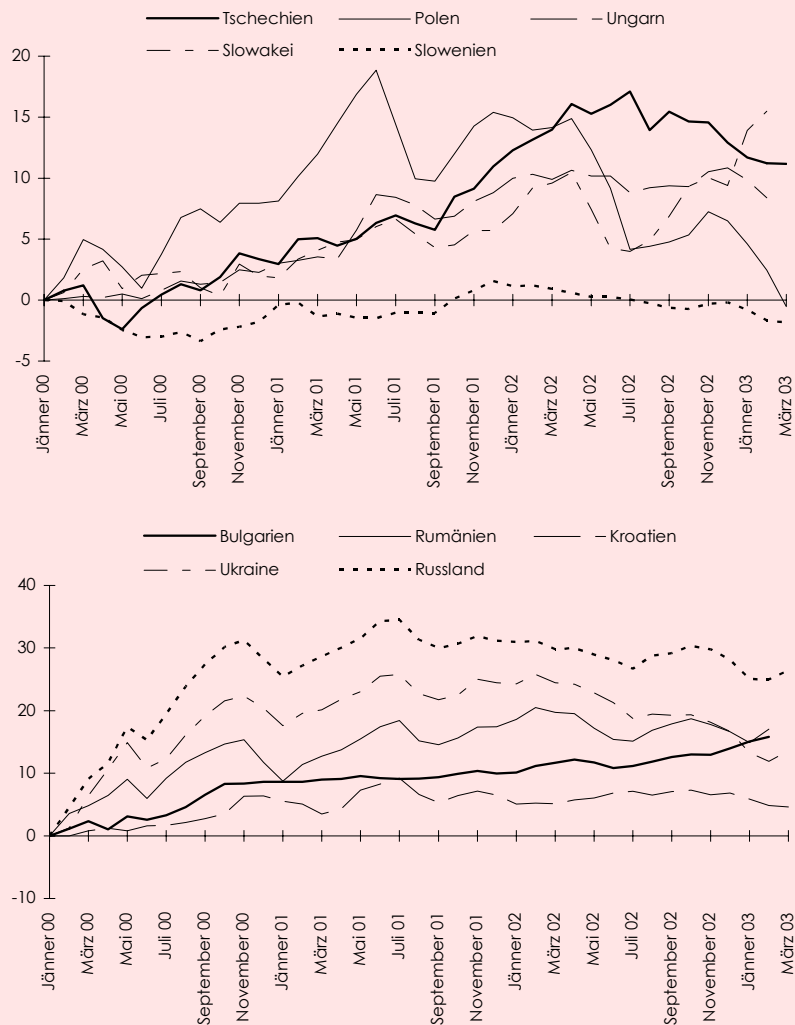
Der Staatshaushalt ist in den meisten Transformationsländern chronisch defizitär. Die Statistiken sind jedoch nur eingeschränkt vergleichbar, weil sich die Berechnungsmethode in den einzelnen Ländern unterscheidet. Die tschechische Statistik etwa weist für 2002 ein Defizit der Zentralregierung von 2% des BIP aus, eine den EU-Richtlinien entsprechende Berechnung des Staatsdefizits kommt hingegen zu einer Quote von etwa 5%. Abgesehen von Slowenien überschreiten die MOEL die im Maastricht-Vertrag festgesetzte Obergrenze von 3% des BIP noch weit. 2002 wurden die Defizite

auch nicht verringert, sondern ausgeweitet. Einen Überschuss des Staatshaushalts meldeten Russland und die Ukraine.

Die Ausgaben des Zentralstaates machten 2002 zwischen 15% (Rumänien) und 34% (Ungarn) des BIP aus, die Summe aller öffentlichen Ausgaben (Übersicht 10) lag hingegen in den letzten Jahren zwischen fast 54% (Kroatien im Jahr 2000) und knapp unter 27% (Russland und Ukraine 2001 bzw. 2002).

Abbildung 7: Reale Wechselkurse

Veränderung gegenüber Jänner 2000 in %



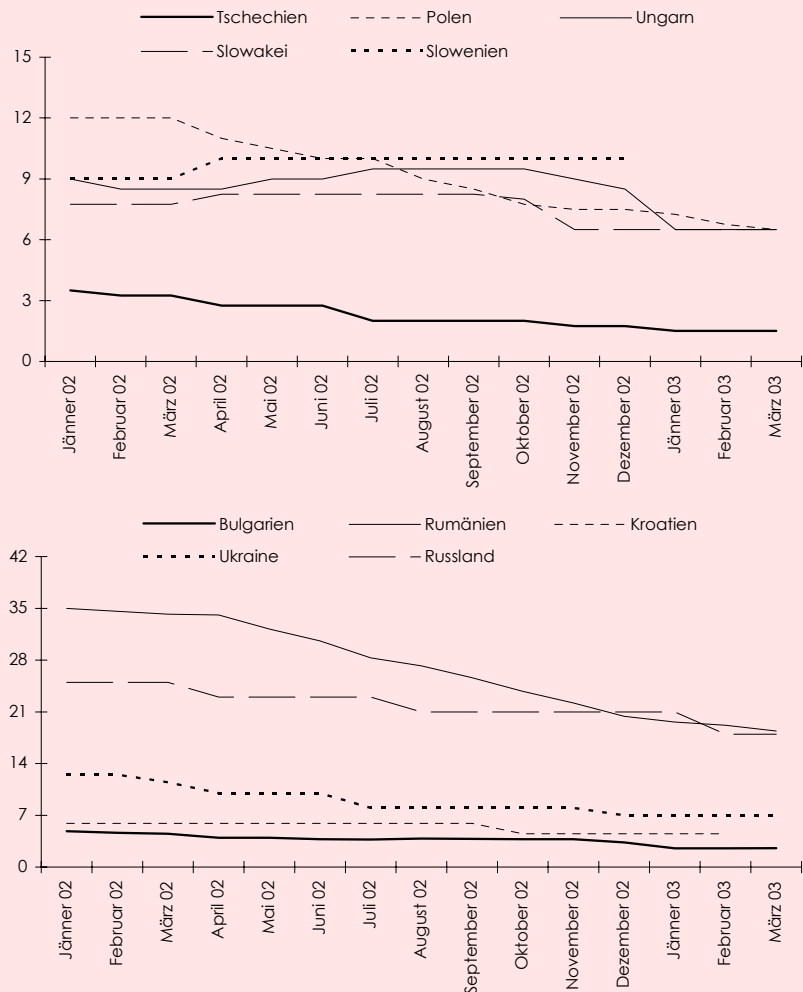
Q: WIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. – 1) Positive Werte: reale Aufwertung, d. h. Verringerung des Abstands gegenüber den Produzentenpreisen der EU.

Die Wirtschaft der Transformationsländer ist weiterhin durch einen starken Kontrast zwischen Unternehmen im Auslandsbesitz und Unternehmen in heimischem Besitz geprägt. Erstere sind technisch besser ausgestattet, mit dem Markt besser vernetzt und zum Teil hoch profitabel, während letztere vielfach mit veralteten Technologien arbeiten, das Niedrigqualitätssegment des jeweiligen Marktes abdecken und häufig kaum Gewinne erzielen. Somit stehen wenig Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionsprojekten zur Verfügung, und die Voraussetzungen für eine Finanzierung durch Kredite sind ungünstig. Die Arbeitsproduktivität und ihre Entwicklung unterscheiden sich zwischen den beiden Sphären beträchtlich. In höherentwickelten Marktwirtschaften ist ein solcher Kontrast nicht oder zumindest nicht in dieser Schärfe zu beobachten.

Die Staatshaushalte der MOEL weisen noch Defizite auf, die weit über den EU-Normen liegen.

Abbildung 8: Leitzinssätze der Nationalbanken

Nominell, in % p. a.



Q: WIIW-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

### Wachsende Bedeutung des österreichischen Osthandels

Österreichs Überschuss im Osthandel hatte einen positiven Beschäftigungseffekt. Im Handel mit den MOEL 7 überwiegen inzwischen auch auf der Importseite die Fertigprodukte.

Österreich erzielte 2002 im Osthandel einen Überschuss von 3 Mrd. € (Übersicht 11). Fast die Hälfte davon resultierte aus dem Handel mit den beiden Nachbarländern Ungarn (27%) und Slowenien (21%). Kroatiens Anteil betrug ebenfalls 21% und jener von Serbien und Montenegro 9%. Somit resultierte mehr als die Hälfte der österreichischen Überschüsse im Osthandel aus dem früheren Jugoslawien. Der Überschuss im Handel mit Polen hingegen war gering, und der Handel mit der Slowakei und Tschechien war defizitär.

Knapp 17% der österreichischen Exporte ging 2002 in die Transformationsländer (MOEL 12), während Österreich nur 13% seiner Importe aus diesen Ländern bezog. Die Bedeutung des Osthandels steigt: 1995 hatte er lediglich 13,5% der Exporte und 8,7% der Importe umfasst. Wichtigste Handelspartner Österreichs waren sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite Ungarn und Tschechien. In Polen erzielte Österreich geringere Exporterlöse als etwa in Slowenien. Der Handel mit Polen erscheint unterentwickelt, wenn man bedenkt, dass Polen allein ein ähnlich großes BIP produziert wie die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zusammen (Übersicht 2).

Im Handel zwischen Österreich und den MOEL 7 erhöhte sich der Anteil der Fertigwaren im Export, vor allem aber im Import, er betrug 2002 jeweils 54%. Aus Russland und der Ukraine bezog Österreich hingegen überwiegend Roh- und Brennstoffe.

## Übersicht 7: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung <sup>1)</sup>		Währungsreserven der Nationalbank (ohne Gold) <sup>2)</sup>		Leistungsbilanz			
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2003	2004
	Mrd. \$, Jahresendstand							
Tschechien	22,4	26,3	14,5	23,7	- 3,3	- 3,7	- 4,3	- 4,6
Ungarn	33,2	40,4	10,7	10,4	- 1,8	- 2,7	- 3,0	- 3,0
Polen	71,8	81,9	25,6	28,7	- 7,2	- 6,7	- 7,6	- 8,5
Slowakei	11,0	12,2	4,2	9,2	- 1,8	- 1,9	- 1,3	- 1,0
Slowenien	6,7	8,8	4,3	7,0	0,0	0,4	0,1	0,1
Bulgarien	10,6	10,9	3,3	4,4	- 0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,5
Rumänien	12,4	15,2	3,9	6,1	- 2,2	- 1,6	- 2,2	- 2,5
Kroatien	11,3	15,2	4,7	5,9	- 0,6	- 1,5	- 1,0	- 0,9
Mazedonien	1,4	1,5	0,7	0,7	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Serbien und Montenegro	11,7	11,8	1,2	2,3	- 0,6	- 1,7	- 2,0	- 2,0
Russland	144,5	140,0	32,5	44,1	35,0	32,8	27,0	25,0
Ukraine	10,4	11,5	3,0	4,4	1,4	3,2	1,8	.

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen, 2003 und 2004: Prognose des WIIW. – <sup>1)</sup> Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. – <sup>2)</sup> Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF; Tschechien und Slowakei: einschließlich Gold; Ungarn: Gesamtreserven.

## Übersicht 8: Außenhandel der MOEL mit der EU 15

## Laut Zollstatistik

	1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Exportanteil der EU 15 in %					
Tschechien	58,6	64,0	69,2	68,6	68,9	68,4
Ungarn <sup>1)</sup>	62,7	73,0	76,2	75,1	74,3	75,1
Polen	66,2	68,3	70,5	69,9	69,2	68,7
Slowakei <sup>2)</sup>	41,3	55,7	59,4	59,0	59,9	60,5
Slowenien	64,5	65,5	66,0	63,8	62,1	59,4
Bulgarien <sup>3)</sup>	39,1	49,6	52,0	51,1	54,7	55,6
Rumänien	56,5	64,5	65,5	63,8	67,8	67,1
Kroatien <sup>4)</sup>	51,0	47,6	48,7	54,4	54,1	52,9
Mazedonien	42,7	44,1	45,3	42,8	48,7	50,8
Serbien und Montenegro <sup>5)</sup>	34,6	38,3	36,3	38,7	42,8	40,9
Russland <sup>6)</sup>	32,1	32,5	34,1	35,8	36,9	.
Ukraine	11,1	16,8	18,3	17,8	18,3	17,8
	Importanteil der EU 15 in %					
Tschechien	62,4	63,5	64,2	62,0	61,8	60,2
Ungarn <sup>1)</sup>	59,8	64,1	64,4	58,4	57,8	56,3
Polen	63,9	65,6	64,9	61,2	61,4	61,7
Slowakei <sup>2)</sup>	37,3	50,1	51,7	48,9	49,8	50,3
Slowenien	67,5	69,4	68,9	67,8	67,6	68,0
Bulgarien <sup>3)</sup>	35,1	44,9	48,4	44,0	49,2	50,1
Rumänien	52,3	57,7	60,7	56,6	57,3	58,4
Kroatien <sup>4)</sup>	59,4	59,4	56,5	55,4	57,1	55,8
Mazedonien	38,7	36,3	40,7	38,2	42,4	45,3
Serbien und Montenegro <sup>5)</sup>	42,0	43,1	41,4	41,4	41,1	42,6
Russland <sup>6)</sup>	34,5	36,1	36,9	32,9	36,8	.
Ukraine	15,7	21,6	20,2	20,6	21,7	23,8

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen. – <sup>1)</sup> Seit 1997 einschließlich Handel von Unternehmen mit Freihandelsstatus. – <sup>2)</sup> Ab 1998 neue Erhebungsmethode. – <sup>3)</sup> Ab 1999 neue Erhebungsmethode. – <sup>4)</sup> Ab 2000 neue Erhebungsmethode. – <sup>5)</sup> Seit 1999 ohne Kosovo und Metohia. – <sup>6)</sup> Nur registrierter Handel.

Am 1. Mai 2004 werden voraussichtlich Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn der EU beitreten<sup>3)</sup>. Sie werden zunächst nicht an der Währungsunion teilnehmen; bis auf weiteres werden auch die Kontrollen an den Grenzen zur EU aufrecht bleiben. Die Freizügigkeit der Arbeit wird vorerst ausge-

## Die bevorstehende EU-Erweiterung

<sup>3)</sup> Detailliertere Informationen zur EU-Erweiterung finden sich in Richter, S. (Hrsg.), "The Accession Treaty and Consequences for New EU Members", WIIW Current Analysis and Country Profiles, 2003, (18), <http://www.wiiv.at/>.

Die Bevölkerung der neuen wie der alten EU-Mitgliedsländer könnte nach dem Beitritt der MOEL mit 1. Mai 2004 subjektiv weniger Veränderungen feststellen als erwartet. Auf der Unternehmensebene der neuen Mitgliedsländer werden sich hingegen die Anpassungsprozesse beschleunigen. Die Folgen dieses Prozesses könnten sich mittelfristig für Teile der Bevölkerung sowie für einzelne Regionen als schmerzlich erweisen.

setzt, und der Grunderwerb auch durch EU-Ausländer in Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn unterliegt weiterhin Beschränkungen.

Die wirtschaftliche Integration der neuen Mitgliedsländer wird mit dem EU-Beitritt nicht abgeschlossen, sondern tritt erst in die entscheidende Phase. Die Effizienz der massiven Beitrittsvorbereitungen vor allem auch in institutioneller Hinsicht, die seit einigen Jahren in Gange sind, wird sich rasch erweisen.

In vielen Bereichen wurden die Handelshemmnisse zwischen den MOEL und der EU bereits durch die Assoziationsverträge verringert oder beseitigt. Verbliebene Barrieren, auch jene nichttarifärer Natur, fallen mit dem EU-Beitritt weg. Gleichzeitig wird eine Vielzahl von EU-Normen für die Unternehmen verbindlich – sie werden in vielen Fällen nur mit hohem finanziellem Aufwand zu erfüllen sein. Der Handel mit Drittländern wird den in der EU gültigen Regeln entsprechen und EU-weit gültigen Zollsätzen unterliegen.

Übersicht 9: Exportspezialisierung

Nach Warengruppen (SITC)

		1995	2002	1995/2002
		Anteile an den Gesamtexporten In %		Veränderung in Prozentpunkten
Tschechien	Maschinen, Verkehrsmittel	30,3	49,6	+ 19,3
Ungarn	Maschinen, Verkehrsmittel	25,6	58,9	+ 33,3
Polen	Maschinen, Verkehrsmittel	21,1	37,5	+ 16,4
Slowakei	Maschinen, Verkehrsmittel	18,8	39,5	+ 20,7
Slowenien	Maschinen, Verkehrsmittel	31,4	37,1	+ 5,7
Bulgarien	Verschiedene Fertigwaren	9,3	27,6	+ 18,3
Rumänien	Verschiedene Fertigwaren	31,7	39,0	+ 7,3
Kroatien	Maschinen, Verkehrsmittel	16,8	28,5	+ 11,7
Mazedonien	Verschiedene Fertigwaren	18,3	34,9	+ 16,6
Serbien und Montenegro	Verschiedene Fertigwaren	14,6 <sup>1)</sup>	16,3	+ 1,7 <sup>1)</sup>
Russland	Harmonisiertes System: Mineralische Stoffe	42,9	55,0	+ 12,1
Ukraine	Harmonisiertes System: Unedle Metalle und Waren daraus	33,1 <sup>1)</sup>	39,7	+ 6,6 <sup>1)</sup>

Q: WIIW-Datenbank basierend auf nationalen Statistiken. – <sup>1)</sup> 1996 bzw. 1996/2002.

Vorerst werden Wechselkursänderungen weiterhin möglich sein und das Potential haben, den Wettbewerbsdruck, dem die Produzenten handelbarer Güter ausgesetzt sind, zu verschärfen oder abzuschwächen.

Die Unternehmen der neuen Mitgliedsländer erhalten freien Zugang zu einem der weltweit größten Märkte, werden aber gleichzeitig auch verstärktem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Wechselkursänderungen können vorerst diesen Wettbewerbsdruck intensivieren oder verringern. Die rasche Teilnahme an der Währungsunion ist das Ziel insbesondere der MOEL-Notenbanken. Die meisten Länder werden jedoch die in den Maastricht-Verträgen festgelegten Stabilitätskriterien kurzfristig nicht erfüllen können. Die Notenbanken stehen in dieser Phase vor der Aufgabe, simultan die Zinssätze zu senken, die Inflation zu bekämpfen oder niedrig zu halten und die Stabilität des Wechselkurses sicherzustellen.

In den ersten drei Jahren nach der EU-Erweiterung werden die MOEL Nettozahlungen aus dem EU-Budget von insgesamt 5 bis 10 Mrd. € erhalten.

Auch für die Regierungen wird die rasche Erfüllung der Maastricht-Kriterien und somit die Senkung der öffentlichen Defizite Priorität haben. Die neuen Mitgliedsländer werden gemäß den Vereinbarungen von Kopenhagen in den ersten drei Jahren nach dem Beitritt (2004 bis 2006) insgesamt knapp 15 Mrd. € an Beiträgen zum EU-Haushalt abführen. Gleichzeitig werden etwa 20 bis 25 Mrd. € an EU-Mitteln in diese Länder fließen – allerdings nur zum geringeren Teil in den Staatshaushalt. Abgesehen von Slowenien, das auf die bevorstehenden Änderungen gut vorbereitet ist, werden die Regierungen in der Budgetpolitik mit Problemen konfrontiert sein. Die bereits defizitären Haushalte werden durch den EU-Beitritt zusätzlich belastet: durch den Entfall von Einnahmen wie etwa der Zölle, die Überweisungen an den EU-Haushalt oder die Notwendigkeit der Kofinanzierung von EU-Projekten. Die Bauern werden die Direktzahlungen aus nationalen Mitteln einfordern, die von der EU in einem gewissen Ausmaß gestattet werden.

## Übersicht 10: Konsolidierter Staatshaushalt

	1998	1999	2000	2001	2002
	Ausgaben in % des BIP				
Tschechien	41,6	43,0	44,2	44,9	.
Ungarn	49,9	47,0	46,0	45,7	50,6
Polen	.	.	.	.	.
Slowakei	41,5	42,2	44,1	43,2	.
Slowenien	43,7	44,2	42,2	42,8	42,1
Bulgarien	38,8	41,6	42,4	40,7	39,4
Rumänien	35,3	34,7	35,4	33,8	29,7
Kroatien	52,4	55,2	54,0	.	.
Mazedonien	40,7	41,1	41,5	40,8	.
Russland	30,7	26,4	26,8	26,6	.
Ukraine	30,4	26,7	28,3	27,2	26,7
	Budgetsaldo in % des BIP				
Tschechien	- 1,5	- 0,6	- 3,1	- 2,4	.
Ungarn	- 6,3	- 3,4	- 3,4	- 2,9	- 9,3
Polen	.	.	.	.	.
Slowakei	- 4,4	- 3,5	- 3,3	- 3,1	.
Slowenien	- 0,8	- 0,6	- 1,3	- 1,3	- 2,8
Bulgarien	- 1,0	- 0,9	- 1,0	- 0,9	- 0,7
Rumänien	- 3,6	- 1,8	- 4,0	- 3,3	- 2,6
Kroatien	0,5	- 2,2	- 5,0	.	.
Mazedonien	- 0,5	0,9	2,3	1,5	.
Russland	- 5,7	- 0,9	1,9	2,9	.
Ukraine	- 2,2	- 1,5	0,6	- 0,3	0,8

Q: Nationale Statistiken; 2002: vorläufige Zahlen.

Die Vereinbarungen von Kopenhagen haben, obwohl sie primär auf die Periode 2004 bis 2006 ausgerichtet sind, einen Rahmen geschaffen, der auch eine schwer zu verändernde längerfristige Festlegung bedeuten wird.

Ob in den neuen EU-Mitgliedsländern das BIP pro Kopf gegenüber dem Durchschnitt der EU 15 wesentlich steigen wird, ist eine offene Frage. Das Beispiel der Kohäsionsländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien legt nahe, dass nach dem EU-Beitritt sehr unterschiedliche Entwicklungsmuster möglich sind. Griechenlands Rückstand gegenüber den Nicht-Kohäsionsländern vergrößerte sich nach dem EU-Beitritt und lag 2002 wieder etwa auf dem Niveau des Beitrittsjahres. Irlands Rückstand blieb nach dem EU-Beitritt Jahrzehnte hindurch fast unverändert, ehe eine rasche Verringerung einsetzte und das BIP pro Kopf schließlich über den EU-Durchschnitt hinauswuchs. In allen Kohäsionsländern außer Irland expandierte das BIP pro Kopf in der Zeit der Mitgliedschaft schwächer als in den Jahren zuvor. Nur jene neuen EU-Mitgliedsländer, die günstige institutionelle Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten aufzubauen vermögen, werden gute Chancen haben, langfristig in die Gruppe wohlhabender EU-Länder aufzurücken.

*Auch nach dem EU-Beitritt können die Volkswirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsmustern unterliegen.*

Polens Wirtschaft erholt sich von einem Wachstumseinbruch, der das Land an den Rand der Stagnation brachte. Der Grund lag nicht in der internationalen Konjunktur, sondern in hausgemachten Problemen. Um das ehrgeizige Ziel der Inflationsbekämpfung zu verfolgen, hielt die Notenbank die nominellen wie auch die realen Zinssätze sehr hoch; tatsächlich war etwa der Produzentenpreisindex 2002 zeitweise rückläufig.

Internationale Kapitalanleger wurden von den hohen Nominalzinssätzen angezogen. Die Währung wertete (zum Nachteil polnischer Produzenten) bis Mitte 2001 stark auf, der Preisabstand gegenüber der EU verringerte sich. 2001 und 2002 wurden die Bruttoanlageinvestitionen erheblich eingeschränkt (Übersicht 6). Mittlerweile wurden die Nominalzinssätze deutlich gesenkt. Seit Mitte 2001 hat die Tendenz zu nomineller Abwertung den Preisabstand gegenüber der EU wieder vergrößert und liefert damit dem Export positive Impulse.

## Kurze Länderberichte

Übersicht 11: Österreichs Außenhandel mit den MOEL

2002

	Insgesamt	Anteile am Gesamtvolumen in %				Insgesamt	1995 = 100 <sup>1)</sup>				
		Agrar- produkte SITC 0 + 1 + 4	Roh- und Brenn- stoffe SITC 2 + 3	Halbfertig- produkte SITC 5 + 6	Fertig- waren SITC 7 bis 9		Agrar- produkte SITC 0 + 1 + 4	Roh- und Brenn- stoffe SITC 2 + 3	Halbfertig- produkte SITC 5 + 6	Fertig- waren SITC 7 bis 9	
	Mio. €										
<i>Exporte</i>											
Polen	1.294	1,7	3,8	1,7	41,4	53,1	225	158	160	223	238
Slowakei	1.062	1,4	3,2	9,3	36,6	51,0	256	151	525	237	259
Slowenien	1.395	1,8	7,7	11,2	44,5	36,6	196	165	178	212	191
Tschechien	2.229	2,9	3,7	6,1	39,3	50,8	193	137	167	186	210
Ungarn	3.346	4,3	2,0	4,8	30,4	62,8	218	114	179	195	243
MOEL 5	9.326	12,1	3,7	6,1	36,9	53,3	212	143	197	204	229
Bulgarien	264	0,3	4,7	1,3	36,1	57,9	237	136	86	192	316
Rumänien	815	1,1	7,2	1,0	37,9	53,9	446	176	149	520	519
MOEL 7	10.405	13,5	4,0	5,6	36,9	53,5	222	147	194	214	242
Kroatien	989	1,3	9,3	6,2	31,1	53,5	259	169	207	225	326
Mazedonien	68	0,1	32,8	0,7	25,9	40,6	110	500	41	74	85
Serbien und Montenegro <sup>1)</sup>	335	0,4	15,1	2,7	29,9	52,3	308	271	241	228	414
Russland	953	1,2	6,3	0,7	37,9	55,1	154	90	299	207	141
Ukraine	273	0,4	5,3	2,3	41,7	50,7	308	207	179	431	268
MOEL 12	13.024	16,9	5,0	5,1	36,4	53,4	.	.	.	.	.
<i>Importe</i>											
Polen	922	1,2	4,9	29,5	28,6	37,0	199	164	131	230	302
Slowakei	1.199	1,6	1,3	25,3	27,3	46,1	312	356	385	195	417
Slowenien	784	1,0	1,0	4,0	38,6	56,4	205	131	202	169	243
Tschechien	2.236	2,9	1,9	22,9	24,0	51,2	244	185	145	204	411
Ungarn	2.555	3,3	5,9	13,3	21,2	59,6	279	161	181	242	373
MOEL 5	7.696	10,0	3,4	18,9	25,6	52,0	251	169	173	208	359
Bulgarien	119	0,2	5,7	9,0	19,0	66,3	262	94	180	263	333
Rumänien	505	0,7	1,9	3,1	21,8	73,2	473	80	386	288	698
MOEL 7	8.320	10,8	3,4	17,8	25,3	53,5	259	160	174	211	374
Kroatien	364	0,5	3,2	7,7	14,5	74,7	260	129	89	196	373
Mazedonien	9	0,0	7,0	1,1	51,0	40,9	60	11	10	92	108
Serbien und Montenegro <sup>1)</sup>	70	0,1	40,4	22,4	18,2	19,0	436	467	1278	265	336
Russland	1.032	1,3	0,3	83,0	15,2	1,5	126	107	130	114	71
Ukraine	252	0,3	2,9	61,1	11,4	24,6	279	230	246	170	812
MOEL 12	10.047	13,1	3,3	25,3	23,5	47,9	.	.	.	.	.

Q: Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Serbien und Montenegro: 1996 = 100.

Die Slowakei erzielte 2002 unter den MOEL 5 die höchste BIP-Steigerung (+4,4%). Wachstumsmotor war der private Konsum, begünstigt auch durch eine expansive Einkommenspolitik. Im III. Quartal 2002 setzte ein kräftiges Exportwachstum ein, das Anfang 2003 zu laufenden Preisen auf Euro-Basis über 20% erreichte. Die Importe hielten nicht Schritt, und die Handelsbilanz verbesserte sich. Die starke Exportexpansion, die ungeachtet einer leichten Aufwertung der slowakischen Krone erzielt wurde, dürfte ein Resultat ausländischer Direktinvestitionen der letzten Jahre sein, die sich als sehr erfolgreich erwiesen. Der positive Eindruck, der sich aus den gesamtwirtschaftlichen Daten ergibt, wird durch die niedrigste Inflationsrate (3,3%) seit dem Übergang zur Marktwirtschaft untermauert. Allerdings fiel sie vor allem deshalb so gering aus, weil die Regierung aus wahltaktischen Gründen 2002 keine größere Anhebung der regulierten Preise zuließ. Das Defizit 2002 beziffert die Regierung mit 4,8% des BIP. Mittelfristig wird eine Konsolidierung des Staatshaushalts nötig sein. Mit 8% des BIP ist auch das Leistungsbilanzdefizit sehr hoch. Allerdings dürfte ein Teil des Defizits in reinvestierten Gewinnen von Unternehmen in ausländischem Besitz bestehen (sie werden in der Einkommensbilanz, einer Teilbilanz der Leistungsbilanz, als Abflüsse

verbucht)<sup>4)</sup>. Ein gravierendes Problem der Slowakei ist der Kontrast zwischen der wirtschaftlichen Prosperität des Großraums Bratislava und dem durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Osten des Landes. 2003 wird die Wirtschaftsentwicklung durch eine Sparpolitik der Regierung beeinträchtigt werden, wobei der private Konsum auch durch die Erhöhung von regulierten Preisen nichthandelbarer Güter gedämpft werden dürfte. Das Wachstum wird somit von einer Expansion der Exporte ausgehen müssen.

Sloweniens reales BIP wächst seit Jahren mit Raten zwischen 2,9% und 5,2%. Der Staatshaushalt entspricht den Maastricht-Kriterien, und die Leistungsbilanz ist dauerhaft etwa ausgeglichen. Dafür sorgt eine Währungspolitik, die durch ständige leichte Abwertung den realen Euro-Wechselkurs konstant hält. In der Folge liegt die Inflationsrate allerdings hartnäckig über der 5%-Marke. 2003 und 2004 dürfte sich diese Situation nicht grundlegend ändern. Einige der Leitlinien der slowenischen Politik werden im Zuge des EU-Beitritts modifiziert werden müssen. Die Regierung beginnt bereits, gegenüber ausländischen Direktinvestitionen eine wohlwollendere Haltung einzunehmen.

Tschechien hat sowohl pro Kopf als auch in Prozent des BIP unter den Transformationsländern die meisten ausländischen Direktinvestitionen akkumuliert (Stand Ende 2002). Die Industrie hat eine lange Tradition und regeneriert sich zusehends. Die Exporte (zu laufenden Preisen, auf Euro-Basis) stiegen trotz der Flaute in der internationalen Konjunktur 2001 um 18% und 2002 um 9%. Auf Kronen-Basis wuchsen die Erlöse allerdings wegen der nominellen Aufwertung weniger stark (2001) bzw. überhaupt nicht (2002). Die auf Produktivitätserhöhungen beruhende Senkung der Lohnstückkosten und die aufwertungsbedingte Verbilligung von Importen kam jedoch den Unternehmen zugute. Das Leistungsbilanzdefizit lag 2001 und 2002 jeweils über 5% des BIP; etwa 1,5 Prozentpunkte davon dürften allerdings auf reinvestierte Gewinne von Unternehmen in Auslandsbesitz zurückzuführen sein.

Vor den Parlamentswahlen im April 2002 und den Kommunalwahlen im Oktober 2002 wurden die öffentlichen Ausgaben in Ungarn erheblich ausgeweitet. Die gesetzlichen Mindestlöhne wurden fast verdoppelt und die Löhne der Staatsbediensteten um etwa 50% angehoben. Die Transferausgaben des Staates stiegen real um 13%. In der Folge nahm der private Konsum 2002 real um über 10% zu. Durch Infrastrukturprojekte wurden die Bruttoanlageinvestitionen angeheizt. Das Budgetdefizit stieg auf über 9% des BIP. Nach den Parlamentswahlen versuchte die Nationalbank, den befürchteten Inflationswirkungen des sich abzeichnenden hohen Budgetdefizits durch eine Hochzinspolitik zu begegnen, provozierte dadurch aber einen Aufwertungsdruck, der diese Politik scheitern ließ. Die Inflationsrate sank dennoch auf ihr niedrigstes Niveau seit Einführung der Marktwirtschaft (5,3%). Die Folgen der Wirtschaftspolitik des Jahres 2002 schnell und schmerzlos zu überwinden, wird kaum möglich sein.

Bulgariens Wirtschaft wuchs 2002 um 4,8%. Das Land scheint somit unter der internationalen Wirtschaftsflaute kaum zu leiden. Die Inflationsrate war mit 5,8% relativ hoch für ein Land mit einem Currency-Board-Regime. Hohe Arbeitslosigkeit belastet die Entwicklung. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte 2002 4,3% und dürfte in den kommenden Jahren leicht sinken. 2003 und 2004 dürfte das BIP um 4% bis 5% expandieren.

In Kroatien wurde 2002 eine reale Wachstumsrate von 5,2% verzeichnet. Motor dieser kräftigen Expansion waren der private Konsum und staatlich finanzierte Investitionen. Die Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Unternehmen ist gering: Die Exporte waren 2002 auf Euro-Basis rückläufig, während die Importe kräftig stiegen und der Deckungsgrad der Importe auf 46% sank. Das Land verstärkt seine Spezialisierung auf den Tourismusbereich, Einnahmen aus dem Tourismus decken den Großteil des Handelsbilanzdefizits. Die Inflationsrate lag 2002 bei 2,2%. Das Wirtschaftswachstum wird sich wahrscheinlich 2003 etwas verlangsamen.

<sup>4)</sup> Brada, J. C., Tomsik, V., "Reinvested Earnings Bias. The 'Five Percent' Rule and the Interpretation of the Balance of Payments – With an Application to Transition Economies", William Davidson Institute Working Paper, 2003, (543).

*Sluggish International Business Climate: A Test for the Central and Eastern European Countries' Endurance – Summary*

The Central and Eastern European Countries (CEECs) were able to maintain in 2001 and 2002 a growth rate significantly above that of the EU 15. The more developed group of CEECs went more in parallel with the EU 15, which means that their average growth rate fell considerably. The other group of countries has not yet reached the pre-transition level. They were more independent from the international business cycle and maintained higher growth rates or even accelerated growth.

In the second half of 2002 a quite general tendency towards stronger growth became visible, not only from GDP data, but also from industrial output and foreign trade figures.

The background for this development is a fading of nominal appreciation tendencies, possibly in the context of the central banks' lowering of nominal interest rates. In several CEECs inflation stopped too – in some cases price indices even declined for several months. The joint outcome of depreciation and no or low inflation was real depreciation. Especially in Poland this development strengthened competitiveness of domestic producers. Foreign trade was characterized by diminished growth rates compared to 2000, and at the same time also by higher export-import ratios. The specialisation of exports on technically sophisticated finished goods continues. The CEECs are still countries with low GDP per capita, even if measured in purchasing power parities. The price gap compared to the overall EU 15 level remains large. In both respects differences between CEECs are also considerable.

Economic policies of CEECs are characterized by a relaxation of monetary austerity and continuous struggles with budget deficits.

For the EU budget the accession of eight CEECs will provoke additional net expenditures of € 5 to 10 billion for the first three years as a whole. For CEE governments, EU enlargement will provoke a major stress in terms of balancing of their budgets. The enlargement will require additional expenditures of both governments and enterprises. The latter will have to comply with EU rules, which in some cases will require massive investment into new equipment.

Austria's trade with CEECs shows a € 3 billion surplus, over 50 percent of which the country achieves in the trade with countries on the territory of former Yugoslavia. Croatia and Slovenia are main sources of Austria's surplus, but Hungary remains by far the largest one. Austria's trade with Poland remains underdeveloped, as Poland's GDP corresponds to the aggregate GDP of the Czech Republic, Hungary, Slovenia and Slovakia, whereas Austria's trade volume with Poland equals that with Slovenia.

All in all, the ongoing testing of the CEECs endurance so far produces quite good results, which gives reason for optimism in view of EU enlargement.

Mazedoniens Wirtschaft erholt sich von der politischen Krise des Jahres 2001, das BIP war 2002 nicht mehr rückläufig. Die Nationalbank konzentriert sich auf die Bekämpfung der Inflation, die mit 1,5% 2002 niedriger war als in allen anderen MOEL. Sie hält den Diskontsatz bei über 10% und den Wechselkurs konstant. Dieses Korsett ist wahrscheinlich zu eng, um stärkeres Wachstum aufkommen zu lassen. Der Deckungsgrad der Importe durch Exporterlöse verringerte sich auf 57% – ein Hinweis auf eine geringe Wettbewerbsfähigkeit der mazedonischen Unternehmen. Das Leistungsbilanzdefizit lag nahe 9% des BIP, die Arbeitslosenquote bei über 30%.

Mit einer BIP-Wachstumsrate von etwa 5% in den Jahren 2001 und 2002 scheint Rumäniens Wirtschaft die Krise der Jahre 1997 bis 1999 überwunden zu haben. Weiterhin steht das Land unter dem Druck einer Inflations- und Abwertungsspirale, die sich allerdings verlangsamt. Die Inflationsrate sank von 35% (2001) auf 23% (2002), während der Wertverlust gegenüber dem Euro sich von –30% auf –20% abschwächte. Die Exporte stiegen 2002 auf Euro-Basis um über 15%, die Importe jedoch um weniger als 9%. Der Deckungsgrad der Importe nahm damit auf 78% zu. Die Notenbank hat den Leitzinssatz von 35% im Jänner 2002 auf 18% im März 2003 gesenkt. Die Regierung betreibt eine wachstumsfreundliche Politik, bekämpft aber Strukturschwächen, Effizienzmängel und das Fehlen finanzieller Disziplin im Unternehmensbereich nicht ausreichend. Dies könnte die Nachhaltigkeit des Wachstumsprozesses in Frage stellen.

Russlands Wirtschaft wächst seit der Krise des Jahres 1998 mit anfangs sehr hohen, nunmehr aber mäßigen Raten. Die Inflation verlangsamte sich 2002 auf 16%, der Leistungsbilanzüberschuss machte 2002 beinahe 10% des BIP aus. Förderung und Export von Rohöl und Erdgas haben in Russland großes Gewicht, und relativ hohe Preise dieser Güter trugen zum raschen Wachstum der letzten Jahre bei. Zudem erhöhte die Abwertung die Preisrelation zwischen importierten und heimischen Produkten drastisch. Beide Effekte sind heute weitgehend verschwunden, die Industrieproduktion wächst nur mehr mäßig. Hohe Zuwachsraten im privaten Konsum stimulieren die

Wirtschaft, während die Investoren aus dem In- und Ausland wenig Interesse zeigen. Die Zentralregierung erwirtschaftet Budgetüberschüsse, aber die Verschuldung von Unternehmen und Banken nimmt zu.

Die Wirtschaftslage wird in Serbien und Montenegro schwieriger. Potentielle ausländische Investoren werden nach dem Mord an Ministerpräsident Zoran Djindjic Mitte März 2003 noch zurückhaltender sein, die Bruttoanlageinvestitionen stagnieren auf niedrigem Niveau. Die Importe wachsen stürmisch, während die heimische Produktion nicht in Schwung kommt. Der Deckungsgrad der Importe sank von 47% im Jahr 2000 auf lediglich 36% im Jahr 2002. Das Leistungsbilanzdefizit macht über 10% des BIP aus. 2003 und 2004 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 4% beschleunigen – was nicht viel ist, wenn man bedenkt, dass das BIP im vergangenen Jahrzehnt weit hinter das zuvor erreichte Niveau zurückgefallen ist.

Nach über +9% im Jahr 2001 wuchs die Wirtschaft der Ukraine 2002 um nur 4,8%, für 2003 und 2004 ist eine Rate von rund 4% zu erwarten. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen, die Leistungsbilanz stark positiv. Dies ist in einem Wechselkurs begründet, der das Preisniveau auf 20% des EU-Durchschnitts drückt. Das BIP pro Kopf beträgt nur 19% des EU-Durchschnitts. Vor diesem Hintergrund sollte das Land für Auslandsinvestitionen attraktiv sein, vor allem Unternehmen, die internationale Märkte beliefern wollen. Wahrscheinlich wird das Interesse der Investoren aber durch mangelnde Transparenz und unzureichende institutionelle Infrastruktur beeinträchtigt.

 WORKING PAPERS

- 198/2003 **Financial Development and Macroeconomic Volatility. Evidence from OECD Countries**  
*Franz R. Hahn*
- 199/2003 **Long-run Homogeneity of Labour Demand. Panel Evidence from OECD Countries**  
*Franz R. Hahn*
- 200/2003 **Österreich, Finnland und Schweden in der EU: Wirtschaftliche Auswirkungen**  
*Fritz Breuss*
- 201/2003 **On the Determinants of Cross Border Co-operation of Austrian Firms with Central and Eastern European Partners**  
*Peter Huber*
- 202/2003 **Inter-Cultural and other Forces in the Transfer of Human Resource Management and Industrial Relations Practices under Globalization**  
*Joseph E. Isaac*

Kostenloser Download: [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p\\_typeid=3&p\\_language=1&p\\_type=0](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0)

Gerhard Palme

## 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs

**Das 2002 neuerlich ungenügende Wirtschaftswachstum verlief in Österreich regional nicht einheitlich. Die Schwäche betraf vor allem den Osten und Süden, hingegen erholte sich die Wirtschaft im Westen in der zweiten Jahreshälfte. Dadurch verlangsamte sich das Wachstum der Wertschöpfung in den westlichen Bundesländern 2002 trotz ungünstiger internationaler Rahmenbedingungen nicht. Ebenso konzentrierte sich der Beschäftigungsrückgang auf den Süden und den Osten. Besonders stark fiel das Wirtschaftswachstum in Tirol aus, während in Kärnten eine Stagnation verzeichnet wurde.**

Begutachtung: Oliver Fritz • Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Maria Thalhammer • E-Mail-Adressen: [Gerhard.Palme@wifo.ac.at](mailto:Gerhard.Palme@wifo.ac.at), [thal@wifo.ac.at](mailto:thal@wifo.ac.at)

Im Jahr 2002 wuchs die österreichische Wirtschaft neuerlich nur sehr mäßig, die Bruttowertschöpfung (+0,6%) lag kaum über dem bereits niedrigen Vorjahreswert. Im 1. Halbjahr schien noch ein Aufschwung bevorzustehen, zur Jahresmitte trübte sich aber die Stimmung ein, und die Auftriebskräfte ließen merklich nach. Die Flaute ging parallel mit der internationalen Entwicklung: Auch in den OECD-Ländern entwickelte sich die Wirtschaft nur wenig besser als im Vorjahr. Obwohl sich das Wachstum der Exporte verlangsamte, stützte sich die österreichische Konjunktur vor allem auf den Außenbeitrag (Exporte real +2,6%). Hingegen trug die Konsumnachfrage nicht zur Belebung bei. Die Konsumenten waren angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage und der Unsicherheiten über ihre künftige finanzielle Situation in ihren Neuanschaffungen sehr zurückhaltend (privater Konsum +0,9%). Weiterhin pessimistisch schätzten auch die Unternehmen die Geschäftsaussichten ein, ein vorsichtiges Investitionsverhalten war die Folge. Die Bruttoanlageinvestitionen verringerten sich real um knapp 5%. Wegen der Schwäche der heimischen Nachfrage stagnierten die Importe, sodass der Saldo der Leistungsbilanz positiv war.

Der regionale Konjunkturverlauf zeigte 2002 ein so deutliches West-Ost-Gefälle wie schon lange nicht: In den westlichen Bundesländern wuchs die Wertschöpfung – vor allem in der zweiten Jahreshälfte – erheblich rascher als im Osten oder Süden Österreichs. Dadurch fiel die Wachstumsrate in Salzburg, Tirol und Vorarlberg nicht niedriger aus als 2001. Im Westen Österreichs war die Bruttowertschöpfung insgesamt um 1,3% höher als im Vorjahr. Im Osten wuchs die Wirtschaft um 0,3%, einzig das Burgenland schnitt deutlich überdurchschnittlich ab. Am ungünstigsten verlief die Entwicklung in der Südregion, deren Wirtschaft nahezu stagnierte.

Das Grundmuster des regionalen Konjunkturverlaufs wurde auch im Jahr 2002 durch die Sachgüterproduktion bestimmt. Allerdings wuchsen in den expansiveren Bundesländern auch andere Wirtschaftssektoren zumeist überdurchschnittlich, und in den Bundesländern mit langsamer Wirtschaftsentwicklung blieben auch die meisten anderen Wirtschaftssektoren zurück. Im Westen war die Dynamik größer, obwohl die Wirtschaft der EU, mit der diese Bundesländer eng verflochten sind, schwächer expandierte als etwa jene Osteuropas, die für die östlichen Bundesländer eine größere Rolle spielt. Es lag somit an der Wettbewerbsfähigkeit, dass der Westen Österreichs relativ besser abschnitt.

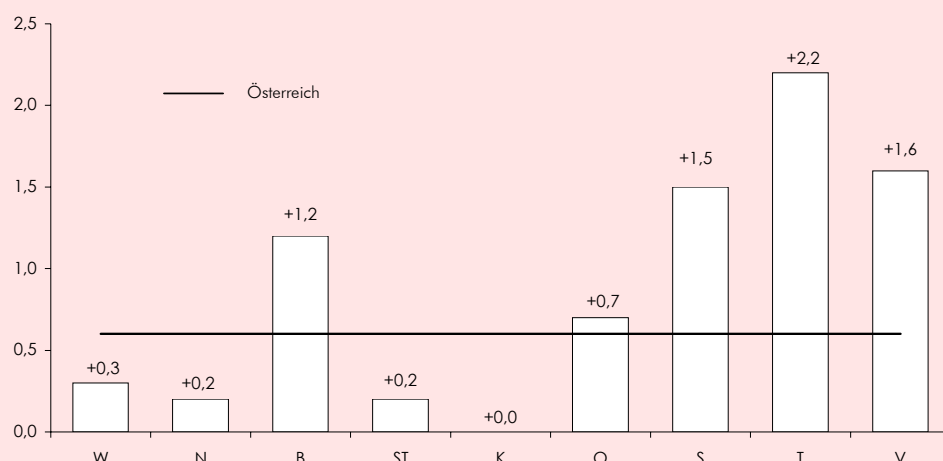
---

**Wettbewerbsvorteile  
für den Westen**

Trotz ungünstiger internationaler Rahmenbedingungen gewannen die Unternehmen der westlichen Bundesländer in der Sachgüterproduktion und im Tourismus Marktanteile. Besonders stark fiel das Wirtschaftswachstum in Tirol aus. Der günstige Verlauf in diesen "Exportbasisbereichen" strahlte offenbar auf die regionalen Dienstleistungen aus (insbesondere auf den Handel). Ausgenommen waren in Vorarlberg nur die Bauwirtschaft, in Tirol und Oberösterreich entwickelten sich die Wirtschaftsdienste etwas schwächer. Im Burgenland expandierten die Dienstleistungen (insbesondere Bauwirtschaft, Handel, Verkehr und Wirtschaftsdienste) stärker als die Sachgüterproduktion. Als überwiegend ländlich geprägtes Bundesland holte das Burgenland im Dienstleistungsbereich zum Teil weiter auf.

Abbildung 1: Bruttowertschöpfung 2002

Ohne Land- und Forstwirtschaft, zu Preisen von 1995, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO, vorläufige Schätzwerte.

In Niederösterreich und Kärnten verlief die Konjunktur das ganze Jahr hindurch ungünstig, besonders die Sachgüterproduktion kam nicht in Schwung. Zwar verzeichnete in Kärnten der Tourismus ein erfolgreiches Jahr, und auch die Bauwirtschaft expandierte; diese Sektorgewinne schlugen jedoch nicht in einer Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Ergebnisses durch, zumal auch die Energiewirtschaft, welche relativ großen Einfluss auf die Kärntner Konjunktur hat, ihre Leistungen drosselte.

Übersicht 1: Entwicklung der Sachgüterproduktion 2002

Sachgütererzeugung und Bergbau

	Produktionswert <sup>1)</sup>			Produktionswert <sup>2)</sup>			Produktionsindex Jahres- durchschnitt
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahres- durchschnitt	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahres- durchschnitt	
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Wien	+ 4,6	- 3,9	+ 0,1	- 1,3	- 8,0	- 4,8	- 3,7
Niederösterreich	- 1,2	+ 1,8	+ 0,3	- 5,1	+ 1,1	- 1,9	- 1,4
Burgenland	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,4
Steiermark	+ 3,4	- 6,0	- 1,3	+ 4,4	- 5,9	- 0,8	- 8,0
Kärnten	- 2,8	+ 0,6	- 1,1	- 2,8	+ 2,1	- 0,3	+ 3,2
Oberösterreich	- 0,6	+ 3,0	+ 1,2	- 0,7	+ 3,8	+ 1,5	+ 3,1
Salzburg	+ 2,1	+ 4,6	+ 3,4	+ 0,1	+ 6,3	+ 3,2	- 0,1
Tirol	- 0,2	+ 5,8	+ 2,9	- 0,9	+ 5,9	+ 2,6	+ 4,7
Vorarlberg	+ 0,5	+ 3,5	+ 2,0	+ 0,6	+ 5,5	+ 3,0	+ 1,7
Österreich	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	- 0,6	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Abgesetzte Produktion. – 2) Technische Produktion.

Dagegen brach die Konjunktur in Wien und in der Steiermark erst in der zweiten Jahreshälfte ein. In der Steiermark klang im Sommer eine lange Wachstumsphase aus, in Wien ging im Herbst eine relativ kurze Erholung zu Ende. In beiden Bundesländern erlitt die Sachgüterproduktion erhebliche Rückschläge. Wien stand darüber hinaus unter dem Eindruck einer Verschlechterung der Nachfragebedingungen im internationalen Städtetourismus und des deutlichen Rückgangs in der Bauwirtschaft. Die Abwärtstendenz wurde in Wien durch eine expansive Energiewirtschaft und in der Steiermark durch die überdurchschnittliche Entwicklung der Wirtschaftsdienste nicht kompensiert.

In der Sachgüterproduktion kam zwar der seit Herbst 2001 verzeichnete Produktionsrückgang im Frühjahr 2002 zum Stillstand, danach setzten sich aber keine Auftriebskräfte durch. Nachdem sich die Erwartungen auf eine rasche Konjunkturerholung nicht erfüllt hatten, wechselte zur Jahresmitte die Stimmung der Unternehmen zu pessimistischer Vorsicht. Das II. Quartal (Umsätze +2,9%) blieb das erfolgreichste im Jahresverlauf, in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 wurde das Vorjahresniveau nur geringfügig übertroffen (+0,5%). Somit fiel die Produktionsentwicklung im Jahr 2002 deutlich schwächer als im Vorjahr aus: Der Wert der abgesetzten Produktion (nominal) nahm um 0,6% zu, der Wert der technischen Produktion ging um 0,2% zurück. Ausgelöst wurde der Abschwung in der Sachgüterproduktion von der Auslandsnachfrage, die stark an Dynamik verlor und damit keine Impulse zur Kompensation einer schwachen Inlandsnachfrage setzte. Von der Konjunkturlaute besonders betroffen waren die Hersteller von Investitions- und langlebigen Konsumgütern, relativ gut hielt sich die Zulieferindustrie. Zwischen den Branchen verlief die Entwicklung recht uneinheitlich. Die Produktion in der Grundstoffindustrie (ausgenommen Papier), in Teilen der Elektro- und Fahrzeugindustrie sowie in der Möbelindustrie schrumpfte deutlich, während der Maschinenbau, die chemische Industrie sowie die Nahrungsmittel- und Baustoffindustrie einigermaßen gut abschnitten.

### Abbau von Arbeitsplätzen durch Verschlechterung in der Sachgüterproduktion

Übersicht 2: Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in der Sachgüterproduktion nach Sektoren 2002

	Produktivität <sup>1)</sup>	Lohnsatz <sup>2)</sup>	Unselbständig Beschäftigte <sup>3)</sup>	Insgesamt	Montan- und Spezialmaterial-sektor	Unselbständig Beschäftigte <sup>4)</sup>	Versorgungs-sektor	Bekleidungs-sektor	Verarbeitungs-sektor	Technologie-sektor
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Wien	+ 0,3	+ 2,6	- 5,0	- 7,3	- 4,2	- 8,7	- 6,9	- 7,3	- 7,4	- 7,4
Niederösterreich	+ 0,3	+ 3,6	- 2,2	- 2,0	+ 0,7	- 0,8	- 7,8	- 5,5	+ 0,9	+ 0,9
Burgenland	+ 5,8	+ 2,6	- 2,6	± 0,0	+ 3,1	- 1,1	- 3,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
Steiermark	+ 0,5	+ 3,5	- 1,3	- 1,7	- 1,1	- 1,6	- 6,9	- 2,3	- 0,9	- 0,9
Kärnten	+ 3,2	+ 3,4	- 3,4	- 3,9	- 2,2	- 2,5	- 7,9	- 4,8	- 3,5	- 3,5
Oberösterreich	+ 2,3	+ 2,6	- 0,8	- 1,1	+ 0,1	- 1,3	- 4,5	- 2,8	- 0,1	- 0,1
Salzburg	+ 3,7	+ 3,2	- 0,5	- 1,8	+ 2,7	± 0,0	- 6,1	- 3,6	- 1,8	- 1,8
Tirol	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 10,1	+ 0,3	+ 2,3	+ 2,3
Vorarlberg	+ 4,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,1	+ 2,6	± 0,0	- 8,8	- 0,6	+ 0,2	+ 0,2
Österreich	+ 1,6	+ 2,7	- 1,8	- 2,4	- 0,3	- 1,8	- 7,3	- 3,5	- 1,9	- 1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Technische Produktion je unselbständig Beschäftigten. – <sup>2)</sup> Bruttoverdienste und Sonderzahlungen je unselbständig Beschäftigten, laut Konjunkturerhebung. – <sup>3)</sup> Laut Konjunkturerhebung. – <sup>4)</sup> Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Der anhaltende Konjunkturabschwung beeinträchtigte nicht nur die Produktion, sondern auch die Erträge, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und die Arbeitskräftenachfrage. Nach Schätzungen des WIFO lagen die Bruttoanlageinvestitionen in der Sachgütererzeugung im Jahr 2002 um etwa 10% unter dem Vorjahresniveau, und die Cash-Flow-Quote verschlechterte sich merklich (etwa -1,5 Prozentpunkte). Seit Jahresbeginn verringerten die Unternehmen ihre Belegschaft umso stärker, je länger der Konjunkturaufschwung ausblieb. In der ersten Jahreshälfte nahm die Zahl der in der Sachgüterproduktion unselbständig Beschäftigten um 1,2% und in der zweiten Jahreshälfte um 2,3% ab (Jahresdurchschnitt laut Konjunkturerhebung -1,8%). Besonders viele Arbeitsplätze wurden im Bekleidungssektor (-7,3% laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger) abgebaut – hier hat die Konkur-

### Angebotsfaktoren wirken zugunsten der westlichen Bundesländer

renz der Billiglohnlohnländer seit längerem erhebliche Standortverlagerungen zur Folge –, aber auch im Verarbeitungssektor (–3,5%), der große Teile der Zulieferindustrie umfasst. Trotz der Freisetzen fiel der Produktivitätsgewinn in der gesamten österreichischen Sachgüterproduktion relativ gering aus (technische Produktion je Beschäftigten +1,6%). Dennoch verbesserte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen durch einen Rückgang der relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern um 1,1%.

Die regionale Konjunktur der Sachgüterproduktion wies im Jahr 2002 ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle auf. In den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich nahmen die Umsätze im Jahresdurchschnitt teilweise beträchtlich zu (zwischen +1,2% und +3,4%). Hier verstärkte sich die Steigerung in der zweiten Jahreshälfte noch, als sich allgemein eine dämpfende Tendenz einstellte. Am ungünstigsten war das Ergebnis im I. Quartal mit einer Stagnation. Im Osten entwickelte sich die Sachgüterproduktion nur im Burgenland besser als im Österreich-Durchschnitt.

Dieses regionale Muster der Industriekonjunktur folgte nicht den Nachfragebedingungen. Bundesländer, deren Wirtschaft viel in die EU und insbesondere nach Deutschland exportiert, schnitten besser ab, obwohl sich die Nachfragedynamik dort konjunkturbedingt abschwächte. Andererseits hätte die Wirtschaft im Osten vom höheren Wachstum in Ost-Mitteleuropa stärker profitieren müssen. Offenbar beruhte das regionale Konjunkturmuster auf Angebotsfaktoren: Vermutlich verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit im Westen stark, Produktivität und Lohnstückkosten entwickelten sich – vor allem aufgrund des höheren Produktionswachstums – günstiger als in den anderen Bundesländern. Die Wettbewerbsfähigkeit verbesserte sich nämlich in den Bundesländern mit höherem Produktionswachstum deutlicher: Produktivität und Lohnstückkosten entwickelten sich günstiger als in den übrigen Bundesländern. Zudem ging die überdurchschnittliche Produktivitätssteigerung nicht nur auf Rationalisierungen zurück – in der Sachgüterproduktion der westlichen Bundesländer wurden relativ weniger Beschäftigte freigesetzt als im Osten und Süden. Auch im Burgenland fiel der Beschäftigungsabbau nach den Daten des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger geringer aus (nicht jedoch gemäß der Konjunkturerhebung von Statistik Austria).

*Das regionale Muster der Industriekonjunktur folgte nicht den Nachfragebedingungen. Vielmehr war die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ausschlaggebend dafür, dass sich die Produktion im Westen dynamischer entwickelte. Im Osten war sie nur im Burgenland höher als im Vorjahr, während sie in Niederösterreich und in Wien weitgehend stagnierte. Im Süden schrumpfte die Sachgüterproduktion.*

Am kräftigsten stiegen die Umsätze in Salzburg und Tirol (+3,4% bzw. +2,9% gegenüber dem Vorjahr). In der Salzburger Sachgüterproduktion kam eine relativ geringe Abschwächung im II. Quartal zum Stillstand. Die anschließende Belebung ging vor allem von Impulsen aus dem Inland und von Märkten außerhalb der EU aus. In Tirol sprang das Wachstum um ein Quartal später als in Salzburg an. Die Tiroler Unternehmen versuchten, das Konjunkturtief ohne nennenswerte Freisetzung von Arbeitskräften zu überwinden: Die gesamte Beschäftigung war in der Sachgüterproduktion geringfügig höher als im Vorjahr (+0,3% laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger), im Technologiesektor wurden auf Tiroler Standorten sogar größere Kapazitäten aufgebaut (+2,3%). Die Beschäftigungsausweitung wurde durch eine Lohnzurückhaltung erleichtert (Lohnsatz +1,4%).

Noch mäßiger fiel der Lohnzuwachs in Vorarlberg aus (+1,0%); wegen einer guten Produktivitätsentwicklung schlug sich dies in einer starken Senkung der Lohnstückkosten nieder. In Vorarlberg setzte sich die Umstrukturierung im traditionellen Bekleidungssektor mit einer deutlichen Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze fort. Mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stiegen die Umsätze der Vorarlberger Unternehmen im Jahresdurchschnitt 2002 um 2,0%. An diese Rate kam Oberösterreich nicht ganz heran, insbesondere im I. Quartal nahmen die Umsätze merklich ab. Oberösterreich (Jahresdurchschnitt +1,2%) schnitt aber besser ab als die anderen Bundesländer mit bedeutender Grundstoffindustrie. Gemäß der Auftragsentwicklung weiteten die oberösterreichischen Unternehmen vor allem die Lieferungen in Drittstaaten (außerhalb der EU) aus.

Im Osten wurde im Burgenland im Jahresdurchschnitt 2002 die beste Produktionsentwicklung verzeichnet. Dennoch blieb das Burgenland von der Konjunkturabschwächung nicht ausgenommen, und angesichts der großen unterjährigen Schwankungen ist ein anhaltender Aufschwung noch nicht gesichert. Die Belebung ging vor allem von den Vorleistungen aus, die traditionell im Inland abgesetzt werden. Ein Teil wurde auch auf Lager gelegt, der Wert der abgesetzten Produktion (+1,7%) nahm im Burgenland um 1,3 Prozentpunkte schwächer zu als der Wert der technischen Produktion. Durch die Belebung im Zuliefersektor erhöhte sich im Verarbeitungs- und Technologiesektor des Burgenlandes die Nachfrage nach Arbeitskräften geringfügig.

### Im Osten nur im Burgenland gute Entwicklung

Übersicht 3: Entwicklung des Produktionswertes der Sachgüterproduktion nach Branchen 2002

	Wien	Nieder- österreich	Burgen- land	Steiermark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Tirol	Vorarl- berg	Österreich
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	+ 6,8	+ 3,3	+ 9,3	+ 0,4	+ 2,8	- 1,8	+ 3,2	+ 7,2	+ 3,0	+ 2,6
Tabakverarbeitung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	+ 14,6
Textilien und Textilwaren	- 2,1	+ 5,8	.	+ 5,0	.	+ 3,6	- 2,1	- 12,3	- 4,8	+ 0,4
Bekleidung	- 32,1	+ 1,5	- 9,3	- 8,1	- 30,5	+ 10,6	- 4,8	+ 34,0	- 5,8	+ 0,8
Ledererzeugung und -verarbeitung	.	- 8,5	.	+ 0,9	+ 8,5	- 47,3	.	+ 8,7	.	- 10,1
Be- und Verarbeitung von Holz	- 3,6	+ 6,8	- 0,7	+ 4,4	- 0,1	+ 2,8	+ 12,1	+ 2,7	- 5,8	+ 4,3
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	+ 4,3	+ 4,9	.	- 2,1	+ 4,7	- 3,9	+ 7,7	.	+ 6,3	+ 1,0
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	- 2,0	- 3,9	+ 9,8	- 7,7	- 3,7	- 7,1	+ 11,9	+ 4,7	- 3,7	+ 0,1
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	.	.	.	.	.	.	.	.	.	- 5,3
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	+ 10,4	+ 0,9	.	+ 22,1	- 2,0	+ 0,5	+ 3,3	+ 14,7	.	+ 5,5
Gummi- und Kunststoffwaren	- 5,6	- 3,7	+ 16,4	- 9,3	- 9,5	- 1,2	+ 8,9	+ 0,1	+ 4,4	- 1,5
Glas, Waren aus Steinen und Erden	- 16,3	- 0,3	+ 13,8	+ 0,8	- 2,1	+ 7,5	+ 4,7	- 0,2	+ 6,4	+ 1,3
Metallerzeugung und -bearbeitung	- 10,7	+ 2,6	.	- 5,2	.	- 6,8	+ 10,7	- 13,0	.	- 5,2
Metallerzeugnisse	- 16,3	- 2,3	- 17,7	- 3,7	+ 12,4	+ 3,5	+ 8,8	- 3,2	+ 9,3	- 0,1
Maschinenbau	+ 7,9	+ 5,0	.	+ 2,0	+ 6,0	+ 10,5	.	- 0,7	+ 3,9	+ 5,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	.	.	.	- 47,0	.	.	.	.	.	- 2,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	+ 6,2	- 1,2	+ 4,2	- 13,9	- 24,8	+ 22,7	- 0,4	+ 11,0	- 3,8	+ 2,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	- 15,0	.	.	- 17,4	- 12,7	+ 7,2	+ 0,2	- 24,4	.	- 14,5
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	+ 2,3	+ 0,5	.	+ 63,4	+ 21,3	+ 0,1	- 2,5	+ 25,4	.	+ 13,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	- 4,9	+ 17,0	.	+ 1,2	.	- 1,0	- 16,5	- 0,8	+ 5,9	- 1,0
Sonstiger Fahrzeugbau	+ 260,5	.	.	.	.	+ 19,7	.	.	.	+ 62,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	- 11,6	+ 2,3	- 10,7	- 1,2	- 7,8	- 5,8	- 1,1	+ 3,3	- 4,9	- 3,8
Rückgewinnung (Recycling)	.	+ 8,3	.	.	.	.	.	.	.	+ 4,7
<i>Sachgütererzeugung und Bergbau insgesamt</i>	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,7	- 1,3	- 1,1	+ 1,2	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion.

Auch in Niederösterreich haben sich die Unternehmen vom starken Rückgang im 2. Halbjahr 2001 noch nicht nachhaltig erholt, in der zweiten Jahreshälfte 2002 wurde die Produktion aber etwas ausgeweitet (abgesetzte Produktion +1,8%). Zur Befriedigung der steigenden Nachfrage wurden auch Lager abgebaut. Im Jahresdurchschnitt lag der Umsatz der niederösterreichischen Unternehmen geringfügig über dem Vorjahresniveau (+0,3%), während der technische Produktionswert weit darunter blieb (-1,9%). Diese Produktionsdynamik beeinträchtigte die Zunahme der Produktivität (+0,3%), die deutlich geringer ausfiel als die Lohnsteigerung. Damit entwickelte sich die Wettbewerbsfähigkeit gemessen an den Lohnstückkosten in Niederösterreich unter allen Bundesländern am ungünstigsten.

Bis in den Herbst 2002 schien sich die Wiener Sachgüterproduktion aus der Rezession des Vorjahres zu erholen, das IV. Quartal brachte aber wieder einen schweren Rückschlag (abgesetzte Produktion -11,3%). Im Jahresdurchschnitt waren die Umsätze deshalb kaum höher als im Vorjahr (2002 +0,1%). Noch ungünstiger entwickelte sich die technische Produktion (-4,8%). Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Be-

**Rückgang der Sachgüterproduktion im Süden**

schäftigung – in den Wiener Unternehmen wurden deutlich mehr Arbeitsplätze abgebaut als im Vorjahr (-7,3% laut Hauptverband). In relativ vielen Branchen (insbesondere Elektro-, Baustoff-, Metallwarenindustrie, Bekleidungssektor, Holzverarbeitung) wurde die Beschäftigung in einem Ausmaß reduziert, das Stilllegungen von Betrieben vermuten lässt. Dennoch verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Unternehmen nicht, die Produktivität stagnierte, und die Lohnstückkosten stiegen überdurchschnittlich.

Gemessen am Jahresergebnis verlief die Industriekonjunktur im Süden Österreichs am schlechtesten. Der Wert der abgesetzten Produktion war in der Steiermark um 1,3% und in Kärnten um 1,1% geringer als im Vorjahr. In der Steiermark ging der lange Wachstumspfad im Sommer abrupt zu Ende, die Umsätze schrumpften in der zweiten Jahreshälfte um 6,0%. Da solche Produktionseinbußen offenbar nicht in den Löhnen (Lohnsätze +3,5%) einkalkuliert waren, wurde die Wettbewerbsfähigkeit der steirischen Unternehmen relativ stark mit Arbeitskosten belastet.

In Kärnten weist die Entwicklung des Mengenindikators (Produktionsindex) seit längerem auf einen besseren Verlauf der Sachgüterproduktion hin, als sie im Wertindikator zum Ausdruck kommt. Da jedoch der Produktionsindex auf einer relativ alten Produktstruktur (des Jahres 1995) beruht und angesichts der Beschäftigungsentwicklung ist kaum eine Erholung der Kärntner Industriekonjunktur zu verzeichnen. In der zweiten Jahreshälfte nahm die abgesetzte Produktion um nur 0,6% zu, und die Beschäftigung ging um 4,0% (laut Konjunkturerhebung) zurück. Der Abbau von Arbeitsplätzen resultierte teilweise aus einer internationalen Neustrukturierung der Produktionsstandorte, die Kärnten mit seinen vielen arbeitsintensiven Betrieben relativ stark betrifft. Besonders viele Arbeitsplätze verloren die Kärntner Standorte im Bekleidungssektor sowie in der Elektro- und der Möbelindustrie.

**Große regionale Unterschiede in der Bau- und Energiewirtschaft**

Die Bauwirtschaft hatte 2001 einen scharfen Rückgang verzeichnet und festigte sich im Jahr 2002 etwas. Die Erholung in den Sommermonaten wurde durch die Hochwasserkatastrophe unterbrochen, gegen Ende des Jahres zeichnete sich eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab. Im Jahresdurchschnitt stieg die reale Wertschöpfung um 0,2%, die Umsätze nahmen im gesamten Baubereich (ÖNACE) um 0,8% und in der Bauwirtschaft im engeren Sinn (GNACE) um 1,7% zu. Die Einbußen waren also im Baunebengewerbe besonders groß. Die Probleme lagen nach wie vor im Hochbau, der mangels Wohnbaunachfrage und wegen der konjunkturbedingt geringen Aktivitäten im Industrie- und Gewerbebau rückläufig war (-0,6%). Auch die Nachfrage nach Adaptierungsleistungen blieb schwach (±0,0%). Gestützt wurde die Bauwirtschaft vom Tiefbau, der durch Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand belebt wurde (+5,7%).

Übersicht 4: Entwicklung in der Bau- und Energiewirtschaft 2002

Produktionswert

	Bauwirtschaft i. w. S. <sup>1)</sup>	Insgesamt	Bauwirtschaft i. e. S. <sup>2)</sup>		Öffentliche Aufträge	Energie- und Wasserversorgung <sup>3)</sup>
			Hochbau	Tiefbau		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Wien	- 5,0	- 8,2	- 8,8	- 6,0	- 20,3	+ 15,8
Niederösterreich	+ 1,3	+ 1,9	- 4,1	+ 9,8	+ 8,9	- 1,9
Burgenland	+ 11,5	+ 25,4	+ 22,9	+ 30,5	+ 32,8	+ 1,2
Steiermark	+ 0,5	+ 2,1	+ 0,6	+ 6,0	+ 2,9	- 6,9
Kärnten	+ 5,1	+ 9,2	+ 6,4	+ 16,4	+ 12,4	- 8,5
Oberösterreich	+ 3,5	+ 5,9	- 0,8	+ 11,9	+ 10,6	- 11,8
Salzburg	- 0,6	+ 1,9	+ 2,8	+ 4,5	+ 21,3	- 3,0
Tirol	+ 6,5	+ 10,0	+ 18,3	- 0,2	+ 19,4	+ 26,5
Vorarlberg	- 4,8	- 6,2	- 3,4	- 12,1	- 2,9	+ 0,5
Österreich	+ 0,8	+ 1,7	- 0,6	+ 5,7	+ 3,4	+ 4,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich Baunebenleistungen. – <sup>2)</sup> Reine Bauleistung. – <sup>3)</sup> Abgesetzte Produktion.

Nach Bundesländern zeigten sich große Unterschiede in der Baukonjunktur. Während die Unternehmen in einzelnen Bundesländern Umsatzzuwächse von mehr als 5% erzielten, hielt in anderen Bundesländern ein Tief mit Produktionsrückgängen an. In den Bundesländern mit den größten Zuwachsraten (Bauwirtschaft i. e. S. Burgenland +25,4%, Tirol +10,0%, Kärnten +9,2%) wurde auch der Hochbau ausgeweitet, in jenen mit den stärksten Einbußen (Wien -8,2%, Vorarlberg -6,2%) ging auch der Tiefbau zurück. In der Steiermark (+2,1%), in Oberösterreich (+5,9%) und Salzburg (+1,9%) entwickelten sich die Umsätze im Bauhauptgewerbe bzw. der Bauindustrie etwas besser als im Österreich-Durchschnitt, das Baunebengewerbe wurde dadurch aber nicht ausreichend stimuliert (insbesondere nicht in Salzburg und der Steiermark). In Niederösterreich verhinderte der Rückgang im Hochbau (-4,1%) ein kräftiges Wachstum der gesamten Bauwirtschaft (Umsätze insgesamt +1,9%).

In der Energie- und Wasserversorgung wurde die Stagnation des Vorjahres überwunden, 2002 stiegen die Umsätze um 4,4%. Die Steigerung der Stromerzeugung um 1,6% reichte zur Deckung des Verbrauchszuwachses nicht aus. Österreich blieb also auch 2002 ein Nettoimporteur, nachdem es bereits im Vorjahr seine Position als Nettoexporteur von elektrischer Energie verloren hatte. Die Zunahme der Stromerzeugung war regional sehr konzentriert: Die Produktion aus Wasserkraft wurde in nur zwei Bundesländern erheblich erhöht (Tirol +26,5%, Wien +15,8%). Geringfügige Zuwächse meldeten die Versorgungsunternehmen im Burgenland (+1,2%) und in Vorarlberg (+0,5%). Andererseits blieben in der Steiermark (-6,9%), in Kärnten (-8,5%) und Oberösterreich (-11,8%) die Produktionsleistungen erheblich unter dem Vorjahresniveau.

Die österreichische Tourismuswirtschaft erreichte im Jahr 2002 ein neues Rekordergebnis, auch wenn unter ungünstigeren Konjunkturbedingungen die Entwicklung etwas weniger gut ausfiel als im Vorjahr. Die Zahl der Gästeankünfte nahm um 1,7% und jene der Übernachtungen um 1,4% zu. Österreich gewann als einziges europäisches Land signifikant Marktanteile. Die Positionsverbesserung geht auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen sowie auf vorübergehende Standortvorteile zurück: Urlauber bevorzugen in Zeiten erhöhter Beeinträchtigung der Flugsicherheit und großer wirtschaftlicher Unsicherheiten nahegelegene Urlaubsziele, die sie kurzfristig auswählen und mit dem Auto leicht erreichen können. Dabei hat Österreich den Vorteil, dass zwei Nachbarländer eine hohe Reiseintensität aufweisen (Deutschland, Italien). Deshalb erlebten in Österreich traditionelle Urlaubsstile vorübergehend eine "Renaissance". Zum Erfolg der österreichischen Tourismuswirtschaft trugen 2002 in erster Linie traditionelle Wander- und Badeurlauber sowie Wintersportler bei, während anders als in früheren Jahren nur wenige Kurzurlaubsgäste hinzukamen. Wegen dieser Entwicklung der Gästestruktur verkürzte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nicht weiter.

**Gutes Tourismusjahr  
durch Marktanteils-  
gewinne der öster-  
reichischen Anbieter**

Übersicht 5: Tourismus im Kalenderjahr 2002

	Insgesamt		Insgesamt		Inländer		Ausländer	
	Über- nach- tungen In 1.000	Einnah- men Mio. €	Über- nach- tungen	Einnah- men	Über- nach- tungen	Einnah- men <sup>1)</sup>	Über- nach- tungen	Einnah- men <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Wien	7.624	1.839	- 0,6	- 1,4	+ 2,1	+ 2,3	- 1,2	- 2,0
Niederösterreich	5.393	447	- 3,9	- 2,5	- 5,8	- 4,3	- 0,2	+ 0,4
Burgenland	2.467	280	+ 1,3	+ 5,0	+ 1,0	+ 5,0	+ 2,2	+ 5,2
Steiermark	9.710	1.009	+ 0,9	+ 5,5	- 1,1	+ 3,4	+ 4,7	+ 8,2
Kärnten	13.335	1.762	+ 2,7	+ 2,0	+ 0,2	- 0,2	+ 4,2	+ 2,9
Oberösterreich	6.499	618	- 1,7	+ 1,8	- 2,1	+ 2,0	- 1,3	+ 1,6
Salzburg	21.929	3.116	+ 2,2	+ 5,8	- 2,1	+ 1,9	+ 3,6	+ 6,8
Tirol	41.576	7.157	+ 2,5	+ 6,2	- 0,3	+ 4,3	+ 2,7	+ 6,4
Vorarlberg	7.865	1.395	+ 0,6	+ 3,8	- 4,0	- 0,3	+ 1,1	+ 5,5
Österreich	116.397	17.622	+ 1,4	+ 4,2	- 1,5	+ 1,7	+ 2,5	+ 4,9

Q: Statistik Austria, WIFO. - <sup>1)</sup> Ohne Kleines Walsertal.

Infolge von Qualitätsverbesserungen erhöhten sich die Einnahmen (+4,2%) stärker als die Zahl der Nächtigungen. Ein Urlaubsgast gab im Durchschnitt mehr aus als im Vorjahr. Billigquartiere verloren deshalb an Bedeutung, der Anteil der Nächtigungen in komfortlosen C-Quartieren verringerte sich gegenüber 2001 um 0,5 Prozentpunkte. Die Nachfragesteigerung konzentrierte sich auf die Qualitätshotellerie. Das größte Wachstum erzielten die luxuriös ausgestatteten Hotels (Ankünfte in A-Hotels +2,6%), obwohl sie überproportional im internationalen Städtetourismus genutzt werden. Der Städtetourismus wies einen ungünstigen Geschäftsgang auf, da er besonders konjunktursensibel und relativ stark vom Flugverkehr abhängig ist. Durch die Krise im Flugtourismus und die Aufwertung des Euro kamen auch weniger Gäste aus dem weiter entfernten Ausland nach Österreich. Insbesondere Besucher aus Übersee blieben aus (vor allem USA, Japan; rund -20%).

Die ungünstige Entwicklung der verfügbaren Einkommen beeinträchtigte die Reiseausgaben der Inländer, sie erhöhten zum ersten Mal seit einigen Jahren ihre Nachfrage nach österreichischen Reisezielen kaum (Ankünfte +0,3%). Allerdings legte der moderne Gesundheits- und Wellness-tourismus, der überwiegend auf den Inlandsmarkt beschränkt ist, weiterhin zu. Die Umlenkung auf relativ nahe Reiseziele machte sich vor allem im Nachfrageverhalten der Deutschen (Ankünfte +2,0%), Italiener und Niederländer bemerkbar.

Von einem wieder traditionelleren Urlaubsverhalten waren hauptsächlich die intensiven Tourismusregionen begünstigt. Sie hatten ihr größtes Wachstum in den sechziger Jahren verzeichnet, als überwiegend Individualurlauber mit dem eigenen Auto verreisten. Die intensiven Tourismusregionen liegen im Alpenbereich westlich von Salzkammergut, Niederen Tauern und Unterkärnten. Östlich davon expandiert der Tourismus in erster Linie in Gebieten mit speziellen Angeboten. Dazu zählen vor allem die Thermenregionen (mit Schwerpunkten in der Oststeiermark sowie im Süd- und Mittelburgenland) und die Regionen mit stärkerem Radtourismus (mit Schwerpunkten in Nieder- und Oberösterreich).

Diese räumlichen Tendenzen hatten eine regionale Polarisierung zur Folge mit deutlichen Vorteilen für die von intensiven Tourismusregionen geprägten westlichen Bundesländer. Den Wachstumsschwerpunkt bildeten Kärnten (Übernachtungen +2,7%), Tirol (+2,5%) und Salzburg (+2,2). In Tirol und Salzburg waren die Tourismusbetriebe sowohl im Winter als auch im Sommer erfolgreich; auch in Vorarlberg erzielten sie in beiden Saisonen Nachfragezuwächse, wenngleich diese etwas schwächer ausfielen (Übernachtungen im Jahr 2002 +0,6%). In Kärnten stützte sich die Entwicklung wegen des Schneemangels südlich des Alpenhauptkamms nur auf eine gute Sommersaison. Allerdings kamen die Erfolge hier weniger durch einen Qualitätstourismus zustande, wie die relativ geringe Steigerung der Einnahmen zeigt.

Etwas unter dem Österreich-Durchschnitt lagen die Jahresergebnisse im Burgenland (Übernachtungen +1,3%) und der Steiermark (+0,9%), obwohl in beiden Bundesländern im Winter ein gutes Ergebnis verzeichnet wurde. In Wien, Ober- und Niederösterreich reagierte die Nachfrage bereits auf die Konjunkturverschlechterung und nahm ab. In Oberösterreich brachte die Wintersaison dank guter Schneebedingungen Zuwächse, die Sommersaison verlief aber nicht so günstig, wie die Tendenz zu traditionelleren Urlaubsstilen hätte erwarten lassen. Überdies wurden die Urlaubsregionen in Oberösterreich wie in Niederösterreich von der Hochwasserkatastrophe vom August 2002 stark in Mitleidenschaft gezogen (Übernachtungen im Jahr 2002 -1,7%). Neben der Beeinträchtigung der Sommersaison wurden in Niederösterreich auch im Winter Rückgänge gemeldet. Das Jahresergebnis (Übernachtungen -3,9%) fiel erheblich schlechter aus als in Wien (-0,6%), dessen Tourismussektor im gesamten Jahresverlauf von der Flaute im internationalen Städtetourismus betroffen war.

In der Wintersaison 2001/02 wurde der Trend zu Sonnenzielen in Übersee durch die Verunsicherung unmittelbar nach den Terroranschlägen vom September 2001 unterbrochen. Die Umlenkung zu traditionellen Wintersportangeboten kam der österreichischen Hotellerie spürbar zugute. In Österreich war die Zahl der Übernachtungen um 1,6% und jene der Ankünfte um 2,3% höher als im Vorjahr. Die größten Zuwächse kamen von der Nachfrage der Ausländer (Übernachtungen +2,3%), während Inländer heimische Angebote zwar ebenfalls verstärkt in Anspruch nahmen

**Rückkehr zu traditionellen Urlaubsstilen begünstigt intensive Tourismusregionen**

*Intensive Tourismusregionen und auf Gesundheitsangebote spezialisierte Gebiete waren die hauptsächlichsten Gewinner des durchaus zufriedenstellenden Tourismusjahres 2002. So verzeichneten Tirol und das Burgenland sowohl im Winter als auch im Sommer relativ hohe Zuwächse der Gästeübernachtungen. In der Steiermark entwickelten sich die Gästeankünfte in beiden Saisonen günstig. Salzburg verzeichnete eine sehr gute Winter-, Kärnten eine erfolgreiche Sommersaison. Die Flaute im internationalen Städtetourismus beeinträchtigte die Wiener Hotellerie. In Nieder- und Oberösterreich litt der Tourismus in der Sommersaison unter den Folgen der Hochwasserkatastrophe.*

**Gute Wintersaison 2001/02 für Wintersportgebiete in mittlerer Höhenlage**

(Ankünfte +2,0%), aber deutlich kürzer blieben, sodass sich ihre Nächtigungsbilanz nicht weiter verbesserte (-0,4%). Die Umschichtung von Flugurlaubsreisen zu Schiurlauben zeigte sich auf nahezu allen traditionellen Märkten (z. B. Niederlande, Italien, Frankreich, Schweiz); lediglich die Zahl der Nächtigungen deutscher Gäste überschritt das hohe Niveau des Vorjahres nur noch leicht (+0,8%). Erwartungsgemäß brach die Nachfrage aus wichtigen Überseeländern (USA, Japan) empfindlich ein, während Urlauber aus Osteuropa ihren Nachholbedarf auch in österreichischen Wintersportgebieten deckten.

#### Übersicht 6: Tourismus in der Winter- und Sommersaison

	Insgesamt		Ankünfte			Insgesamt		Übernachtungen		
	Insgesamt	Inländer	Insgesamt	Ausländer	Andere	Insgesamt	Inländer	Insgesamt	Ausländer	Andere
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
<i>Winterhalbjahr (November 2001 bis April 2002)</i>										
Wien	- 1,1	+ 0,7	- 1,7	- 2,3	- 1,4	- 0,4	+ 1,0	- 0,7	- 1,0	- 0,6
Niederösterreich	- 1,4	- 2,6	+ 0,7	- 4,8	+ 3,8	- 4,7	- 5,6	- 2,3	- 9,6	+ 2,8
Burgenland	+ 5,1	+ 5,1	+ 4,9	+ 5,8	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 4,7	+ 4,2	+ 5,6
Steiermark	+ 4,1	+ 4,8	+ 2,6	+ 1,9	+ 3,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,4	+ 0,7	+ 5,0
Kärnten	- 2,0	- 5,5	+ 0,7	- 0,2	+ 1,7	- 1,3	- 3,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,5
Oberösterreich	+ 3,6	+ 6,1	- 1,1	- 0,1	- 2,4	+ 0,7	+ 1,9	- 1,5	- 1,3	- 2,0
Salzburg	+ 4,9	+ 3,4	+ 5,6	+ 5,1	+ 6,3	+ 4,3	+ 1,2	+ 5,4	+ 4,2	+ 7,6
Tirol	+ 2,2	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,6	+ 5,8	+ 1,6	- 2,0	+ 1,9	± 0,0	+ 5,5
Vorarlberg	+ 2,5	- 1,2	+ 3,1	+ 1,9	+ 7,0	+ 1,0	- 5,7	+ 1,7	+ 0,6	+ 5,0
Österreich	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,6	- 0,4	+ 2,3	+ 0,8	+ 4,8
<i>Sommerhalbjahr (Mai bis Oktober 2002)</i>										
Wien	- 3,4	+ 1,1	- 4,4	+ 1,8	- 6,4	- 2,8	+ 4,2	- 4,1	+ 1,4	- 6,0
Niederösterreich	- 2,6	- 4,2	- 0,7	- 5,4	+ 4,9	- 4,4	- 5,9	- 1,8	- 6,2	+ 4,9
Burgenland	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,4	+ 9,2
Steiermark	+ 3,2	+ 1,6	+ 7,0	+ 7,5	+ 6,4	+ 0,4	- 1,7	+ 4,9	+ 3,8	+ 7,2
Kärnten	+ 4,7	+ 1,2	+ 7,4	+ 7,9	+ 6,5	+ 3,9	+ 1,0	+ 5,6	+ 5,2	+ 6,7
Oberösterreich	- 2,4	- 1,8	- 3,0	- 0,9	- 6,5	- 2,4	- 3,6	- 0,9	+ 0,5	- 4,2
Salzburg	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 5,3	- 3,7	+ 1,5	- 2,3	+ 2,7	+ 3,6	+ 1,2
Tirol	+ 4,4	+ 2,2	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,2	+ 2,1	+ 4,4	+ 3,3	+ 6,2
Vorarlberg	+ 4,4	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,7	+ 0,9	- 3,3	+ 1,6	+ 0,3	+ 5,3
Österreich	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 4,0	- 0,2	+ 1,6	- 1,3	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Begünstigt war die Wintersaison durch eine ausgezeichnete Schneelage nördlich des Alpenhauptkamms zur Weihnachtszeit. Andererseits dämpfte der frühe Ostertermin die Geschäftsergebnisse in höheren Schigebieten durch die Verkürzung der Saison. Diese Kombination an äußeren Faktoren kam insbesondere den Wintersportgebieten Salzburgs zugute, welche die schnee- und katastrophengebunden (Seilbahnunglück Kaprun) Rückschläge des Vorjahres überwandten und die weitaus höchsten Nächtigungszuwächse erzielten (Übernachtungen +4,3%). Das Wachstum konzentrierte sich auf die Bezirke St. Johann im Pongau und Zell am See (Übernachtungen jeweils über +4%). In Tirol und Vorarlberg war der Tourismus stärker durch den frühen Ostertermin beeinträchtigt – die Nachfrage der Inländer war rückläufig, und ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer sank deutlich. Vor allem westlich des Stubaitales war das Wachstum großteils nicht mehr so hoch wie etwa im niedriger gelegenen Tiroler Unterland. Die Zahl der Ankünfte war aber in beiden Bundesländern um etwas mehr als 2% höher als im Vorjahr. Dies ist in Tirol umso bemerkenswerter, als bereits im Vorjahr ein Rekordergebnis (das beste Ergebnis seit 10 Jahren) erzielt worden war. Im Winter 2001/02 bestätigte sich neuerlich, dass südlich des Alpenhauptkamms das Schneerisiko tendenziell höher ist. Das drückte vor allem die Frühwinterergebnisse in Kärnten (Übernachtungen in der Wintersaison -1,3%).

Außerhalb der alpinen Gebiete wurden hohe Zuwächse in jenen Regionen verzeichnet, die sich auf moderne Produkte im Wellness- und Gesundheitstourismus spezialisiert haben. Ihre Angebote richteten sich vorwiegend an eine urbane, aber inländische Kundenschicht, sodass ihre Dynamik kaum auf die genannten internationalen Sonderfaktoren, sondern auf die Tatsache zurückgeht, dass diese Regionen

**Weiterhin Wachstum in  
auf Wellness spezia-  
lisierten Regionen**

mit ihren Angeboten zu Kurz- und Mehrfachurlauben den derzeitigen Trends optimal entsprechen.

Davon profitierten insbesondere die Qualitätsbetriebe im Burgenland (Übernachtungen insgesamt +2,1%) und in der Steiermark (+2,0%). In beiden Bundesländern verläuft der Strukturwandel zum Qualitätstourismus besonders rasch, in der Steiermark etwa sank der Anteil gewerblicher Billigquartiere am Nächtigungsvolumen innerhalb von nur 10 Jahren von 20,8% auf zuletzt 8,8%. Auch die Einnahmenschätzungen bestätigen diesen Trend.

Ober- und Niederösterreich stehen in Konkurrenz zu den südöstlichen Thermengebieten. In Oberösterreich steigerten vor allem weniger gut mit Wintersportinfrastruktur und Qualitätshotellerie erschlossene Schigebiete ihr Ergebnis (Bezirk Gmunden +2,1%, Bezirk Rohrbach +23,5%); hier hatten auch die Billigquartiere an der Expansion teil. Im Gegensatz zu Oberösterreich (Übernachtungen +0,7%) konnten in Niederösterreich einige Schigebiete (-4,7%) die gute Schneelage nicht in Zuwächse umsetzen (Nächtigungen im Bezirk Neunkirchen -5,6%). Überdies erfassten die Nachfrageausfälle im Wien-Tourismus auch Niederösterreich (Bezirk Wien-Umgebung -1,9%).

Der Einbruch im Flugpauschaltourismus und seine Folgen für internationale Städtereisen machten sich auch in Wien bemerkbar (Nächtigungen -0,4%). Das Ausbleiben der Flugtouristen aus Übersee betraf vor allem die Wiener Luxushotels (Übernachtungen -2,1%), während die Mittelklassehotels vom Zustrom der Buspauschalreisenden aus dem näheren Ausland profitierten (+5,8%). Hingegen wurden in den gewerblichen Billigquartieren Wiens (-19,4%) die Bettenkapazitäten offenbar verringert.

In der Sommersaison 2002 gewann der österreichische Tourismus besonders deutlich im Ausland. Die Unternehmen nutzten den Vorteil der geographischen Nähe zu wichtigen europäischen Absatzmärkten. Dadurch wurde der langjährige Trend rückläufiger Nachfrage unterbrochen. Die Zahl der Übernachtungen nahm im Vorjahresvergleich um 1,6% und jene der Ankünfte um 1,5% zu. Wegen der relativ großen Bedeutung der Haupturlauber ging die Aufenthaltsdauer entgegen dem langjährigen Trend nicht zurück. Das Aufleben traditioneller Urlaubsinteressen brachte zudem keinen Rückfall in den Bemühungen um Qualitätsverbesserungen. Die Nächtigungszuwächse wurden großteils in den Komfortbetrieben erzielt, insbesondere in der Luxus-kategorie (Nächtigungen in A-Hotels +3,8%). Dagegen wurden einfache Unterkünfte weniger nachgefragt als im Vorjahr (Kategorie C/D -3,4%, Privatquartiere -3,8%). Entsprechend den Umlenkungseffekten kam das Wachstum auf den traditionellen Herkunftsmärkten im EU-Raum zustande, während die Nachfrage von Gästen aus Großbritannien und Übersee nicht nur wegen der Krise im Flugtourismus, sondern auch durch die Aufwertung des Euro stark rückläufig war.

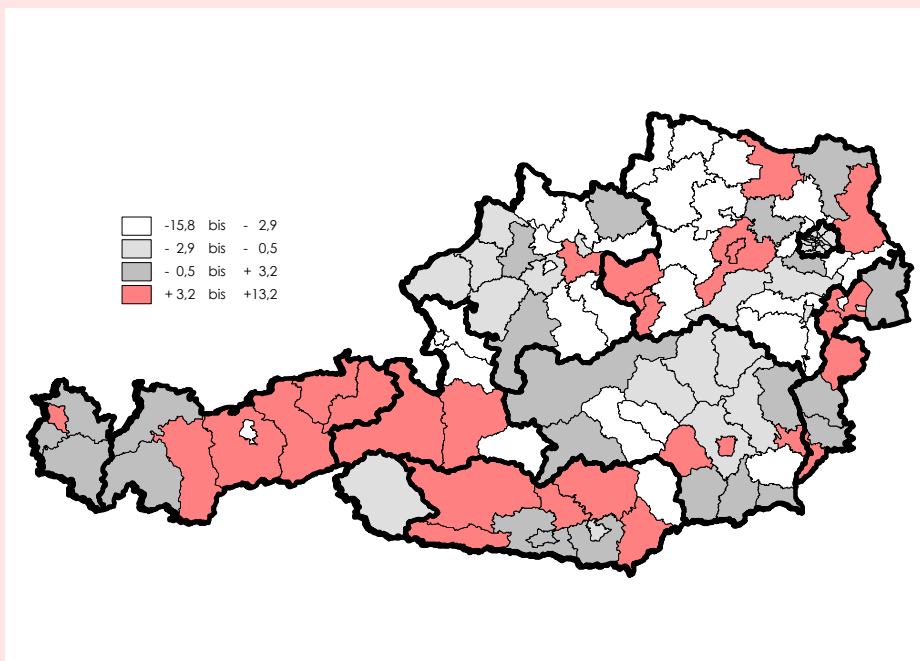
Bei unveränderten konjunkturellen Rahmenbedingungen schwankte auch das regionale Muster im Jahresverlauf kaum. Eine Polarisierung der Entwicklung machte einen Wachstumsschwerpunkt im Westen Österreichs deutlich. Die größten Nächtigungszuwächse verzeichneten die Tourismusunternehmen in Tirol (Nächtigungen +4,2%) und Kärnten (+3,9%), somit in jenen Bundesländern, die jeweils prototypisch für Wander- bzw. Badeurlaub stehen. In beiden Bundesländern nahm die Zahl der Übernachtungen in den meisten Bezirken zu. In Tirol bildeten nur die Bezirke Innsbruck-Stadt (eine wichtige Städtereisedestination) und Lienz, in Kärnten nur die Wörthersee-Region (Klagenfurt-Stadt und Klagenfurt-Land) sowie das Lavanttal eine Ausnahme.

Deutlich schwächer fiel das Wachstum in Salzburg (Übernachtungen +1,5%) und Vorarlberg (+0,9%) aus. Allerdings entwickelte sich in Vorarlberg die Zahl der Ankünfte relativ günstig (+4,4%), sogar die Privatquartiere meldeten eine Verbesserung (+1,8%). Offenbar entschlossen sich deutsche Nachfrager (insbesondere Gäste aus Süddeutschland sind die weitaus wichtigste Gästeschicht) kurzfristig zu einem kürzeren Aufenthalt in Vorarlberg (Aufenthaltsdauer der Deutschen -3,9%). In Salzburg blieben vor allem die vom internationalen Städtetourismus geprägten Angebote der Landeshauptstadt (einschließlich der Umgebung) und der Lungau zurück.

### Erfolgreiche Sommersaison in Kärnten und Tirol

Abbildung 2: Übernachtungen im Sommerhalbjahr 2002

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

In den Bundesländern mit überwiegend extensivem Tourismus ergaben sich dort Zuwächse, wo Gesundheits- und Wellness-Urlaube angeboten werden. Dabei erzielte das Burgenland (+1,8%) deutlich höhere Nächtigungsgewinne als die Steiermark (+0,4%). Zieht man allerdings das Wachstum der Gästeankünfte als Indikator heran, dann sind die Unterschiede erheblich geringer (Burgenland +3,6%, Steiermark +3,2%). In der Steiermark ist ein viel geringerer Teil des Tourismussektors als im Burgenland auf den Wellness spezialisiert (Alpenvorland-Hügelland); in den Wandergebieten der Obersteiermark, welche überwiegend von Inländern aufgesucht werden, ging die Zahl der Nächtigungen zurück (ausgenommen Bezirk Murau).

Ertragseinbußen verzeichneten im Sommer 2002 Wien (Nächtigungen -2,8%), Nieder- und Oberösterreich (-4,4% bzw. -2,4%). In Wien stand der Sektor unter dem Eindruck der Flaute im internationalen Städtetourismus, die Nachfrage entwickelte sich hier so ungünstig wie zuletzt 1993. Rückgänge meldeten vor allem die Betriebe des gehobenen Standards, sie beherbergten weniger Gäste aus dem Ausland ohne Deutschland – diese Gruppe macht in Wien fast zwei Drittel der Gesamtnachfrage aus.

In Nieder- und Oberösterreich richteten sich die Angebote grundsätzlich stärker auf den inländischen Gast aus, der seine Nachfrage relativ deutlich einschränkte (Nächtigungen -5,9% bzw. -3,6%). Viele Bezirke meldeten Nächtigungsrückgänge, insbesondere Tourismuszentren in den Alpen (einschließlich Salzkammergut), im Wald- und Mühlviertel. Tendenziell günstiger war die Nachfrageentwicklung im ober- und niederösterreichischen Alpenvorland sowie im Weinviertel (durchwegs keine Gebiete mit starkem Tourismusaufkommen). Beide Bundesländer erzielten auch in der Luxus-kategorie (sie ist vor allem in Oberösterreich unterrepräsentiert) keine Nächtigungsgewinne; die Umschichtung zugunsten des Qualitätstourismus drückte sich hier in erheblich größeren Verlusten der Billigquartiere aus. Das ist teilweise auch eine Folge der Hochwasserkatastrophe vom August. In der zweiten Saisonhälfte verschlechterten sich die Tourismusergebnisse erheblich (Übernachtungen Niederösterreich -6,9%, Oberösterreich -5,0%). Auch der Radtourismus in der Donauregion, der in den vorangegangenen Jahren expandiert hatte, war rückläufig.

**Flaute im Städte-tourismus und Hochwasserschäden beeinträchtigen Sommer-saison im Donauraum**

**Nachfrage auf dem  
Arbeitsmarkt  
schrumpft mit  
fortschreitender  
Konjunktur-  
abschwächung**

Die Konjunkturabschwächung wirkte sich auf den österreichischen Arbeitsmarkt nicht nur in einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, sondern nach einiger Verzögerung auch in einem Rückgang der Beschäftigung aus. Im Jahr 2002 verringerte sich die Beschäftigung erstmals seit 1996, die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten (ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld und ohne Präsenzdienst) war um 14.600 oder 0,5% niedriger als im Vorjahr. Die Arbeitsplatzverluste betrafen insbesondere Männer (-1,0%), während die Beschäftigung von Frauen noch geringfügig zunahm (+0,2%). Frauen finden vor allem in Dienstleistungsberufen Arbeit; dabei nehmen atypische Beschäftigungsverhältnisse zu. Sowohl Teilzeit- als auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden überwiegend mit Frauen abgeschlossen.

Übersicht 7: Entwicklung der Beschäftigung nach Angebotssegmenten 2002

	Insgesamt Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld und ohne Präsenzdienst Absolut	Unselbständig Beschäftigte Veränderung gegen das Vorjahr in %				Inländer
		Männer	Frauen	Ausländer	Inländer	
Wien	741.193	- 1,8	- 2,0	- 1,6	+ 0,1	- 1,5
Niederösterreich	504.061	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,5	+ 0,2
Burgenland	80.377	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,1	+ 6,2	+ 1,8
Steiermark	421.317	- 0,5	- 1,2	+ 0,5	+ 1,8	+ 0,1
Kärnten	187.237	- 0,5	- 1,5	+ 0,7	+ 2,1	- 0,0
Oberösterreich	526.598	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,7
Salzburg	210.833	+ 0,6	- 0,2	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,9
Tirol	261.282	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,8	+ 9,3	+ 0,8
Vorarlberg	130.614	+ 0,1	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,3
Österreich	3.063.512	- 0,5	- 1,0	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 8: Entwicklung der Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen 2002

	Land- und Forstwirtschaft, Energieversorgung	Sachgütererzeugung und Bergbau	Bauwesen	Marktorientierte Dienstleistungen			Öffentliche Dienstleistungen
				Insgesamt	Handel	Realitätenwesen	
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Wien	- 0,8	- 7,3	- 4,8	- 0,1	- 2,9	+ 3,3	- 2,0
Niederösterreich	+ 2,3	- 2,0	- 2,7	- 0,9	- 1,1	+ 0,1	+ 1,0
Burgenland	+ 10,0	+ 0,0	- 3,3	+ 3,1	+ 3,3	+ 5,2	+ 1,4
Steiermark	- 10,8	- 1,7	- 3,8	+ 0,5	- 1,0	+ 6,1	+ 1,0
Kärnten	- 1,7	- 3,9	- 2,5	+ 0,6	- 0,1	+ 3,9	+ 1,1
Oberösterreich	+ 0,9	- 1,1	- 2,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,8	+ 0,9
Salzburg	- 1,1	- 1,8	- 1,1	+ 1,9	+ 0,4	+ 13,2	+ 0,4
Tirol	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5
Vorarlberg	+ 1,1	- 2,1	- 2,3	+ 1,5	+ 1,0	+ 7,8	+ 1,6
Österreich	- 1,2	- 2,4	- 2,8	+ 0,5	- 0,6	+ 3,8	+ 0,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Mit Fortdauern der Konjunkturflaute ging die Arbeitskräftenachfrage in einem relativ großen Teil der Wirtschaft zurück, die Verringerung der Beschäftigung betraf mehr Sektoren als im Vorjahr: neben der Bauwirtschaft (-2,8%) und der Sachgüterproduktion (-2,4%) nun auch einige Dienstleistungsbereiche. Die Schwäche der Inlandsnachfrage wirkte sich auf den Handel aus (Beschäftigung -0,6%). Die Verwaltungsreform des Staates und die Strukturanpassung im Bereich der Postdienste schlugen sich in einer ungünstigen Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst (+0,2%) sowie im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung nieder (-1,8%). Zusätzliche Arbeitsplätze wurden im öffentlichen Sektor in erster Linie im Gesundheits- und Sozialwesen (+2,3%) sowie im Unterrichtswesen (+1,3%) geschaffen. Die größten Zuwächse ergaben sich weiterhin im Bereich der Wirtschaftsdienste, wenngleich in einem geringeren Ausmaß als in den Vorjahren (+3,8%). Wegen des relativ guten Verlaufs im

Tourismus fragten auch die Unternehmen des Beherbergungs- und Gaststättenwesens zusätzliche Arbeitskräfte nach (+1,8%).

Insgesamt entwickelte sich die Beschäftigung im Westen Österreichs günstiger als im Süden und Osten; eine Ausnahme bildet hier das Burgenland. Die regionale Verteilung spiegelt in erster Linie das regionale Konjunkturmuster und kaum Sektoreinflüsse wider. Insbesondere in Bundesländern mit Beschäftigungszunahmen lässt sich das Ergebnis nicht auf einzelne besonders expansive Wirtschaftsbereiche zurückführen; vielmehr schnitten dort mehrere Sektoren besser ab als im Österreich-Durchschnitt.

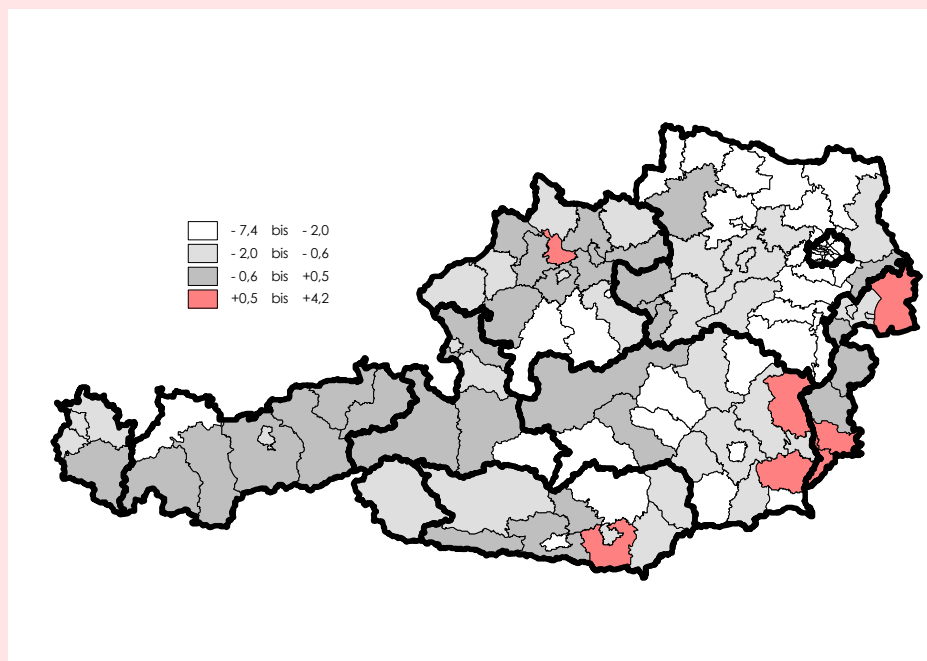
Die höchste Beschäftigungsdynamik unter allen Bundesländern verzeichnete das Burgenland (+1,5%). Nur im Bauwesen wurden Arbeitskräfte abgebaut (-3,3%), während in der Sachgüterproduktion der Stand des Vorjahres gehalten wurde und die marktorientierten Dienstleistungen besonders stark expandierten (+3,1%). Im Westen verlief die Entwicklung in Tirol am günstigsten (+1,2%), hier gingen auch im Bauwesen und in der Sachgüterproduktion keine Arbeitsplätze verloren. Tirol profitierte zudem als wichtigste Tourismusregion vom hohen Arbeitskräftebedarf im Gaststätten- und Beherbergungswesen (+3,7%), der teilweise auf den Handel ausstrahlte. Auch in der öffentlichen Verwaltung wurden in Tirol (wie im Burgenland und in Vorarlberg) relativ viele Arbeitskräfte eingestellt (+1,5%).

### Beschäftigungs- entwicklung der Bundesländer folgt weitgehend dem Konjunkturmuster

Mit anhaltender Konjunkturschwäche stieg die Arbeitslosigkeit 2002 weiter, und die Beschäftigung ging erstmals seit 1996 zurück. Das Muster der Beschäftigungsentwicklung ging parallel mit der regionalen Konjunktur: In den westlichen Bundesländern (insbesondere in Tirol) und im Burgenland erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten, während im Osten und Süden Arbeitsplätze abgebaut wurden. Besonders viele Stellen gingen in den Großstadregionen und in den Mittelstädten verloren.

Abbildung 3: Unselbständig Beschäftigte

Juli 2002, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Zusätzliche Arbeitsplätze wurden auch in Salzburg geschaffen (+0,6%), während die Zahl der unselbständig Beschäftigten das Vorjahresniveau in Vorarlberg (+0,1%) und Oberösterreich (+0,1%) nur geringfügig überstieg. In Salzburg entwickelte sich der besonders große Sektor der marktorientierten Dienste (fast die Hälfte der Beschäftigten) sehr gut (+1,9%). Das gilt insbesondere für die Wirtschaftsdienste (+13,2%). Auch in Vorarlberg nahm die Zahl der Beschäftigten in den (privaten und öffentlichen) Dienstleistungen überdurchschnittlich zu. In diesem der Industrie geprägten Bundesland gingen aber viele Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion verloren (-2,1%). Auch Oberösterreich war von Freisetzungen in der Sachgüterproduktion betroffen; wegen des großen Gewichts der Industrie wirkten sich die insgesamt mäßigen Arbeitsplatzverluste (-1,1%) stark auf die gesamte Beschäftigung aus. Die Abschwächung der Industriekonjunktur übertrug sich auf die Dienstleistungen – insbesondere in den Wirtschaftsdiensten kamen in Oberösterreich nur wenige Arbeitsplätze hinzu.

In Kärnten, der Steiermark und Niederösterreich entsprachen die Beschäftigungseinbußen etwa dem Österreich-Durchschnitt. In Kärnten wurde der erhebliche Rückgang in der Sachgüterproduktion (-3,9%) nicht durch eine Zunahme im Dienstleistungsbereich ausgeglichen, obwohl im Beherbergungs- und Gaststättenwesen relativ viele zusätzliche Arbeitskräfte nachgefragt wurden. Auch in der Steiermark benötigten die Tourismusbetriebe mehr Arbeitskräfte als im Vorjahr, andererseits gingen überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze im Bauwesen und im Handel verloren.

Die ungünstige Entwicklung von Niederösterreich (-0,7%) streut relativ breit über die Sektoren: Neben den Verlusten im sekundären Sektor, die etwa dem Österreich-Durchschnitt entsprachen, ging die Beschäftigung auch in den marktorientierten Dienstleistungen zurück (-0,9%). In Niederösterreich könnten die positiven Umlandeffekte der seit Jahren beobachteten Abwanderung von Dienstleistungseinrichtungen aus Wien abgeebbt sein. Möglicherweise reagierten die Investoren auf die Schwäche der Inlandsnachfrage und warten mit einer weiteren Auslagerung von Dienstleistungsbetrieben ins Umland ab. Die Beschäftigung entwickelte sich im niederösterreichischen Handel nicht mehr gegenläufig zu Wien. Zudem war Niederösterreich das einzige Bundesland, in dem die Zahl der Arbeitsplätze in den Wirtschaftsdiensten nicht expandierte (+0,1%).

Ungünstiger als in allen anderen Bundesländern und auch schlechter als in den letzten zwanzig Jahren entwickelte sich die Beschäftigung in Wien (-1,8%). Empfindlichen Einbußen im sekundären Sektor (Sachgüterproduktion -7,3%, Bauwesen -4,8%) stand keine ausreichende Zusatznachfrage aus den Dienstleistungen gegenüber. Im öffentlichen Sektor wurden 2,0% der Arbeitsplätze abgebaut, und im Bereich der marktorientierten Dienstleistungen stagnierte die Beschäftigung.

Nach Bezirken wird die Beschäftigung jeweils nur im Juli eines Jahres erhoben; sie ist deshalb durch ein Saisonmuster verzerrt. 2002 schlug der relativ gute Verlauf im Tourismus besonders durch. In der Folge entwickelte sich die Beschäftigung in den vom Tourismus geprägten Regionen (intensive Tourismusregionen, touristische Randgebiete) am günstigsten. Nur hier wurde zwischen Juli 2002 und Juli 2001 kein Rückgang verzeichnet. Abgeschwächt wird der statistische Einwand allerdings dadurch, dass sich diese Regionen auf den Westen Österreichs konzentrieren, wo der Verlauf auch im Jahresdurchschnitt auf der Bundesländerebene am günstigsten war.

**Erhebliche Beschäftigungseinbußen in den großen Stadtregionen**

Übersicht 9: Entwicklung der Beschäftigung nach Wirtschaftsregionen

Juli 2002, Veränderung gegen das Vorjahr in %

	Insgesamt	Unselbständig Beschäftigte			Inländer
		Männer	Frauen	Ausländer	
Humankapitalintensiv	- 1,6	- 0,7	- 2,7	- 4,2	- 1,3
Metropole	- 1,9	+ 0,6	- 4,6	- 6,5	- 1,4
Großstädte	- 1,3	- 1,6	- 1,1	- 0,7	- 1,1
Umland	- 1,2	- 0,8	- 1,8	- 4,1	- 1,8
Mittelstädte	- 2,0	- 2,4	- 1,4	- 3,6	- 1,4
Sachkapitalintensiv	- 0,6	- 0,3	- 1,0	- 4,0	- 0,3
Intensive Industrieregionen	- 0,9	- 0,3	- 1,6	- 5,2	- 0,5
Intensive Tourismusregionen	+ 0,0	- 0,2	+ 0,3	- 1,7	+ 0,1
Ländlich	- 0,9	- 1,0	- 0,6	- 1,7	- 0,8
Extensive Industrieregionen	- 1,1	- 0,8	- 1,4	- 3,1	- 0,9
Touristische Randgebiete	+ 0,2	- 0,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,1
Industrialisierte Randgebiete	- 1,2	- 1,8	- 0,2	- 1,4	- 1,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Andererseits dürfte die Beschäftigung in den Regionen mit den besten Standortbedingungen (humankapitalintensive Regionen) am stärksten zurückgegangen sein. Insbesondere in den Mittel- und Großstädten (einschließlich Wiens) wurden relativ viele Arbeitsplätze abgebaut (zwischen -1,3% und -2,0%). Aber selbst in den Umlandregionen (-1,2%), die jahrelang sehr expansiv waren, wurde das Beschäftigungswachstum unterbrochen. Ähnlich rückläufig war der Indikator in den ländlichen Regionen, insbesondere im Wald- und Weinviertel wurden viele Arbeitskräfte abgebaut. Wenig

Dynamik zeigte sich auch in den intensiven und extensiven Industrieregionen; vor allem in den Industriegebieten entlang der Südachse (Wiener Becken, Mur-Mürz-Furche) gingen relativ viele Arbeitsplätze verloren.

Die Schwäche der Konjunktur und eine gleichzeitige Zunahme des Arbeitskräfteangebotes waren in erster Linie dafür verantwortlich, dass im Jahr 2002 die Arbeitslosigkeit am stärksten seit 1993 zunahm (+28.500). Die Arbeitslosenquote erreichte 6,9% (nach österreichischer Berechnung); für Männer (7,2%) war die Quote um 0,8 Prozentpunkte höher als für Frauen. Der Anstieg erreichte im Frühjahr (II. Quartal +19,2%) seinen Höhepunkt und schwächte sich vor allem gegen das Jahresende ab (IV. Quartal +6,4%).

### Zunahme der Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern

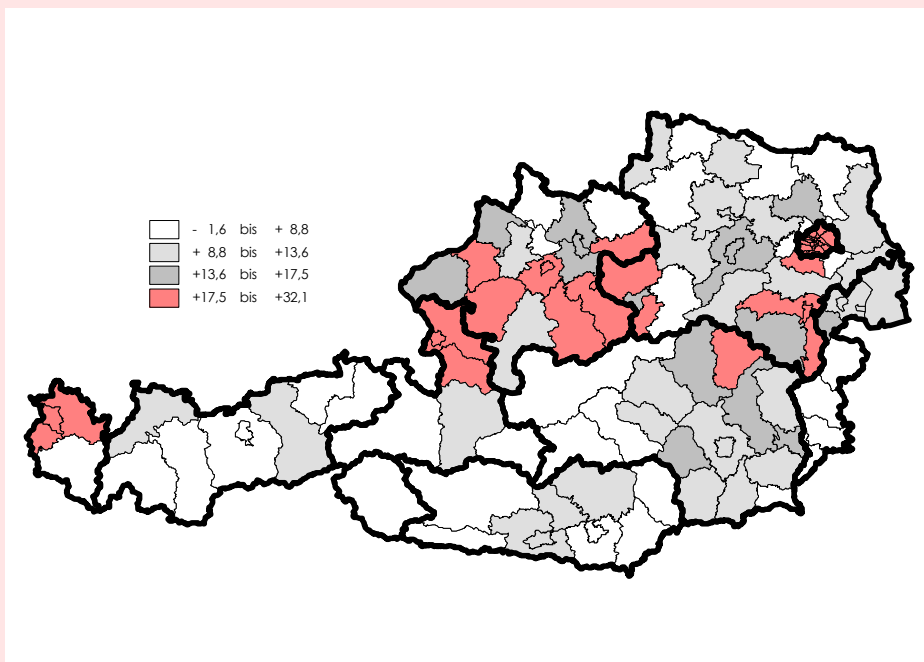
#### Übersicht 10: Arbeitslosigkeit 2002

	Arbeitslose				Arbeitslosenquote	
	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche	Insgesamt	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				In %	Veränderung gegen das Vorjahr in Prozentpunkten
Wien	+ 18,0	+ 18,2	+ 17,7	+ 22,6	9,0	+ 1,4
Niederösterreich	+ 12,5	+ 14,7	+ 9,5	+ 16,8	6,9	+ 0,7
Burgenland	+ 8,1	+ 11,1	+ 4,3	+ 11,1	8,6	+ 0,4
Steiermark	+ 11,8	+ 16,3	+ 6,1	+ 17,2	7,2	+ 0,7
Kärnten	+ 8,3	+ 13,1	+ 2,6	+ 12,5	8,2	+ 0,6
Oberösterreich	+ 16,2	+ 20,9	+ 10,8	+ 21,8	4,7	+ 0,6
Salzburg	+ 15,0	+ 16,9	+ 12,8	+ 19,7	4,9	+ 0,6
Tirol	+ 5,9	+ 7,8	+ 3,7	+ 10,7	5,3	+ 0,2
Vorarlberg	+ 22,8	+ 29,8	+ 16,1	+ 30,2	5,1	+ 0,8
Österreich	+ 14,0	+ 16,5	+ 10,7	+ 18,4	6,9	+ 0,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

#### Abbildung 4: Arbeitslosigkeit 2002

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen.

**Bei niedrigem Niveau tendenziell stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit im Westen**

Die Arbeitslosigkeit nahm in allen Bundesländern zu. Der regionale Verlauf wurde nicht nur von der Beschäftigung, sondern auch von der Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes beeinflusst. Der Anstieg war deshalb in den westlichen Bundesländern meist überdurchschnittlich, wenngleich die Arbeitslosenquote relativ niedrig blieb. Die höchste Arbeitslosenquote verzeichnet mittlerweile Wien.

Zur Zunahme des Arbeitskräfteangebotes trug zu einem Viertel die Steigerung der Ausländerzahl bei; erhöht wurde es auch durch neue Pensionsregelungen. Als Folge der Anhebung des Eintrittsalters für die vorzeitige Alterspension (um 1,5 Jahre) waren ältere Berufstätige überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. In der Folge konnten jüngere Arbeitskräfte nicht nachrücken, sodass auch die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen relativ kräftig stieg. Nach wie vor finden Geringqualifizierte schwerer einen Arbeitsplatz, allerdings werden zunehmend auch Höherqualifizierte arbeitslos.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erhöhte sich in jedem Bundesland, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Das für die Beschäftigungsentwicklung festgestellte West-Ost-Gefälle traf auf die Arbeitslosigkeit nicht zu: Tendenziell stieg die Arbeitslosigkeit im Westen stärker (ausgenommen Tirol), wenngleich die Arbeitslosenquote relativ niedrig blieb.

In Übereinstimmung mit dem Muster der Beschäftigungsentwicklung war die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Tirol (Jahresdurchschnitt +5,9%) und im Burgenland (+8,1%) am geringsten. Dort entwickelte sich die Beschäftigung so dynamisch, dass das zusätzliche Arbeitskräfteangebot nahezu integriert werden konnte. In beiden Bundesländern nahm die Arbeitslosigkeit in allen wichtigen Angebotssegmenten unterproportional zu. Dennoch war im Burgenland, wo die Saisonarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft eine Rolle spielt, die Arbeitslosenquote weiterhin ziemlich hoch (Jahresdurchschnitt 8,6%).

Wegen der geringen Zunahme des Arbeitskräfteangebotes fiel auch in Kärnten die Steigerung der Arbeitslosigkeit unterproportional aus (+8,3%). Ähnlich wie im Burgenland schlug sich die Saisonarbeitslosigkeit in einem relativen hohen Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenquote nieder (8,2%).

Übersicht 11: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftsregionen 2002

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	Insgesamt	Vorgemerkte Arbeitslose Männer	Frauen
Humankapitalintensiv	+ 16,5	+ 18,3	+ 13,9
Metropole	+ 18,0	+ 18,2	+ 17,7
Großstädte	+ 14,0	+ 17,5	+ 9,4
Umland	+ 13,5	+ 16,0	+ 10,0
Mittelstädte	+ 16,9	+ 21,4	+ 11,6
Sachkapitalintensiv	+ 11,4	+ 16,5	+ 6,7
Intensive Industrieregionen	+ 16,4	+ 21,5	+ 10,8
Intensive Tourismusregionen	+ 4,1	+ 8,3	+ 0,2
Ländlich	+ 9,0	+ 11,4	+ 5,4
Extensive Industrieregionen	+ 13,0	+ 15,1	+ 8,7
Touristische Randgebiete	+ 6,4	+ 8,2	+ 4,0
Industrialisierte Randgebiete	+ 5,7	+ 8,6	+ 1,7

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen.

Auch in der Steiermark und in Niederösterreich weitete sich das Arbeitskräfteangebot nur geringfügig aus, und damit nahm die Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich zu (+11,8%). Die Saisonarbeitslosigkeit spielt in diesen Bundesländern mit einem relativ hohen Anteil an ländlichen Regionen ebenfalls eine Rolle, im Jahresdurchschnitt war die Arbeitslosenquote deshalb relativ hoch (Steiermark 7,2%, Niederösterreich 6,9%).

Stärker als im Österreich-Durchschnitt nahm die Arbeitslosigkeit in Salzburg (+15,0%), Oberösterreich (+16,2%), Wien (+18,0%) und Vorarlberg (+22,8%) zu. In den westlichen Bundesländern wirkte sich dabei vor allem die Zunahme des Angebotes aus. Das gilt insbesondere für Salzburg und Vorarlberg. In Vorarlberg schwächte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegen Jahresende nicht entscheidend ab. Hingegen kam der Anstieg in Wien zum Jahreswechsel zum Stillstand. Der Rückgang der Beschäftigungsnachfrage entmutigt viele Berufstätige, sich am Erwerbsleben zu beteiligen (Arbeitskräfteangebot -0,3%). Wien war das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt (9,0%), obwohl die Saisonkomponente keine

besondere Bedeutung hat. In Wien machte die Arbeitslosenquote selbst im III. Quartal, wenn die Arbeitslosigkeit saisonbedingt tendenziell niedriger ist, 8,3% aus (Österreich 5,8%).

Nach Wirtschaftsregionen stimmt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit teilweise mit der Beschäftigungsentwicklung überein. Die höchsten Zunahmen der Arbeitslosigkeit verzeichneten die humankapitalintensiven Regionen (+16,5%), wobei neben Wien auch die Mittelstädte (+16,9%) besonders betroffen waren. In den humankapitalintensiven Regionen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit der Frauen am stärksten. Einen kräftigen Anstieg meldeten auch die intensiven Industrieregionen (+16,4%), insbesondere in den Zentralräumen von Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Davon waren Männer stark betroffen. Hingegen stieg die Arbeitslosigkeit in den vom Tourismus geprägten Regionen relativ gering (intensive Tourismusregionen +4,1%, touristische Randgebiete +6,4%). Abweichend von der relativ ungünstigen Beschäftigungsentwicklung nahm die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen weniger zu (insgesamt +9,0%), auch im Wald- und Weinviertel wurde der Arbeitsmarkt nicht überdurchschnittlich durch weitere Arbeitslose belastet.

### **Kräftige Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Wien und den Industriegebieten**

#### *Persistent Economic Weakness Had Greatest Impact on Eastern and Southern Austria – Summary*

Both internationally and in Austria, the year 2002 brought no turnaround of the sluggish economy. Growth once again was unsatisfactory. Viewed annually, real net output in Austria grew by just 0.6 percent. In regional terms, however, the development was highly divergent. The slump affected primarily eastern and southern Austria, whereas business picked up again in the western parts of Austria. There, the economy revived, of all times, in the second half of the year, at a time when the mood grew gloomy elsewhere and the economy lost much of its remaining buoyancy. In an unfavourable international climate, the companies in the west achieved market shares in manufacturing and tourism which helped stimulate other sectors of the economy. In 2002, the gross value added in the western parts of Austria was higher by 1.3 percent than in the previous year. Economic growth was particularly strong in Tyrol (+2.2 percent), with Vorarlberg (+1.6 percent) and Salzburg (+1.5 percent) similarly boosting their dynamics over 2001. The east (+0.3 percent) and south (+0.1 percent) were only marginally above stagnation, the only exception in the east being Burgenland with a clear growth rate of +1.2 percent. In Styria (+0.2 percent) and Vienna (+0.3 percent) the downturn did not arrive until the second half of the year. Lower Austria (+0.2 percent) and Carinthia (0.0 percent) experienced an unfavourable development throughout the year. Lower Austria recorded a major contraction towards year's end, and Carinthia remained in stagnation.

In 2002, the pace of the regional economy was once again mostly controlled by manufacturing, which performed sluggishly in the second half of the year. The downswing was triggered by international demand which lost much of its dynamism and could not counteract weak domestic demand. The regional pattern of the industrial business cycle did not follow demand conditions. The western regions, which export much into the EU and particularly to Germany, fared better even though their economic situation did not improve. The good production results were achieved thanks to the improved competitiveness at company level. Among manufacturers in the west, productivity and unit labour costs developed better than in the rest of Austria. In the east, only manufacturers in Burgenland achieved a good performance, whereas manufacturing turnover even declined in the south.

For the building sector, a very bad year was succeeded by a slight improvement solidified at a very low level. Regionally, the sector showed a highly variable performance. The energy sector overcame the stagnation of the previous year; growth concentrated on Tyrol and Vienna.

For the Austrian tourism industry, 2002 was quite a good year, in spite of unfavourable overall conditions (overnight stays +1.4 percent, revenues +4.2 percent). Austrian hotels gained market shares because efforts to improve the offer of top-quality operations were continued and potential customers were hesitant in their demand for air travel, preferring destinations that could be easily reached by car. Austria made the best of its locational advantage of having two neighbours (Germany, Italy) with a high propensity to travel. As a result, the winter sports centres in Salzburg and Tyrol did particularly well in the 2001-02 winter season. The good results were repeated in the summer season: demand by foreign guests was quite satisfactory, especially in Tyrol and along the lakes in Carinthia. In terms of domestic demand, the Länder specialising in modern health and wellness holidays (especially Styria and Burgenland) continued on their growth path. In Lower and Upper Austria, the flooding and attendant damage affected the summer season. International city tourism slowed down in response to the economic decline and the crisis in aviation tourism, with Vienna hit hardest by the effect.

Sustained economic weakness once again drove up unemployment (+14.0 percent in 2002) and made inroads on employment for the first time since 1996 (-0.5 percent exclusive of persons entitled to parental leave or child-care benefit and military service). The unemployment rate rose by 0.8 percentage points, and arrived at 6.9 percent as an annual average (calculated by the traditional method). Unemployment grew in all parts of Austria. The highest (average annual) rate was found in Vienna (9.0 percent), followed by Burgenland (8.6 percent) and Carinthia (8.2 percent), each of which is marked by high seasonal unemployment. In the western parts unemployment grew at an above-average rate, but the unemployment rates remained at a relatively low level (ranging from 4.7 percent in Upper Austria to 5.3 percent in Tyrol). Employment patterns more or less emulated the pattern of the business cycle. Employment gained in the western Länder and in Burgenland, whereas jobs were lost in the east and the south.

**Helmut Kramer  
Franz Sinabell  
(Projektleitung)**

## ■ Regionalpolitische Strategien für das Waldviertel

Das Waldviertel im Nordosten Österreichs an der Grenze zu Tschechien zählt zu den Gebieten mit ausgeprägten Strukturmachteilen: Ungünstige natürliche Bedingungen erschweren die landwirtschaftliche Produktion und die Entwicklung von attraktiven Tourismusangeboten. Lange Verkehrswege zu den Zentralräumen um Wien und Linz hemmen den Anschluss an dynamische Industriestandorte. Die über Jahrzehnte unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen zum nördlichen Nachbarn müssen erst aufgebaut und verstärkt werden.

In diesem Umfeld kommt der regionalen Standortpolitik eine wichtige Aufgabe zu. Durch Verbesserung der Infrastruktur, Ausbau der Bildungseinrichtungen und ein umfassendes Bündel von Programmen zur Stärkung des endogenen Wachstumspotentials wurden bereits vielfältige Maßnahmen gesetzt. Die vorliegende Studie liefert in einer integralen Sicht Ansatzpunkte für eine zukunftsorientierte Entwicklungsstrategie.

- **Perspektiven des Waldviertels: Status und strategische Überlegungen**

*Bisherige Tendenzen – Künftige Rahmenbedingungen – Regionalpolitische Schlussfolgerungen*

- **Demographische, qualifikationsspezifische und branchenspezifische Ausgangslage für den Arbeitsmarkt**

*Demographischer Hintergrund – Bildung und schulische Infrastruktur – Charakteristika des Arbeitsmarktes – Einkommen unter dem niederösterreichischen Durchschnitt – Die Rolle der Landwirtschaft als Übergangslösung nach einem Arbeitsplatzverlust*

- **Touristische Aspekte**

*Ausgangssituation – Entwicklungsperspektiven – Einschätzung*

- **Verkehrsinfrastruktur**

*Probleme – Maßnahmen*

- **Regionalpolitische Strategien für die Landwirtschaft**

*Ausgangssituation – Agrarpolitische Rahmenbedingungen und EU-Erweiterung – Perspektiven – Zusammenfassende Empfehlungen*

- **Perspektiven und Optionen des Waldviertels von innen**

[http://titon.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23922](http://titon.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23922)

Im Auftrag der Raiffeisen-Holding  
Niederösterreich-Wien • April  
2003 • 142 Seiten • 40,00 €,  
Download 32,00 €

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,  
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)

Daniela Kletzan, Thomas Url

## Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft

Die österreichische Siedlungswasserwirtschaft weist einen hohen Anschlussgrad der privaten Haushalte und der Betriebe an ein öffentliches Ver- und Entsorgungsnetz auf. Dadurch ist eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Wasser gewährleistet. Negative Umweltauswirkungen durch verunreinigtes Abwasser werden minimiert. Mit Ausnahme städtischer Großbetriebe und einiger großer Verbände zeichnet sich die Siedlungswasserwirtschaft durch eine dezentrale Struktur aus. Trotzdem ist das Ausmaß vertikaler Integration sehr hoch. Unter diesen Voraussetzungen bildet die Messung der Effizienz der Siedlungswasserwirtschaft einen neuen Forschungsbereich der empirischen Wirtschaftsforschung. Der vorliegende Beitrag ermittelt neben der rein technischen Effizienz der Versorger und Entsorger auch potentielle Größenvorteile. Die allokativen Effizienz der Betriebe wird unter Berücksichtigung der relativen Preise zwischen Produktionsmitteln geschätzt.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des im Auftrag des Jubiläumfonds der Oesterreichischen Nationalbank: Wilfried Puwein, Daniela Kletzan, Angela Köppl, Thomas Url, Nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen. Institutionelle und ökonomische Voraussetzungen (2002, 180 Seiten, 50,00 €, Download 40,00 €: [http://titel.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=23371](http://titel.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23371); Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)) • Begutachtung: Karl Aiginger, Franz Sinabell • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauningner, Alexandra Wegscheider • E-Mail-Adressen: [Daniela.Kletzan@wifo.ac.at](mailto:Daniela.Kletzan@wifo.ac.at), [Thomas.Url@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Url@wifo.ac.at)

Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser sind das Tätigkeitsgebiet der Siedlungswasserwirtschaft. In Europa werden diese beiden Dienstleistungen traditionell von der öffentlichen Hand, in erster Linie den Gemeinden, bereitgestellt. Die Gründe liegen in der besonderen Eigenschaft der Siedlungswasserwirtschaft als Dienstleister in der Daseinsvorsorge. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung weisen aufgrund des hohen Infrastrukturbedarfs in Form eines Leitungsnetzes Eigenschaften eines natürlichen Monopols auf, d. h. die Versorgung des Marktes erfolgt durch einen einzigen Anbieter kostengünstiger als durch mehrere Konkurrenten. In Verbindung mit der Erbringung der Ver- und Entsorgungsleistungen stehen jedoch auch andere Ziele wie der Gesundheitsschutz durch Bereitstellung hygienisch einwandfreien Wassers, der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft durch Reinigung der anfallenden Abwässer vor der Einleitung in Gewässer, Versorgungssicherheit und sozialpolitische Aspekte (sozial verträgliche Tarifgestaltung).

In den letzten Jahren waren die Siedlungswasserwirtschaft und ihre Organisation europaweit verstärkt Gegenstand von Diskussionen. Ausgelöst wurden diese einerseits durch die weitreichende Liberalisierung der ebenfalls leitungsgebundenen Energie- und Telekommunikationsmärkte sowie die Verhandlungen in Hinblick auf das General Agreement on Trade and Services (GATS), in denen die Rahmenbedingungen für den internationalen Handel mit Dienstleistungen festgelegt werden sollen.

In Hinblick auf die Liberalisierung der Leistungen der Siedlungswasserwirtschaft nimmt Österreich in Einklang mit der EU eine ablehnende Haltung ein<sup>1)</sup>. Während der Markt insbesondere in den Entwicklungsländern für europäische Dienstleistungsanbieter geöffnet werden soll, behält sich die EU vor, von ihrem Modell der weitgehend öffentlichen Erbringung der Leistungen der Daseinsvorsorge nicht abzugehen. Darüber hinaus steht es jedem Mitgliedstaat offen, selbst zu entscheiden, welche Dienstleis-

<sup>1)</sup> Siehe dazu etwa *Österreichische Bundesregierung* (2003).

tungen geöffnet werden sollen bzw. welche national durch die öffentliche Hand erbracht werden sollen.

Österreich hat mit der 1. kommunalen Abwasseremissionsverordnung (BGBl. Nr. 210/1996/i.d.F. BGBl. Nr. II 392/2000) und entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen die EU-Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (91/271/EWG) in nationales Recht umgesetzt. Diese Richtlinie enthält u. a. einen Zeitplan für den Ausbau von Abwasserkanalisationen und kommunalen Kläranlagen insbesondere in kleinen und mittleren Siedlungen<sup>2)</sup>. Der öffentliche Sektor strebt zudem in Österreich selbst eine integrierte Kreislaufwirtschaft im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft an, die einen entsprechenden Zwang zu Neuinvestitionen bewirkt. Allerdings steht dem hohen Finanzierungsbedarf für Infrastrukturausbau und -erhaltung der enger werdende finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand gegenüber. Deshalb werden auch eine stärkere Beteiligung des privaten Sektors im Rahmen von Public-Private-Partnership-Modellen oder Teilprivatisierungen ins Auge gefasst.

Die Kosteneffizienz der Siedlungswasserwirtschaft hat noch Steigerungspotential.

Die OECD weist in ihrer aktuellen Publikation "Improving Water Management" (OECD, 2003) darauf hin, dass die Kosteneffizienz in der Siedlungswasserwirtschaft der OECD-Länder noch ein großes Steigerungspotential bietet. Effizienzsteigerungen bzw. Kostensenkungen sind ein alternatives Instrument zur Finanzierung hoher Infrastrukturinvestitionen und somit ein Argument für die Schaffung von Wettbewerb um den Markt der Wasserdienstleistungen. Die dadurch frei werdenden Mittel können alternativ in Form einer Verbilligung an die Konsumenten weitergegeben werden.

Trotz der erwähnten Skepsis gegenüber einer Liberalisierung von Wasserdienstleistungen leitete das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz des bestehenden Systems ein. Zu erwähnen sind hier etwa eine Studie zur Entwicklung von Top-down-Ansätzen zur Umstrukturierung der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft (*PriceWaterhouseCoopers*, 2001), Benchmarking Projekte (z. B. *Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband*, 2001) oder im universitären Bereich die Arbeit von *Posch* (1999). Sie sollen Optimierungspotentiale auf der Ebene individueller Betriebe aufzeigen.

Benchmarking eignet sich als Instrument zur Leistungsverbesserung.

Insbesondere das Benchmarking gilt auch in der internationalen Praxis als geeignetes Instrument zur Leistungsverbesserung in der Siedlungswasserwirtschaft (siehe etwa *VEWIN*, 2001, *OFWAT*, 2002, *Schulz*, 2000, *Parena – Smeets – Troquet*, 2002). Benchmarking besteht zunächst in einem Vergleich von Kennzahlen mehrerer Betriebe für spezielle Produktionsprozesse (z. B. Abwassertransport, Abwasserreinigung, Schlammbehandlung). Die darauf folgende Analyse der Ursachen von Unterschieden zwischen den Kennzahlen der teilnehmenden Betriebe soll zur Entwicklung individueller Maßnahmen zur Leistungsverbesserung führen. Wichtig ist dabei, dass das Benchmarking als kontinuierlicher Prozess eingerichtet wird, der in regelmäßigen Abständen wiederholt wird.

Der vorliegende Beitrag beruht auf *Puwein et al.* (2002) und behandelt eine ähnliche Fragestellung auf Branchenebene. Ziel ist nicht die Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten für individuelle Ver- oder Entsorgungsbetriebe, sondern eine Bestandsaufnahme und das Ausloten des Potentials für Effizienzsteigerungen in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft über alle Betriebstypen und Betriebsgrößen hinweg, also auf dem Niveau der Gesamtbranche. Dadurch können das durchschnittliche Potential für Effizienzverbesserungen aufgezeigt, das Bestehen von Skalenerträgen nachgewiesen und die Abweichung von der kostenoptimalen Produktionsstruktur überprüft werden. Notgedrungen ist ein branchenorientierter Ansatz mit einer geringeren Analysetiefe verbunden, d. h. die Besonderheiten einzelner Betriebe werden unzureichend berücksichtigt. In einer zweiten Stufe erlaubt diese Vorgangsweise die Identifikation gemeinsamer Faktoren zur Erklärung der Effizienzunterschiede zwischen den Versorgern. Die geringere Tiefe der Analyse im Vergleich mit einem herkömmlichen Benchmarking-Ansatz ermöglicht allerdings eine bessere Einsicht in volkswirtschaftliche Fragestellungen.

<sup>2)</sup> Demnach sind bis 31. Dezember 2005 alle Gemeinden mit 2.000 bis 15.000 Einwohnern mit einer Kanalisation auszustatten.

Für die Bestandsaufnahme der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft führte das WIFO eine Fragebogenerhebung unter Betrieben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung durch. Die inhaltliche Gestaltung des Fragebogens sollte eine repräsentative Beschreibung der Siedlungswasserwirtschaft durch Leistungs-, Infrastruktur- sowie Wirtschaftsdaten ermöglichen.

Der folgende Abschnitt stellt einige Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme dar und geht dabei auf die Organisationsform der Betriebe in der Siedlungswasserwirtschaft, deren Leistungen bzw. den Leistungsumfang, die Größenstruktur der Betriebe sowie wirtschaftliche Aspekte des laufenden Betriebs ein.

Insgesamt wurden rund 1.600 Versorger und Entsorger angeschrieben. 280 Gemeinden und 52 Verbände im Bereich der Wasserversorgung sowie 180 Gemeinden und 148 Verbände im Bereich der Abwasserentsorgung haben den Fragebogen beantwortet, die Rücklaufquote erreichte 40,9%.

Die Gesamtmenge des abgegebenen Wassers entsprechend dieser Erhebung rund 350 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr; das entspricht etwa 50% der Trinkwasserversorgung Österreichs. Mit rund 3,7 Mio. Einwohnern wurden 48% der Gesamtbevölkerung berücksichtigt. Der durchschnittliche Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung beträgt in Einklang mit Statistiken des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft etwa 87% (<http://www.lebensministerium.at/wasser>).

Die Erhebung des entsorgten Abwassers erfasste mit 384 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr knapp 40% des in ganz Österreich anfallenden kommunalen Abwassers und mit rund 2,6 Mio. Einwohnern 34% der Gesamtbevölkerung. Der durchschnittliche Anschlussgrad an die öffentliche Abwasserentsorgung beträgt unter den antwortenden Betrieben etwa 81% (Österreich-Durchschnitt 86%; Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 2002).

Die Organisationsform der Betriebe in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unterscheidet sich danach, ob die Aufgaben durch die Gemeinde, einen Zweckverband oder durch sonstige (Genossenschaften, private Betriebe) erbracht werden. Für Gemeinden kann wiederum zwischen Regiebetrieben, Eigenbetrieben und Eigengesellschaften<sup>3)</sup> unterschieden werden.

Die Wasserversorgung wird zu 61% (gemessen an der Zahl der Betriebe) als Eigenbetrieb der Gemeinden ausgeführt. 13% erfolgen durch Verbände, 11% durch Regiebetriebe, 8% in Form einer Eigengesellschaft und 7% durch sonstige Versorger. Hingegen obliegt die Abwasserentsorgung zu 46% einem Verband und zu 44% einem Eigenbetrieb der Gemeinden. 5% erfolgen durch einen Regiebetrieb der Gemeinden, 3% durch eine Eigengesellschaft und 2% durch sonstige.

Für die Untersuchung der Leistungserbringung sind die relevanten Ver- und Entsorgungsleistungen zu definieren. Wasserversorger erbringen die Leistungen Wasserförderung, Wassertransport mit Zubringerleitungen, Lieferung an Endabnehmer mit Ortsleitungen und Verrechnung an die Endabnehmer. Analog dazu sind die relevanten Leistungen der Abwasserentsorgung die Abwassersammlung mit Ortskanälen, der Abwassertransport zwischen Ortsgebiet und Kläranlage, die Abwasserreinigung und die Verrechnung an die angeschlossenen Haushalte und Betriebe.

Die Analyse der Leistungserbringung in der Wasserversorgung zeigt, dass ein Großteil der Gemeinden (60%) alle vier Leistungen in ihrem Versorgungsgebiet selbst erfüllt und damit ein hohes Ausmaß an vertikaler Integration erreicht. 27% erbringen diese Leistungen für einen Teil der Gemeinde, die anderen Teile werden von anderen Gemeinden, Verbänden oder Genossenschaften versorgt. Lediglich in 13% der Fälle übernehmen die Gemeinden nur einen Teil der oben angeführten Leistungen; in fast allen Fällen umfasst dies die Lieferung an die Endabnehmer sowie die Verrechnung. Kooperation besteht in erster Linie in der Wasserförderung und im Transport. Die Wasserversorgungsverbände sind durchwegs in der Wasserförderung tätig. Die Erbrin-

<sup>3)</sup> Regiebetriebe sind weder rechtlich noch organisatorisch selbständig, sie sind vollständig in die allgemeine Verwaltung eingebunden. Eigenbetriebe verfügen über wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit, weisen jedoch keine eigene Rechtspersönlichkeit auf. Eigengesellschaften sind privatrechtliche Unternehmen im Eigentum von Gemeinden. Verbände wiederum sind ein Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zur Erfüllung der Aufgaben der Siedlungswasserwirtschaft (siehe auch *Fleischmann – Hackl*, 2000).

## Ergebnisse der Erhebung unter Wasserversorgern und Abwasserentsorgern Österreichs

### Organisationsformen in der Siedlungswasserwirtschaft

### Leistungserbringung und Kooperation in der Siedlungswasserwirtschaft

gung der anderen Leistungen unterscheidet sich danach, ob die Verbände das Wasser an ihre Mitgliedsgemeinden liefern, die selbst ein Verteilnetz im Ortsgebiet betreiben, oder ob sie direkt an Endverbraucher liefern und auch die Verrechnung durchführen.

Das verteilte Wasser stammt überwiegend aus Eigenförderung.

Bezüglich der Herkunft des Wassers wird zwischen Eigenförderung und Fremdbezug unterschieden. Rund drei Viertel der Versorger (Gemeinden und Verbände) verwenden ausschließlich Wasser aus Eigenförderung (78% der gesamten geförderten Wassermenge). 13% der Versorger geben sowohl Wasser aus Eigenförderung als auch aus Fremdbezug ab (19% der gesamten Wassermenge); auch hier ist der Anteil des eigengeförderten Wassers deutlich höher (das Verhältnis liegt bei 5 : 1). Weitere 10% der Versorger verteilen ausschließlich Wasser aus Fremdbezug; das entspricht jedoch nur 3% der Gesamtmenge.

Gemeinden und Verbände haben unterschiedliche Abnehmer für das Trinkwasser. Die Betriebe der Gemeinden liefern 95% des Wassers an Endverbraucher (Haushalte und Betriebe), 2% entfallen auf Werkseigenverbrauch, und lediglich 3% des Wassers werden an andere Gemeinden oder Verbände abgegeben. Verbände versorgen mit 53% des Wassers Mitgliedsgemeinden, die ihrerseits als Weiterverteiler fungieren; 46% des Wassers werden direkt an Endverbraucher abgegeben, 0,9% entfallen auf Werkseigenverbrauch und lediglich 0,1% des Wassers werden an andere Verbände oder Gemeinden abgegeben.

Wenig Kooperation in der Wasserversorgung

Die Kooperation zwischen einzelnen Wasserversorgern beschränkt sich demnach zum überwiegenden Teil auf einzelne Leistungskomponenten, in erster Linie den Wasserzukauf, und auch dieser ist wenig verbreitet. Vermutlich dient er überwiegend zur Abdeckung von Nachfragespitzen. Generell ist die Wasserversorgung sehr dezentral ausgerichtet, die Versorgungsgebiete der Gemeinden sind deutlich abgegrenzt. Die Wasserversorgung wird stark als Aufgabe der einzelnen Gemeinden angesehen, und eine Vernetzung zwischen Versorgern ist nur in geringem Maß gegeben.

In der Abwasserentsorgung erfüllen knapp drei Viertel der Gemeinden alle vier relevanten Leistungen in ihrem Entsorgungsgebiet eigenständig. Rund 25% der Gemeinden kooperieren mit einer anderen Gemeinde oder einem Abwasserentsorgungsverband, in erster Linie im Abwassertransport und der Abwasserreinigung – diese Gemeinden verfügen über keine eigene Kläranlage. Die Gemeinden selbst führen auch hier zum überwiegenden Teil die Abwassersammlung im Ortsgebiet sowie die Verrechnung mit den angeschlossenen Haushalten und Betrieben durch. Die Abwasserentsorgungsverbände verfügen – im Gegensatz zu den Wasserversorgungsverbänden – nur selten über ein Ortskanalnetz. Ihre Haupttätigkeiten liegen im Abwassertransport und im Betrieb von Kläranlagen.

Die untersuchten Einheiten entsorgen das Abwasser überwiegend selbst.

In der Abwasserentsorgung ist zwischen Eigenentsorgung und Fremdentsorgung zu unterscheiden. Rund 88% der Betriebe (Gemeinden und Verbände) entsorgen das anfallende Abwasser ausschließlich selbst; das entspricht einer Menge von 93% des Abwassers insgesamt. Die anderen Betriebe treten in Kooperationen mit anderen Gemeinden oder Verbänden ein.

Ein Großteil der Kooperationen in der Abwasserentsorgung besteht im Rahmen von Verbänden, die eine deutlich größere Rolle spielen als in der Wasserversorgung<sup>4)</sup>. Der hohe Finanzierungsaufwand für die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur (Kläranlagen- und Transportkanalbau) dürfte mit ein Grund sein, warum der Zusammenschluss von Gemeinden zu Verbänden in diesem Sektor häufiger ist. Gemeinden, die nicht Mitglied eines Verbandes sind, kooperieren zu etwa einem Viertel in der Abwasserreinigung mit anderen Entsorgern, da diese (kleineren) Gemeinden über keine eigenen Kläranlagen verfügen.

<sup>4)</sup> Entsprechend der Datenbasis, die für die Erhebung verwendet wurde, sind rund 860 Gemeinden Mitglied in einem Wasserversorgungsverband (37% aller Gemeinden), während rund 1.600 Gemeinden einem Abwasserverband angehören (70% der Gemeinden).

## Größenstruktur der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft

Die österreichische Siedlungswasserwirtschaft ist durch eine dezentrale Struktur geprägt, sie zeichnet sich durch Kleinräumigkeit und eine große Zahl beteiligter Unternehmen aus. Abbildung 1 gliedert die in der WIFO-Erhebung erfassten Betriebe nach der Menge des abgegebenen Wassers bzw. des entsorgten Abwassers nach fünf Größenklassen.

Ein Drittel der Wasserversorgungsbetriebe der Gemeinden ist in der untersten Kategorie (bis 50.000 m<sup>3</sup> pro Jahr) angesiedelt. Diese 89 Betriebe geben jedoch in Summe nur 0,9% des gesamten Wassers ab. Hingegen verteilen 27 Betriebe (rund 10%) jeweils über 1 Mio. m<sup>3</sup> Wasser pro Jahr, 86% der Gesamtmenge.

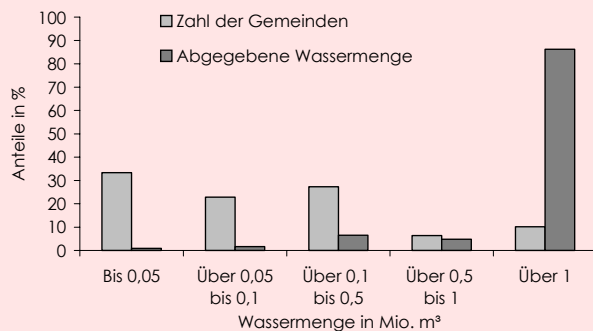
Die als Verbände organisierten Versorger weisen eine ähnliche Struktur auf, sie sind jedoch insgesamt größer. Hier befinden sich 20 Verbände (fast 40%) in der untersten Größenklasse mit einer jährlichen Fördermenge bis zu 100.000 m<sup>3</sup>. Damit bestreiten sie knapp 1% der gesamten Wasserabgabe. 6% der Verbände zählen zur obersten Klasse mit einer Wasserabgabe von mehr als 5 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr (66% der Gesamtmenge).

Abbildung 1: Struktur der Siedlungswasserwirtschaft

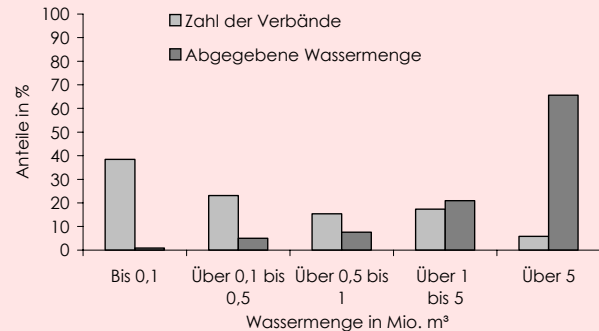
Verteilung nach Größenklassen

### Wasserversorgung

#### Gemeinden

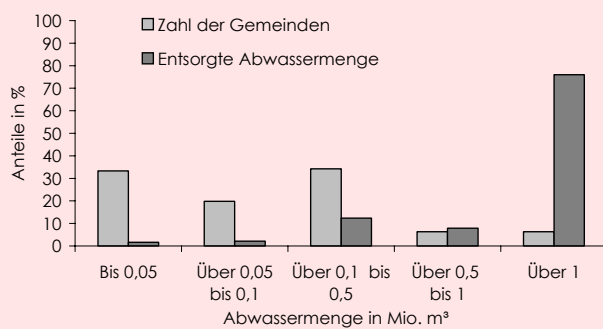


#### Verbände

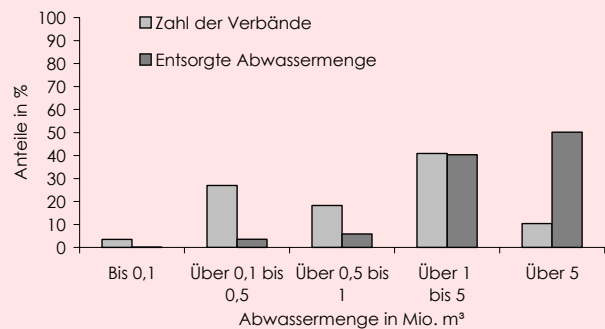


### Abwasserentsorgung

#### Gemeinden



#### Verbände



Q: WIFO-Erhebung.

Die Abwasserentsorgung ist ähnlich wie die Wasserversorgung dezentral strukturiert. Wie in der Wasserversorgung gehört ein Drittel der gemeindeeigenen Betriebe (37) zur untersten Kategorie (bis 50.000 m<sup>3</sup> pro Jahr), sie entsorgen nur 1,6% des gesamten Abwassers. 7 Unternehmen (rund 6%) entsorgen jeweils mehr als 1 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr. Das entspricht 76% der Gesamtmenge. Unter den Gemeinden hat die Kategorie 100.000 m<sup>3</sup> bis 500.000 m<sup>3</sup> pro Jahr den größten Anteil, auf sie entfallen 12,4% des entsorgten Abwassers.

Die Größenstruktur der Abwasserentsorgungsverbände weicht deutlich von jener der Wasserversorgung ab. In die unterste Kategorie der Entsorgungsmenge (bis 100.000 m<sup>3</sup>) fallen hier nur 3,5% der Verbände bzw. 0,1% des gesamten Abwassers.

## Wirtschaftliche Kennzahlen der Siedlungswasserwirtschaft

*Der Personalaufwand ist die größte Komponente im laufenden Aufwand der Wasserversorger.*

*Der jährliche laufende Aufwand beträgt in der Wasserversorgung 58 € je Einwohner.*

*Die jährlichen Einnahmen betragen in der Wasserversorgung 86 € je Einwohner.*

*Sonstige betriebliche Aufwendungen dominieren in der Abwasserentsorgung.*

Am stärksten besetzt ist die Kategorie 1 bis 5 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr mit 47 Verbänden (41%) und 40% des entsorgten Abwassers. Jeweils über 5 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser pro Jahr – die Hälfte des gesamten Abwassers – entsorgen 12 Verbände (10%).

Im Folgenden wird kurz auf die Struktur der laufenden Aufwendungen und Einnahmen der befragten Versorger und Entsorger eingegangen. Da in der Testphase der Erhebung ausgewählte Versorger und Entsorger die Fragen nach dem Investitions- und Finanzierungsaufwand nicht vollständig beantworten konnten, blieb diese Fragestellung in der endgültigen Erhebung unberücksichtigt. Damit können der Finanzierungsaufwand und die Einnahmen aus öffentlichen Förderungen nicht zuverlässig ausgewiesen werden.

In den Gemeinden bildet der Personalaufwand mit einem Drittel den größten Anteil an den laufenden Aufwendungen der Wasserversorgung vor den sonstigen Aufwendungen (31%) und den Entgelten für Dritteleistungen (24%), etwa Planungs- und Instandhaltungsleistungen. Geringeres Gewicht haben Material (5%), Wasserbezug von anderen (4%) sowie Energie (3%). In den Verbänden entfällt ebenfalls der größte Anteil (36%) auf den Personalaufwand vor Entgelten für Dritteleistungen (30%). Sonstige betriebliche Aufwendungen sind mit einem Anteil von 17% geringer als in den Gemeinden. Für Energie (8%), Wasserbezug von anderen (5%) sowie Material (4%) wenden die Verbände ebenfalls einen kleinen Teil ihrer Mittel auf.

Der Unterschied zwischen Gemeinden und Verbänden, vor allem in der Kategorie sonstige betriebliche Aufwendungen, lässt sich vermutlich dadurch erklären, dass Gemeinden – insbesondere jene, die die Wasserversorgung als Regiebetrieb, d. h. als Teil der Verwaltung führen – die anfallenden Aufwendungen nicht genau dem Bereich Wasserversorgung zuordnen können. Darüber hinaus könnte es aus kameralistischen Gründen schwierig sein, die entsprechenden Größen den vorgegebenen Aufwandskategorien zuzuordnen.

Der gesamte laufende Betriebsaufwand (ohne Finanzierungsaufwand) der Wasserversorgungsbetriebe (Gemeinden und Verbände) macht durchschnittlich 780.000 € pro Jahr aus. Normiert man diese Größe auf die Zahl der versorgten Einwohner, so ergibt sich ein jährlicher Pro-Kopf-Aufwand von durchschnittlich 58 €. In Bezug zur gesamten abgegebenen Wassermenge je Versorgungsbetrieb werden 0,7 € je m<sup>3</sup> Wasser aufgewandt.

Der weitaus größte Teil der laufenden Einnahmen der Gemeinden in der Wasserversorgung (90%) entfällt auf Gebühreneinnahmen von Endverbrauchern, sonstige Einnahmen machen 9% aus, Wasserlieferungen an andere Gemeinden oder Verbände lediglich rund 1%. Unter den Verbänden ergibt sich entsprechend der Art bzw. dem Umfang ihrer Leistungserbringung eine etwas andere Verteilung: Der Anteil der Gebühren von Endverbrauchern beträgt 46%, 39% entfallen auf Einnahmen von Mitgliedsgemeinden, 13% auf sonstige Einnahmen und 2% auf Einnahmen aus Wasserlieferungen an andere.

Insgesamt erzielt ein Wasserversorgungsbetrieb im Durchschnitt laufende Einnahmen von rund 1,1 Mio. € pro Jahr. Bezogen auf die Zahl der versorgten Einwohner ergibt sich ein durchschnittlicher Wert von 86 €, bezogen auf die gesamte abgegebene Wassermenge je Versorgungsbetrieb von 1 € je m<sup>3</sup> Wasser.

Den größten Anteil an den laufenden Aufwendungen der Abwasserentsorgung in den Gemeinden haben die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Durchschnitt 39%) vor dem Personalaufwand mit 19% und den sonstigen Dritteleistungen mit 15%. Auch hier erfordern die Kategorien Material (9%), Energie, Abfallentsorgung sowie Abwasserentsorgung durch andere (jeweils 6%) relativ geringe Mittel. In Verbänden entfällt der größte Anteil (26%) auf den Personalaufwand vor den Entgelten für Dritteleistungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (jeweils 22%). Ähnlich den Gemeinden sind die Anteile der Kategorien Energie (9%), Abfallentsorgung (9%), Material (8%) sowie Abwasserentsorgung durch andere (4%) klein.

Der gesamte laufende Betriebsaufwand der Abwasserentsorgungsbetriebe (Gemeinden und Verbände) macht durchschnittlich 480.000 € pro Jahr aus (ohne Finanzierungsaufwand). Damit entsteht den Betrieben ein jährlicher Aufwand von durchschnittlich 83 € je angeschlossenen Einwohner oder rund 0,7 € je m<sup>3</sup> Abwasser<sup>5</sup>).

*Der jährliche laufende Aufwand beträgt in der Abwasserentsorgung 83 € pro Kopf.*

Die Einnahmen der Gemeinden bestehen zum weitaus größten Teil (89%) aus Gebühren von Endverbrauchern. Die Einnahmen aus Entsorgungsleistungen für andere machen 8% aus, sonstige Einnahmen 3%. In Verbänden entfällt entsprechend der Leistungserbringung der Überwiegende Teil auf Einnahmen von Mitgliedsgemeinden (80%), Gebühren von Endverbrauchern machen nur knapp 7% aus. Sonstige Einnahmen haben einen Anteil von 11%, Einnahmen aus Entsorgungsleistungen für andere von 2%.

Die laufenden Einnahmen betragen im Durchschnitt je Abwasserentsorgungsbetrieb knapp 545.000 € pro Jahr. Bezogen auf die Zahl der angeschlossenen Einwohner nehmen die Abwasserentsorger jährlich im Durchschnitt 101 € ein, bezogen auf die gesamte entsorgte Abwassermenge 0,8 € je m<sup>3</sup> Abwasser.

*In der Abwasserentsorgung betragen die jährlichen Einnahmen 101 € pro Kopf.*

Gemäß der Gegenüberstellung der laufenden Ausgaben und Einnahmen der Siedlungswasserwirtschaft sind die laufenden Aufwendungen sowohl der Wasserversorgung als auch – jedoch in geringerem Ausmaß – der Abwasserentsorgung übergedeckt. Dies ist jedoch nur eingeschränkt aussagekräftig, weil in der Erhebung die Investitions- und Finanzierungsaufwendungen nicht berücksichtigt wurden. Es wäre zu untersuchen, ob der Einnahmenüberschuss für die Deckung der Kapitalkosten ausreicht bzw. einen Spielraum für die Vorfinanzierung künftiger Investitionen schafft, oder ob eine Quersubventionierung anderer Infrastrukturbereiche besteht.

Die Effizienzanalyse der Siedlungswasserwirtschaft stößt in mehrfacher Hinsicht auf Herausforderungen. Die Produktionsprozesse beider Sektoren sind nur schwer einem einheitlichen Rahmen zu unterwerfen, und die Daten für eine umfassende Analyse sind öffentlich nicht verfügbar. Aus diesem Grund und weil wirtschaftliche Überlegungen im Mittelpunkt dieser Studie stehen, beruhen die Ergebnisse dieses Abschnitts auf einer stark vereinfachenden Struktur für den Produktionsprozess und auf den Daten aus der WIFO-Erhebung unter Wasserversorgern und Abwasserentsorgern.

## **Effizienzanalyse der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft**

Lovell (1993) bietet einen interessanten Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten von Produktivitätsvergleichen und Effizienzmessungen. Letztlich reduziert jede Methode den komplexen Produktionsprozess auf das Verhältnis zwischen den in jeweils eine Kennzahl zusammengefassten Inputs (Mittleinsatz) und Outputs (Leistungserstellung).

Die Produktivität eines beliebigen Unternehmens hängt im Wesentlichen von drei Faktoren ab:

- der eingesetzten Technologie,
- der Effizienz, mit der die Inputs genutzt werden,
- und den unterschiedlichen von der Umwelt bestimmten Rahmenbedingungen.

*Drei Faktoren bestimmen die Produktivität: Technologien, Einsatzeffizienz und externe Rahmenbedingungen.*

Es gibt mehrere Methoden zur Effizienzmessung der Produktion oder Dienstleistungserstellung. Stochastic-Frontiers-Modelle und ähnliche Regressionsmodelle mit besonderen Annahmen über die Verteilung der Fehlerterme (Greene, 1993) schätzen die Produktivität unter der Annahme eines bestimmten Typs der Produktionsfunktion. Die Form der Produktionsfunktion muss dementsprechend sorgfältig ausgewählt werden. Da der Produktionsprozess sowohl von Wasserversorgern als auch von Abwasserentsorgern z. B. wegen der geographischen Umweltbedingungen und der Siedlungsdichte uneinheitlich ist, wird im Folgenden ein Verfahren angewandt, das ohne eine (parametrisch) ausformulierte Produktionstechnologie auskommt: Die Data-Envelope-Analyse (DEA) ermittelt die Effizienzwerte einzelner Unternehmen nichtpara-

<sup>5</sup>) Anders als in der Wasserversorgung liegen hier die Werte der Verbände deutlich unter jenen der Gemeinden. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Verbände zum Großteil keine Ortskanäle betreiben und nur zu einem sehr geringen Teil die Verrechnung an die Endkunden durchführen.

Effizienzberechnung unter dem Gesichtspunkt des minimalen Mitteleinsatzes für ein gegebenes Leistungsniveau

### Technische Effizienz und die Einschätzung von Größenvorteilen

metrisch. Das Verfahren unterstellt als Technologie keinen funktionellen Zusammenhang zwischen Inputs und Outputs, sondern nimmt die Kombinationen von Inputs und Outputs aller Versorger bzw. Entsorger in der Stichprobe als gegeben an und vergleicht sie untereinander.

Die DEA identifiziert einen Versorger oder Entsorger als effizient, wenn er zur Erreichung des Leistungsniveaus den geringsten Einsatz an Produktionsmitteln in der Stichprobe aufweist. Damit wird ein dem Versorgungsauftrag der Siedlungswasserwirtschaft entsprechendes wirtschaftliches Kalkül angewendet. Ausgehend vom Wasserverbrauch der Haushalte und Betriebe bzw. deren abgegebener Abwassermenge wird in diesem Ansatz möglichst wenig an Produktionsmitteln eingesetzt. Wenn diese Bedingung zutrifft, kann mit dem gewählten Einsatz bzw. der gewählten Kombination an Inputs kein höheres Leistungsausmaß erstellt werden, bzw. das bestehende Leistungsniveau kann nicht durch einen geringeren Inputeinsatz erreicht werden.

Die DEA erlaubt zwei Annahmen über eine grundlegende Eigenschaft des Produktionsprozesses: konstante und variable Skalenerträge. Konstante Skalenerträge weist eine Technologie auf, die bei einer gleichförmigen Steigerung aller Inputs um 1% auch eine Erhöhung des Outputs um einen konstanten Faktor von 1% mit sich bringt. Variable Skalenerträge entstehen, wenn die Reaktion des Outputs auf Veränderung des Inputeinsatzes unter- oder überproportional ist. "Steigende Skalenerträge" – also eine überproportionale Reaktion – ergeben sich meist in Produktionsprozessen mit hohem Kapitaleinsatz. In diesem Fall erreicht die Anlage erst nach Erreichen der Vollauslastung ihre höchste Durchschnittsproduktivität. Durch Engpässe in einzelnen Teilen des Produktionsprozesses kann bei Annäherung an die Vollauslastung der Anlage die Durchschnittsproduktivität sinken. Typischerweise sind die Effizienzwerte unter der Bedingung variabler Skalenerträge höher, weil Skaleneffizienzen unberücksichtigt bleiben (Cooper – Seiford – Tone, 2000).

Die aggregierten Effizienzkennziffern können aufgrund der unterschiedlichen Annahmen über die Natur der Skalenerträge in zwei Komponenten zerlegt werden: die technische Effizienz und die Skaleneffizienz. Die rein technische Effizienz weist den relativen Unterschied zwischen effizienten und ineffizienten Betrieben aus. Sie gibt an, mit welchem Inputniveau ein Vergleichsunternehmen dasselbe Leistungsniveau wie das Benchmark-Unternehmen hätte erstellen können.

Ein effizienter Versorger bzw. Entsorger ist eine Benchmark, an der alle anderen Betriebe zu messen sind. Die Effizienzwerte der DEA sind also Verhältniszahlen zur Benchmark und dadurch im Intervall zwischen 0 und 1 eingeschränkt. Ein Effizienzwert von 1 kennzeichnet einen Benchmark-Betrieb; 0 ist ein theoretischer Wert, den Betriebe ohne Output erreichen würden.

Der relative Unterschied zwischen den Effizienzkennzahlen unter der Bedingung konstanter bzw. variabler Skalenerträge gibt die Skaleneffizienz an. Diese Kennzahl steht für den Spielraum zur Effizienzverbesserung, der durch eine Anpassung des Outputs an ein höheres (steigende Skalenerträge) bzw. niedrigeres (sinkende Skalenerträge) Produktionsniveau erzielt werden könnte.

Die allokativen Effizienz berücksichtigt zusätzlich die relativen Inputpreise.

Wirtschaftliche Kennzahlen wie Preise bleiben in diesem Ansatz ausgespart. Entsprechend den Modellen aus der kostenminimierenden Theorie der Produktion (vgl. z. B. Pindyck – Rubinfeld, 1992) gibt es aber eine Vielzahl von verschiedenen Kombinationen der Inputs, die dasselbe Produktionsniveau erzielen. Aus dieser Menge an technisch effizienten Kombinationen der Produktionsmittel ist unter bestimmten Voraussetzungen genau eine Kombination kostenminimierend. Selbst Produktionsfaktoren mit einer hohen technischen Produktivität können verhältnismäßig teuer sein, wenn ihr Preis entsprechend hoch ist. In diesem Fall könnten sie durch weniger produktive, aber billigere Inputs ersetzt werden, sodass die Durchschnittskosten sinken. Die zusätzliche Berücksichtigung der relativen Preise zwischen den Produktionsfaktoren identifiziert also die kostenminimierende Kombination von Produktionsfaktoren. Dieser Schritt wird als Berechnung der allokativen Effizienz bezeichnet (Coelli, 1996).

Selbst wenn im laufenden Betrieb viele Inputs nur beschränkt substituierbar sind, kann langfristig sehr wohl von einer Substituierbarkeit durch Neuinvestitionen ausge-

gangen werden. In der Wasserversorgung besteht z. B. zwischen Pumpen und Hochwasserspeichern eine Substitutionsmöglichkeit, ebenso zwischen dem Bau einer zentralen Brunnenbohrung bzw. Quelfassung mit entsprechend langem Leitungsnetz oder mehrerer dezentraler Brunnen bzw. Quelfassungen mit entsprechend kürzerem Leitungsnetz. Die Gemeinde kann auch über die Raumplanung auf die Effizienz ihres Versorgungsnetzes Einfluss nehmen: Dichtere Besiedlungsformen verkürzen die Transportwege und ermöglichen eine effizientere Nutzung der vorhandenen Leitungen.

Erste Benchmarking-Versuche von Universitäten und Interessenvertretungen der Siedlungswasserwirtschaft haben dazu beigetragen, die Datenlage und das Verständnis über den Produktionsablauf von Ver- und Entsorgungsbetrieben zu verbessern. Der Benchmarking-Katalog des *Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbands* (2001) beschreibt die grundlegenden Produktionsstrukturen der österreichischen Entsorger. Die Gestaltung des Fragebogens für die WIFO-Erhebung lehnt sich an die Ergebnisse dieses Katalogs an, er bildet damit die Grundlage für die empirische Auswertung der WIFO-Erhebung unter Wasserversorgern und Abwasserentsorgern. Die Auswertung legt einen Schwerpunkt auf wirtschaftliche Fragestellungen und vernachlässigt viele technische Details des Produktionsverfahrens.

Von den insgesamt 332 (Wasser) und 328 (Abwasser) ausgefüllten Fragebogen kann wegen des Fehlens vieler Angaben nur ein Teil als Stichprobe für die Effizienzanalyse verwendet werden: Für die DEA müssen *alle* in einem Modell verwendeten Inputs und Outputs für *jedes* Unternehmen bekannt sein. Tendenziell ist die Datenlage für die Abwasserentsorger besser, vermutlich weil in diesem Bereich viele Investitionen in den letzten Jahren getätigt wurden und daher zusätzliche Anforderungen an die Projektplanung und den Förderantrag gestellt wurden (*Kommunalkredit Austria*, 1997). Die Zahl der untersuchten Einheiten schwankt daher – je nach Modell – zwischen etwa 50 und 200.

Je detaillierter die Modelle zur Beschreibung der Leistungserstellung sind, desto weniger Unternehmen konnten alle erforderlichen Informationen liefern. Die vielen Datenlücken zeigen, dass die Versorger und Entsorger auf die Beantwortung wirtschaftlich orientierter Fragestellungen wenig vorbereitet sind. Im Gegensatz dazu sind die zentralen physischen Kennzahlen, wie etwa die geförderte und die abgegebene Wassermenge, großteils bekannt und stehen damit auch für die vorliegende Analyse zur Verfügung. Darüber hinausgehende Fragen nach dem Anlagenbestand wurden viel weniger vollständig beantwortet. Die Zahl der Beschäftigten anzugeben, mag für einige Versorger und Entsorger tatsächlich schwierig sein, weil freiwillige Mitarbeiter unregelmäßig Leistungen erbringen. Zudem scheint in Regiebetrieben die korrekte Zuteilung der Arbeitskraft von Gemeindebediensteten zu den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung schwierig zu sein.

Für die Effizienzanalyse der Siedlungswasserwirtschaft werden drei Grundmodelle definiert:

- Monetäre Modelle beruhen auf den Angaben aus der Finanzbuchhaltung der Versorger oder Entsorger und bestehen aus Aufwands- und Ertragspositionen.
- Reale Modelle kombinieren die eingesetzte Menge an Produktionsmitteln mit Leistungskennzahlen auf der Grundlage von Mengeneinheiten.
- Schließlich können reale Modelle um die Inputpreise erweitert werden und ergeben somit ein vollständiges Bild der allokativen Effizienz eines Versorgers bzw. Entsorgers, der unter dem Ziel der Kostenminimierung arbeitet.

Die drei Modelltypen haben im Hinblick auf den zu modellierenden Produktionsprozess jeweils unterschiedliche Vor- und Nachteile, die eine getrennte Darstellung sinnvoll erscheinen lassen. Im Folgenden werden nur die Ergebnisse von jeweils zwei realen Modellen mit Inputpreisen für Wasserversorger und Abwasserentsorger beschrieben. Eine eingehende Dokumentation anderer Modelltypen geben *Puwein et al.* (2002).

## Auswertung des WIFO-Fragebogens

Die Datenlage ist wegen fehlender Antworten schlecht.

## Drei Grundmodelle zur Berechnung von Effizienzwerten

**Ergebnisse für Wasserversorger**

Reale Modelle für die Wasserversorgung zeigen unvermutet hohe technische Effizienzwerte im Bereich knapp unter 1. Dieses Ergebnis ist unabhängig von der Modellstruktur und von der Annahme über die Skalenerträge in diesem Sektor. Der positive Eindruck wird nur dadurch abgeschwächt, dass die allokativen Effizienzwerte niedrig ausfallen. Die allokativen Effizienz der Wasserversorgung zeigt, wieweit ein Versorger unter den aktuellen Preisbedingungen von der kostenminimalen Kombination der Produktionsfaktoren abweicht. Demnach sind besonders die Zubringerleitungen in diesem Sektor zu lang gewählt. Diese Wahl kann zwar durch regional unterschiedliche natürliche und rechtliche Rahmenbedingungen vorgegeben sein, sie wird aber durch die staatliche Investitionsförderung sicher weiter in diese Richtung verzerrt. Zusätzlich liegt der Personaleinsatz wegen des im Vergleich mit anderen Inputs hohen Preises über dem kostenminimierenden Niveau (Übersicht 1).

Übersicht 1: Struktur und Ergebnisse ausgewählter realer Modelle mit Inputpreisen

Modellstruktur	Wasser		Abwasser	
	D'	F'	C'	D'
Inputs	Beschäftigte insgesamt Eigenförderung und Drittbezug von Wasser, m³ Zubringerleitungen, km Verteilnetz, km	Beschäftigte insgesamt Eigenförderung und Drittbezug von Wasser, m³ Leitungsnetz, km Leistung der Pumpwerke, m³	Beschäftigte insgesamt Länge des Ortskanals, km Länge des Transportkanals, km Ausbaugröße der Kläranlage, EW	Beschäftigte insgesamt Länge Leitungsnetz, insgesamt Ausbaugröße der Kläranlage, EW
Outputs	Zahl der versorgten Einwohner Zahl der angeschlos- senen Zähler Wasserabgabe an Haushalte, Betriebe und Dritte, m³	Zahl der versorgten Einwohner Zahl der angeschlos- senen Zähler Wasserabgabe an Haushalte, Betriebe und Dritte, m³	Zahl der angeschlossenen Einwohner Eigenentsorgung von Abwasser, m³	Zahl der angeschlossenen Einwohner Eigenentsorgung von Abwasser, m³
Stichprobengröße	96	46	105	106
Unter der Annahme variabler Skalenerträge				
<i>DEA-Ergebnisse</i>				
Durchschnittlicher technischer Effizienzwert	0,98	0,98	0,81	0,75
Durchschnittlicher allokativer Effizienzwert	0,77	0,83	0,57	0,54
Durchschnittlicher Kosten-Effizienzwert	0,75	0,81	0,46	0,41
Zahl der effizienten Unternehmen	15	10	6	6
Unter der Annahme konstanter Skalenerträge				
<i>DEA-Ergebnisse</i>				
Durchschnittlicher technischer Effizienzwert	0,96	0,95	0,74	0,67
Durchschnittlicher allokativer Effizienzwert	0,71	0,77	0,45	0,43
Durchschnittlicher Kosten-Effizienzwert	0,68	0,73	0,33	0,30
Zahl der effizienten Unternehmen	8	6	3	3

Für Modelle mit mehreren Inputs oder mit variablen Skalenerträgen müssen gleichzeitig der Effizienzwert 1 und alle Input-Spielräume (slacks) 0 sein. Die Inputpreise werden aus dem Durchschnitt über alle Versorger berechnet. Alle Input-Spielräume werden der allokativen Ineffizienz zugerechnet.

**Ergebnisse für Abwasserentsorger**

Die realen Modelle für Abwasserentsorger weisen je nach Annahme über die Skalenerträge auf der Inputseite Einsparungspotentiale von etwa 15% bis 25% auf. Die Skaleneffizienz schwankt zwischen den einzelnen untersuchten Modellen zwischen 0,9 und 0,96, d. h. auch in der Abwasserentsorgung sind die möglichen Effizienzgewinne aus einer Vergrößerung der Produktionseinheiten mit 4% bis 10% vergleichsweise klein.

Die Berücksichtigung der Inputpreise entfernt das durchschnittliche Effizienzniveau weiter um 10% vom optimalen Wert von 1. Ähnlich wie für die Wasserversorger wird auch in diesem Sektor die Länge des Transportkanals im Verhältnis zu dessen Kosten zu lang gewählt. Groß dimensionierte Kläranlagen und ein hoher Personalstand liefern kleinere Beiträge zur Abweichung von der kostenminimalen Leistungserstellung. Wiederum kann diese Abweichung natürliche und gesetzliche Ursachen haben. Die Ausbaugröße der Kläranlage könnte auch im Hinblick auf die erwartete Siedlungsdynamik oder auf eine saisonbedingte Spitzenlast hoch angesetzt worden sein. Dennoch weisen die Ergebnisse auf die theoretische Wirkungsweise kapitalorientierter Förderungen hin: ein gegenüber dem Optimum überhöhter Kapitalbestand.

Da in der DEA die von der Umwelt bestimmten Rahmenbedingungen als dritter Teil der eingangs erwähnten Einflüsse auf die Produktivität eines Versorgers bzw. Entsorgers nicht berücksichtigt werden, ist der Effizienzwert eines einzelnen Betriebs für sich genommen wenig informativ. Trotzdem scheint die Schlussfolgerung zulässig, dass die in anderen Studien betonten Größenvorteile in beiden Sektoren nur beschränkt gelten. Wie die Relation der Effizienzwerte aus den Modellen mit konstanten bzw. variablen Skalenerträgen zeigt, sind zwar viele Versorger und Entsorger im Bereich steigender Skalenerträge positioniert; die Leistungsausweitung bringt aber kaum eine Verbesserung der Effizienz. Dieses Ergebnis steht in deutlichem Widerspruch zu den Schlussfolgerungen in *PriceWaterhouseCoopers (2001)*. Studien zur Wasserversorgung in Großbritannien und den Niederlanden ermitteln ähnlich wie das WIFO sinkende Skalenerträge (*Ashton, 1999, Dijkgraaf – DeJong, 1998*). *Dijkgraaf – DeJong (1998)* weisen für niederländische Abwasserentsorger hingegen steigende Skalenerträge nach.

Eine detaillierte Ursachenanalyse kann in der vorliegenden Arbeit nicht vorgenommen werden, weil der WIFO-Fragebogen nicht alle Informationen über die individuellen Produktionsprozesse, z. B. landschaftliche Rahmenbedingungen, erhob. Einige Anhaltspunkte können dennoch in einer nachgelagerten Regressionsanalyse der Effizienzwerte identifiziert werden.

Der Tätigkeitsbereich eines Versorgers oder Entsorgers kann dessen Effizienz beeinflussen. Die meisten Betriebe sind voll integrierte Unternehmen, die von der Förderung bzw. Abnahme über den Transport bis zur Kundenbetreuung alle Leistungsschritte abwickeln. Einige Einheiten, besonders Verbände, haben allerdings keinen direkten Kundenkontakt, sondern rechnen nur mit den Mitgliedsgemeinden ab. Unter solchen Umständen ist der Bedarf an Verwaltungspersonal geringer. Im realen Modell sollten sich dadurch höhere Effizienzwerte ergeben. Ebenso kann die Wasserförderung an einen Verband oder eine Nachbargemeinde ausgegliedert werden.

Die rechtliche Organisationsform eines Versorgers bzw. Entsorgers könnte ebenso einen Einfluss auf das Effizienzniveau haben. Institutionelle Rahmenbedingungen, in denen die Kosten genau zugerechnet werden, sollten sich in einem effizienteren Mitteleinsatz niederschlagen.

Eine Variable, die sozio-geographische Einflussfaktoren berücksichtigt, ist die Siedlungsdichte. Je dichter die Verbauung eines Gebietes, desto geringer sind die Erschließungskosten der Siedlungswasserwirtschaft; damit sollte der Kapitaleinsatz in Relation zum Leistungsausmaß beträchtlich kleiner sein. *Posch (1999)* betont auf Grundlage theoretischer Kostenverläufe die Bedeutung sinkender Durchschnittskosten in der Abwasserentsorgung.

Ein weiteres Ziel der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft ist die Versorgungssicherheit, d. h. die Haushalte sollen auch unter schwierigsten Bedingungen mit Wasser versorgt werden können, bzw. die Abwasserentsorgung soll auch unter solchen Umständen gewährleistet sein. Dazu dienen die Reservehaltung in Form ausreichender Speicher und die laufende Überschussproduktion von Wasser. Eine zu groß dimensionierte Kläranlage kann ebenfalls dem Ziel der Versorgungssicherheit zugeordnet werden, wenn saisonbedingte Spitzenlasten stark von der Durchschnittsbelastung abweichen. Sie könnte aber auch durch einen erwarteten Anstieg der Einwohnerzahl begründet sein. Jedenfalls haben Versorger und Entsorger mit einer Überschuss- bzw. Reservekapazität gegenüber anderen Betrieben einen höheren Inputeinsatz und damit auch niedrigere Effizienzwerte.

In einer Regressionsanalyse kann auch die Wirkung staatlicher Zuschüsse direkt überprüft werden. Grundsätzlich vermindern staatliche Zuschüsse die Kapitalkosten der Versorger bzw. Entsorger und ermöglichen damit für Haushalte und Unternehmen ein ausreichendes Versorgungsniveau zu erschwinglichen Preisen. Förderungen haben aber auch negative Nebenwirkungen. Sie steigern in der Regel die Inputpreise und verleiten den Versorger bzw. Entsorger zu einem weniger sorgfältigen Mitteleinsatz, weil die anfallenden Kosten teilweise durch die Förderung gedeckt sind.

Schließlich gibt es eine Vielzahl verschiedener Technologien zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (*Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband,*

### Mögliche weitere Einflussfaktoren für das Effizienzniveau von Versorger- bzw. Entsorgungsbetrieben

Tätigkeitsbereich

Organisationsform

Sozio-geographische Einflussfaktoren

Versorgungssicherheit

Staatliche Zuschüsse

Eingesetzte Technologie

2001, Posch, 1999). Da die vorliegende Arbeit ein Schwergewicht auf die wirtschaftliche Analyse von Ver- bzw. Entsorgern legt, bleiben die spezifischen technischen Produktionsbedingungen im Hintergrund. Aus dem Fragebogen und aus anderen Quellen können dennoch einige Informationen über Produktionsabläufe zur Erklärung der Effizienzunterschiede zwischen den Betrieben herangezogen werden.

Der Einfluss von Umweltrahmenbedingungen wird in einer nachgelagerten Regressionsanalyse getestet. Erwartungsgemäß wirkt demnach die Siedlungsdichte effizienzsteigernd. Ein hohes Ausmaß an Reservehaltung und staatlicher Förderung dämpft die Effizienz.

Zu den technologischen Faktoren zählen rein technische Aspekte, wie der Anteil des Mischsystems an der Kanalisation, der Einsatz von Phosphatelimination oder Denitrifizierung ebenso wie ein kaufmännisch motivierter höherer Anteil der Auslagerung an Drittunternehmen. Die Zahl der Kläranlagen im Versorgungsgebiet liefert zumindest einen Anhaltspunkt für den Einfluss dezentraler Entsorgungssysteme auf den Effizienzwert. Die durchschnittliche Größe einer Kläranlage kann sowohl auf Größenvorteile als auch auf das Gewicht dezentraler kleiner Einheiten mit kurzen Transportwegen hinweisen.

Die Ergebnisse von Regressionen der Effizienzwerte der Modelle D' (Wasser) und C' (Abwasser) auf Indikatoren der erwähnten Einflussfaktoren sind in Übersicht 2 dokumentiert. Diese Untersuchung umfasst die Effizienzwerte unter der Annahme variabler Skalenerträge, die Skaleneffizienz und die alloкатive Effizienz. Alle anderen Effizienzwerte sind aus diesen drei Kennziffern direkt ableitbar und daher redundant. Die dargestellten Modelle sind bereits möglichst klein und enthalten nur mehr statistisch zumindest auf dem 10%-Niveau signifikante Variable.

Übersicht 2: Bedeutung der Erklärungsfaktoren für die Effizienz der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Erklärende Variable	Effizienzwerte der Wasserversorger (Modell D')			Effizienzwerte der Abwasserentsorger (Modell C')		
	Technisch	Skalen	Allokativ	Technisch	Skalen	Allokativ
Koeffizienten der OLS-Regression von Effizienzwerten auf die erklärenden Variablen						
Ausmaß der Wasserabgabe an andere Versorger	- 0,0008**		0,0026**			
Rechtsform Verband		- 0,0374**		- 0,0829**	0,0887***	
Siedlungsdichte			0,0027***	0,0001*		0,0001*
Nutzhalt der Wasserbehälter		- 0,0133*	- 0,0003**			
Überkapazität der Kläranlage				- 0,0782***	- 0,0788***	
Staatliche Förderung			- 0,0138***			
Sinkende Skalenerträge				0,1220***		
Durchschnittliche Größe der Kläranlage						0,0000**
<i>Eigenschaften der Regressionsgleichung</i>						
Zahl der Beobachtungen	94	94	73	82	83	121
R <sup>2</sup>	0,04	0,07	0,61	0,34	0,46	0,08
Standardfehler des Schätzers	0,05	0,04	0,15	0,16	0,11	0,19

\* . . . signifikant auf einem Niveau von 10%, \*\* . . . signifikant auf einem Niveau von 5%, \*\*\* . . . signifikant auf einem Niveau von 1%; R<sup>2</sup> . . . korrigiertes Bestimmtheitsmaß.

Die unterschiedliche Zahl der Beobachtungen ergibt sich sowohl aus dem Antwortverhalten der Unternehmen (fehlende Antworten) als auch aus der Bereinigung um Ausreißer. Insgesamt können die technische Effizienz der Wasserversorger und deren Skaleneffizienz nur in geringem Ausmaß erklärt werden (niedriges Bestimmtheitsmaß R<sup>2</sup>), doch sind die Unterschiede zwischen Betrieben in diesem Fall vernachlässigbar klein.

Mit einigen Ausnahmen haben die signifikanten erklärenden Variablen das erwartete Vorzeichen. Die Siedlungsdichte steigert tendenziell den Effizienzwert, während Überkapazitäten und Reservehaltung negative Auswirkungen haben. Von den Kennzahlen der Produktionsstruktur hat nur das Ausmaß der Abgabe von Wasser an andere Versorger signifikanten Einfluss auf die Effizienzwerte der Wasserversorger. Die Ergebnisse sind aber zwiespältig: Während die technische Effizienz sinkt, steigt die alloкатive Effizienz mit zunehmendem Anteil der Wasserabgabe an andere Versorger.

Die Rechtsform des Betriebs spielt sowohl in der Wasserversorgung als auch in der Abwasserentsorgung eine signifikante Rolle. Die einzige Rechtsform, deren Effizienz sich von der anderer Rechtsformen deutlich unterscheidet, ist die Organisation als

Verband. Die Skaleneffizienz von Verbänden ist in der Wasserversorgung signifikant niedriger als die der anderen Rechtsformen. Negative Auswirkungen hat die Rechtsform Verband auch auf die technische Effizienz der Abwasserentsorger; sie werden allerdings durch die positiven Effekte auf die Skaleneffizienz vollständig ausgeglichen. Die Rechtsform Verband hat also nur in der Abwasserentsorgung positiven Einfluss auf die Effizienzwerte. Das zeigt auch der positive Wert des Koeffizienten für Entsorger im Bereich sinkender Skalenerträge (Dummy-Variable).

Die Wirkung der staatlichen Förderung auf die Effizienz der Siedlungswasserwirtschaft ist nur in einem Bereich signifikant messbar: Die allokativen Effizienz der Wasserversorger wird durch ein höheres Ausmaß an staatlicher Förderung vermindert. Dieser Zusammenhang bestätigt die Hypothese, dass Förderungen den Aufwand für kapitalintensive Leitungsbauten erhöhen und damit ein verhältnismäßig teurer Input überproportional eingesetzt wird.

Die Diskussion um die Umstrukturierung oder Privatisierung der Siedlungswasserwirtschaft wird häufig auf Grundlage mangelhafter empirischer Informationen geführt. Die hier auszugsweise wiedergegebene WIFO-Studie von *Puwein et al.* (2002) bietet erstmals eine repräsentative und öffentlich zugängliche Bestandsaufnahme und Auswertung wirtschaftlicher Kennzahlen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Österreich; auch im internationalen Vergleich liegen nur wenige solche empirische Untersuchungen vor.

Der hohe Anschlussgrad an das öffentliche Ver- und Entsorgungsnetz in Österreich sichert eine flächendeckende Versorgung mit qualitativ hochwertigem Wasser und hält die negativen Umweltauswirkungen durch verunreinigtes Abwasser gering. Damit leistet die österreichische Siedlungswasserwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zur Daseinsvorsorge. Durch das Leitungsnetz entsteht in der Siedlungswasserwirtschaft ein natürliches Monopol, das theoretisch immer mit der Gefahr von ineffizientem Mitteleinsatz verbunden ist. Zusätzlich belastet der Finanzierungsbedarf von Ausbauplänen und Erhaltungsarbeiten die öffentlichen Haushalte in einer bereits angespannten Lage.

Diese Rahmenbedingungen waren bereits Anlass für einige betriebswirtschaftlich-technisch ausgerichtete Benchmarking-Analysen. Die hier vorgestellten Ergebnisse setzen diese Arbeiten auf Branchenniveau fort und zeigen, dass die zumeist in öffentlicher Hand stehenden Unternehmen die meisten Leistungskomponenten der Ver- und Entsorgung selbst erstellen, d. h. stark vertikal integriert sind. Die Gemeinden und Verbände setzen die Preise so hoch an, dass die laufenden Aufwendungen des Betriebs mehr als gedeckt sind. Der Überschuss wird zur Deckung der Kapitalkosten, zur Bildung von Rückstellungen für künftige Aufwendungen oder zur Quersubventionierung anderer öffentlicher Aktivitäten verwendet.

Die mit einer Data-Envelope-Analyse ermittelten Effizienzwerte geben erste Hinweise auf die möglichen Vorteile eines breit angelegten Benchmarking. Da in diesem Verfahren die Effizienzwerte nur relativ zu den Vergleichsunternehmen gemessen werden, sind auf dieser Grundlage keine Aussagen über absolute Effizienzgewinne möglich. Im rein technischen Bereich bestehen demnach unter Wasserversorgern kaum Effizienzunterschiede. In der Abwasserentsorgung sind die Einsparungsmöglichkeiten (gemessen an der Benchmark) höher einzuschätzen.

Unter Berücksichtigung der relativen Preise zwischen den Produktionsfaktoren kann auch die Kosteneffizienz der Ver- und Entsorger beurteilt werden. Ähnlich wie für die Niederlande (*Dijkgraaf – DeJong, 1998*) ergeben sich dabei teils deutliche Kostensenkungspotentiale.

Die Ver- und Entsorger sind in Österreich dezentral strukturiert und legen damit ein Einsparungspotential durch Zusammenlegungen nahe. Die möglichen Skalenerträge sind allerdings in der Wasserversorgung als klein einzuschätzen. In der Abwasserentsorgung besteht ein etwas größerer Spielraum. Dieses Ergebnis wird ebenfalls in Untersuchungen zur Siedlungswasserwirtschaft in Großbritannien und den Niederlanden bestätigt.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In beiden Sektoren hat die Rechtsform keine eindeutig positiven oder negativen Auswirkungen auf das Effizienzniveau. Die Eingliederung von Regiebetrieben in die Kameralistik der Gemeinden bewirkt gegenüber anderen Rechtsformen keinen Effizienzunterschied.

Überschusskapazität im Personalbereich

Unter der Annahme, dass die Länge des Leitungsnetzes kurz- und mittelfristig gegeben ist, bieten sich neben einer preisbewussten Beschaffungspolitik zwei Bereiche für Produktivitätssteigerungen in der Siedlungswasserwirtschaft an:

- Erstens zeigen die Berechnungen der allokativen Effizienz, dass der Personaleinsatz wegen der vergleichsweise hohen Kosten gegenüber einem kostenminimierenden Betrieb überhöht ist. Unter Umständen ist der hohe Personalaufwand durch die Haltung von Überschusskapazitäten begründet, die für einen Notfall bereitgestellt werden. Verträge mit privaten Anbietern könnten hier Kosteneinsparungen bringen. Falls der hohe Personaleinsatz durch Verwaltungstätigkeiten verursacht wird, könnte eine verstärkte Automatisierung mit Hilfe von Informations- und Telekommunikationstechnologien einen Ansatz für Produktivitätssteigerungen bieten.
- Zweitens kann Eigenproduktion durch Fremdbezug ersetzt werden. In der Regressionsanalyse der Effizienzwerte einzelner Versorger und Entsorger konnte allerdings kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Anteil des Aufwands für Leistungen durch Dritte und dem Effizienzwert gefunden werden. Insgesamt zeigen die bisherigen Erfahrungen mit diesem Ansatz also ein geringes Potential für Effizienzsteigerungen.

Ausgliederung an Drittunternehmen bietet derzeit geringes Potential für Effizienzsteigerungen

## Literaturhinweise

- Ashton, J., "Economies of Scale, Economies of Capital Utilisation and Capital Utilisation in the English and Welsh Water Industry", Bournemouth University School of Finance and Law Working Paper Series, 1999, (17).
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Gewässerschutzbericht 2002 gemäß § 33e Wasserrechtsgesetz BGBl. Nr. 215/1959 in der Fassung BGBl. I Nr. 156/2002, Wien, 2002.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Website: "Seiten der österreichischen Wasserwirtschaft", <http://www.lebensministerium.at/wasser>.
- Coelli, T., "A Guide to DEAP Version 2.1: A Data Envelopment Analysis (Computer) Program", University of New England Australia, Department of Econometrics, Centre for Efficiency and Productivity Analysis, Working Paper, 1996, (96/08).
- Cooper, W. W., Seiford, L. M., Tone, K., Data Envelopment Analysis, Kluwer, Boston, 2000.
- Dijkgraaf, E., de Jong, R., Efficiency of Water Services under Different Regulatory Regimes: The United Kingdom and The Netherlands, paper prepared for the World Congress of Environmental and Resource Economists, Venedig, 1998.
- Fleischmann, E., Hackl, W., "Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit als neue Organisationsform: Chancen und Risiken", in Pilz, D., Platzer, R., Stadler, W. (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Finanzwirtschaft, Wien, 2000.
- Greene, W. H., "The Econometric Approach to Efficiency Analysis", in Fried, H. O., Lovell, C. A. K., Schmidt, S. S., The Measurement of Productive Efficiency, Oxford University Press, New York-Oxford, 1993, S. 68-119.
- Kommunalkredit Austria AG, Technische Richtlinien für die Siedlungswasserwirtschaft, Wien, 1997.
- Lovell, C. A. K., "Production Frontiers and Productive Efficiency", in Fried, H. O., Lovell, C. A. K., Schmidt, S. S., The Measurement of Productive Efficiency, Oxford University Press, New York-Oxford, 1993, S. 3-67.
- OECD, Improving Water Management. Recent OECD Experience, OECD Policy Brief, Paris, 2003, [http://www.oecd.org/publications/Pol\\_brief](http://www.oecd.org/publications/Pol_brief).
- OFWAT, Financial Performance and Expenditure of the Water Companies in England and Wales. 2001-02 Report, Birmingham, 2002.
- Österreichische Bundesregierung, Regierungsprogramm für die XXII. Gesetzgebungsperiode, Wien, 2003.
- Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband, Benchmarking in der Siedlungswasserwirtschaft, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2001.
- Parena, R., Smeets, E., Troquet, I., Process Benchmarking in the Water Industry, IWA, London, 2002.
- Pindyck, R. S., Rubinfeld, D. L., Microeconomics, 2nd Ed., Maxwell MacMillan International Editions, New York, 1992.
- Posch, A., Die Konzeption kommunaler Abwasserbehandlungssysteme aus ökonomischer Sicht, Dissertation an der Universität Graz, Graz, 1999.

- PriceWaterhouseCoopers, Optimierung der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung im Rahmen einer nachhaltigen Wasserpolitik, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2001.
- Puwein, W., Kletzan, D., Köppl, A., Url, Th., Nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen. Institutionelle und ökonomische Voraussetzungen, WIFO, Wien, 2002, [http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract?type=p\\_language=1&pubid=23371](http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract?type=p_language=1&pubid=23371).
- Schulz, A., Benchmarking in der Abwasserbeseitigung auf der Basis technisch-wirtschaftlicher Kennzahlensysteme, BMBF-Statusseminar, Karlsruhe, 2000.
- VEWIN, Reflections on Performance 2000 Benchmarking in the Dutch Drinking Water Industry, Rijswijk, 2001.

### *Economic Indicators and Efficiency in Austrian Settlement Water Management – Summary*

Water management in Austria is usually the responsibility of the public sector which through high connection rates to water supply and sewer pipelines makes an important contribution to public health and environmental protection. The funding required to maintain and expand the requisite infrastructure, however, is confronted with tight budgets of the public sector. Furthermore, the water supply and sewer networks constitute a natural monopoly which, at least in theory, may lead to the risk of inefficient use of means.

This situation brought about a discussion on restructuring the water management system in Austria. Even though some managerially and technically focused benchmarking analyses have already been carried out, there is still little empirical information available on the efficiency of the system. The WIFO study furnishes a representative survey and analysis of economic performance figures for the water and sewage utilities in Austria.

A data envelopment analysis was performed in order to measure the efficiency of utilities, which looks at their efficiency rates relative to their most efficient competitors. The analysis found hardly any efficiency gaps between water utilities at a purely technical level, although efficiency differences were greater among sewage utilities. In calculating the cost efficiency with due regard to relative input prices, substantially higher savings potentials were found, especially with regard to sewage disposal.

Utilities typically have decentralised structures, which points at a cost reduction potential by merger. Possible returns to scale, however, are limited, according to the study's findings, corresponding to the results of comparable studies of operations in the UK and the Netherlands.

Considering that there will be hardly any short- to medium-term change in the infrastructure, increases in productivity may be achieved in two fields, apart from the pursuit of a price-conscious procurement policy: for one, in view of the comparatively high staff costs, employment rolls are excessive when compared to cost-minimising operations. Secondly, divesting some of the services could contribute to cost reduction, although previous experience with divestment has shown a low potential for increasing efficiency.

## Die letzten 12 Hefte

- 5/2002 Gerhard Palme, 2001 Konjunkturabschwächung in allen Bundesländern • Josef Pöschl (WIIW), Wirkung der weltweiten Wirtschaftsflaute in den MOEL begrenzt • Michael Böheim, Ökonomische Analyse der Wettbewerbssituation im österreichischen Lebensmitteleinzelhandel • Serguei Kaniovski, Kapitalnutzungskosten in Österreich
- 6/2002 Markus Marterbauer, Schleppende Belebung in der EU trotz kräftiger Impulse aus den USA • Gudrun Biffl, Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren • Gudrun Biffl, Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung • Gudrun Biffl, Kosten und Nutzen des Bildungssystems im internationalen Vergleich
- 7/2002 Ewald Walterskirchen, Aufschwung mit Risiken. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2002 • Marcus Scheiblecker, Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Methodische Konzepte und Fallstudien • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Ökonomische Modellierung • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Umwelt- und energierelevante Aspekte der Wohnbauförderung
- 8/2002 Margarete Czerny, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Robert Wieser, Kürzung der Investitionspläne angesichts der Konjunkturlaute. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2002 • Stephan Schulmeister, Aktienmärkte dämpfen das Wachstum in den USA. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2006 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Konjunkturaufschwung bei anhaltenden Strukturproblemen. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Gudrun Biffl, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
- 9/2002 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2001 unverändert • Fritz Breuss, Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU
- 10/2002 Ewald Walterskirchen, Konjunkturerholung verzögert. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002 • Wolfgang Pollan, Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung • Matthias Schneider, Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität • Michael Peneder, Robert Wieser, Der österreichische Markt für Private Equity und Venture Capital 2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffl, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich

## 55. Euroconstruct-Konferenz:

# Trends der Bauwirtschaft in Europa 2003 bis 2005

**Budapest, 6.-7. Juni 2003**

**Spezialthema: Perspektiven der Baumärkte nach der EU-Erweiterung**

**Welche Vorteile bringt die EU-Erweiterung für die Bauwirtschaft**

- in Osteuropa?
- in den bisherigen EU-Mitgliedstaaten?
- außerhalb der EU?

**Euroconstruct** ist von herausragender Bedeutung in Europa als einziges Forum für die Kooperation von 19 west- und osteuropäischen Ländern im Bausektor. Zweimal jährlich veranstaltet **Euroconstruct** eine internationale Konferenz, in deren Rahmen länder- und sektorspezifische Informationen, Analysen und Prognosen der Baukonjunktur in den Partnerländern präsentiert werden. Entscheidungsträger in der Wirtschaftspolitik sowie in der Bauwirtschaft und Zulieferindustrie beziehen von **Euroconstruct** die wichtigsten und aktuellsten Daten für die strategische Planung.

Die 55. Euroconstruct-Konferenz findet Anfang Juni in Budapest statt. Sie wird von **Build & Econ** und dem **WIFO** gemeinsam organisiert. Die Euroconstruct-Bauprognosen vermitteln in konzentrierter Form Wirtschaftsindikatoren und Marktinformationen bis 2005; großen Raum nimmt die Analyse der Perspektiven nach der EU-Erweiterung 2004 ein. Vortragende sind erstrangige Wirtschaftsanalytiker, Finanzierungs- und Bauexperten aus West- und Osteuropa, Vertreter der Europäischen Kommission, des EU-Integrationskomitees, der Europäischen Investitionsbank, der nationalen Regierungen, des World Economic Research Institute aus Ungarn sowie internationaler Banken, führender Bauunternehmen und Baustoffproduzenten aus ganz Europa. Über das besonders aktuelle Thema "Strukturprogramme für Osteuropa nach dem EU-Beitritt 2004" wird die polnische Ministerin für EU-Integration, Danuta Huber, referieren.

Ein detailliertes Programm und weitere Informationen sowie ein Anmeldeformular stehen unter [www.euroconstruct-budapest.com](http://www.euroconstruct-budapest.com), [www.buidecon.hu](http://www.buidecon.hu) und [www.wifo.ac.at](http://www.wifo.ac.at) zur Verfügung (Fax-Anforderung: WIFO +43 1 798 93 86, Build & Econ +36 1 249 3191; E-Mail [gaspar.a@axelero.hu](mailto:gaspar.a@axelero.hu)).